



„Nicht wichtig genug“

Die Kindergrundsicherung ist tot. Vor allem SPD und FDP hätten nicht genug Einsatz gezeigt, um Kinder aus der Armut zu holen, kritisiert Sozialverbandschefin und SPD-Mitglied Verena Bentele

7

Kindeswohl im Mittelpunkt? Im neuen Haushalt jedenfalls nicht Foto: Astrid Doerenbruch/plainpicture

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!
 Noch gar nicht lange her, da bezeichneten FDP-Funktionsträger die Grünen, mit denen sie immerhin eine gemeinsame Regierung bilden, als „Sicherheitsrisiko“. Nun ärgert sich die FDP über das Stimmverhalten von Grünen und EVP im Europaparlament. Darüber erbost wünscht Altpöbler Wolfgang Kubicki CDU-Chef Friedrich Merz auf Twitter eine „gute Reise mit den Grünen in den Abgrund“. Tief unten, auf dem Grund dieses Abgrunds, sitzt Kubicki selbst mit seiner Partei und greint und ahnt es nicht: Das wahre Sicherheitsrisiko für die FDP

ist die FDP.

Kommentar von **Judith Poppe** zu den Auswirkungen des IGH-Urteils gegen Israel

International geschwächt

Die israelische Besetzung im Westjordanland ist illegal – dieses Urteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) ist etwas untergegangen in den Nachrichten über Drohnen aus und Bomben auf Jemen und die erneute Sorge vor einem Flächenbrand im Nahen Osten.

Diese Rezeption steht sinnbildlich für den unmittelbaren Effekt, den das Urteil auf den Israel-Palästina-Konflikt haben dürfte: Einen recht geringen. Zugegeben, das Urteil stellt keine bahnbrechende Neuigkeit dar. Der IGH bestätigte damit lediglich die Einschätzung zahlreicher, auch israelischer NGOs. Seit Jahren prangern sie die israelische Politik in Hinblick auf das Westjordanland an: die dauerhafte Besetzung, die Ausbeutungen palästinensischer Ressourcen, die Anwendung unterschiedlicher Rechtssysteme für israelische Siedler*innen einerseits und Palästinenser*innen im Westjordanland auf der anderen Seite.

Von den Palästinenser*innen kamen kaum Reaktionen zu dem Urteil – kein Wunder: Zu oft haben sie schon rechtliche Stellungnahmen gehört, die ins Leere gelaufen sind. Die Minister Ben Gvir, Smotrich und Premier Netanjahu ihrerseits werden sich angesichts des Urteils kaum eines Besseren belehren lassen.

Aber das Urteil dürfte mehr Effekt haben als auf den ersten Blick spürbar: Ein in den israelischen Medien zitierter hoher Beamter spricht von einem Riss in der „Aura der Demokratie“, die Israel bislang schützend umgeben hat. Und das war bisher sein größtes Pfund – gerade gegenüber den Verbündeten.

Das israelische Justiz- und Außenministerium befürchtet außerdem, dass das Gutachten, in dem Israel zur Beendigung der Besetzung im Westjordanland aufgefordert wird, Einfluss auf ein weiteres anhängiges Verfahren haben

könnte: Vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) wird ein Urteil erwartet, das darüber entscheidet, ob Haftbefehl gegen Netanjahu und Verteidigungsminister Joav Galant (und verschiedene Hamas-Führer) erlassen wird.

Sollte es dazu kommen, müsste Netanjahu bei Reisen in eines der 124 Mitgliedsländer des IStGH verhaftet werden – auch in Deutschland. Ein schwer vorstellbares Szenario, dem alle Beteiligten wohl dadurch vorbeugen würden, dass Netanjahu zunächst wohl keine Einladung nach Deutschland erhalten würde – und auch in andere Länder nicht.

Es ist also das internationale Standing Israels, das mit dem IGH-Urteil entscheidend geschwächt wurde. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Isolation könnte noch größer werden.

2

Die taz wird ermöglicht durch

23.392

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren.
 Infos unter geno@taz.de
 oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
 fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
 fax 030 | 251 51 30,
briefe@taz.de
 taz
 Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune
www.taz.de

Ausgabe Berlin
 Nr. 13420
 € 3,40 Ausland
 € 2,80 Deutschland

4 190254 802805

1 0630



Foto: imago

Schlag ins Gesicht
 Für die Gewalt gegen seine Ex bekommt Jérôme Boateng nur eine milde Verwarnung
13

Gipfel des Erfolgs
 Was Tadej Pogačar bei der Tour de France so zu sich nimmt
19

Wasser auf die Mühlen des Kriegs
 Wasser spielt eine zentrale Rolle im Bergkarabach-Konflikt
4-5

steile these

„Ein plausibler Machtmensch würde nicht höflich abwarten, bis der Greis ihn segnet.“
 Friedrich Küppersbusch, Meinungsbaron, über das Drama der US-Demokraten
14

Aus Jerusalem Lisa Schneider

Der Beginn der neuesten Eskalation in Nahost ist in einem auf Social Media kursierendem Video zu besichtigen: Es zeigt die von der jemenitischen Huthi-Miliz stammende Drohne, die in der Nacht zu Freitag in Tel Aviv eine Explosion auslöste, einen Menschen tötete und mehrere verletzte. Aufgenommen wurde es am Stadtstrand von Tel Aviv, das laute Röhren des Flugkörpers ist deutlich zu hören. Ein Alarm ertönt nicht. Die Drohne kommt über dem Meer angefliegen und verschwindet dann zwischen den Häusersilhouetten. Kurz darauf ist eine Explosion zu sehen.

Laut Angaben des israelischen Militärs wurde die Drohne wegen eines „menschlichen Fehlers“ nicht korrekt als feindlich identifiziert, obwohl sie wohl minutenlang unter Beobachtung des Militärs stand. Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten: Israels Militär bombardierte am Samstag mit dem Hafen der jemenitischen Stadt Hodeida Stützpunkte der vom Iran unterstützten Miliz. Bei den Luftangriffen wurde wohl eine Raffinerie getroffen sowie Infrastruktur der Energieversorgung.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters, die sich auf medizinisches Personal im Jemen bezieht, wurden mindestens sechs Menschen getötet und Dutzende verletzt – auch wegen eines durch die Luftschläge ausgelösten Feuers. Israels Premier Benjamin Netanyahu erklärte, der Hafen sei für „militärische Zwecke“ genutzt worden und sei ein „Eintrittspunkt für tödliche Waffen aus dem Iran“.

Seit Beginn des Gaza-Kriegs im vergangenen Herbst bemühen sich die Huthis im Jemen, Israel zu schaden – ebenso wie die anderen Milizen der selbstproklamierten pro-iranischen „Achse des Widerstands“, etwa die Hisbollah im Libanon. Die schoss etwa am Sonntag Raketen auf eine leerstehende Schule im Norden Israels, was zu einem Brand führte.

Bisher waren vor allem die Kampagnen der Huthis gegen die internationale Schifffahrt im Roten Meer und in der Meerestraße Bab el-Mandeb erfolgreich. Die führten dazu, dass

Nach Huthi-Attacke: Israel greift Jemen an

Infolge eines tödlichen Drohnenangriffs der von Teheran unterstützten Huthi-Miliz auf Tel Aviv haben israelische Kampffjets erstmals Ziele im Jemen beschossen. Der Iran und Israel sprechen gegenseitig Warnungen aus. Premier Netanjahu hält an seiner USA-Reise fest



Durch Israels Luftangriffe sollen mindestens sechs Menschen umgekommen sein: brennender Hafen im jemenitischen Hodeida am Samstag Foto: Xinhua/Imago

Schiffsrouten geändert werden mussten. Außerdem schoss die Miliz mehrmals Raketen auf die südliche israelische Küstenstadt Eilat. Wegen der Angriffe auf den internationalen Schiffsverkehr gehen unter anderem die USA bereits seit Monaten gegen die Huthis vor und haben Stützpunkte der Miliz im Jemen bombardiert. Israel selbst hielt bisher die Füße recht still.

Am Sonntag schlugen die Huthis wiederum zurück und schossen eine Rakete auf Eilat, die Israels Raketenschutzsystem Arrow allerdings abfing. Ob Israel bei dem Angriff im Jemen – über 1.700 Kilometer von Israel entfernt – den Luftraum der beiden Anrainerstaaten des Roten Meeres, Saudi-Arabien und Ägypten, nutzte, blieb unklar. Das saudische Verteidigungsministerium dementierte sogleich, dass Israel seinen Luftraum für den Angriff im Nachbarland des Königreichs habe nutzen dürfen. Und Ägypten verurteilte den Luftschlag Israels deutlich.

Die jüngsten Vorfälle lassen die Sorge vor einem Flächenbrand in der Region erneut wachsen. Zumal der Iran und Israel am Wochenende gegenseitig Warnungen aussprachen. Den großen Wendepunkt in einem Krieg zwischen Israel und der „Achse des Widerstands“ dürfte der Drohnenangriff auf Tel Aviv aber nicht darstellen. Bisher hat das israelische Militär keine zusätzlichen Warnungen an die israelische Öffentlichkeit herausgegeben. Auch die seit längerem geplante USA-Reise von Premier Netanjahu in dieser Woche soll weiterhin stattfinden.

Der Besuch ist durch das angespannte Verhältnis zwischen Netanjahu und US-Präsident Joe Biden vorbelastet. Washington hatte mehrfach die Kriegsführung Israels in Gaza deutlich kritisiert. Zwar konnten sich beide Seiten immer wieder zusammenraufen, doch Meinungsverschiedenheiten sind geblieben – etwa bezüglich eines Plans für eine Nachkriegsordnung für den Gazastreifen. Sicher scheint jedoch: Am Dienstag sollen Netanjahu und Biden persönlich zusammenkommen. Tags drauf soll der Premier im Kongress sprechen – auf Wunsch der Republikaner. Einige Demokraten wollen die Rede boykottieren.

IGH spricht von unzulässiger Annexion

Laut höchstem UN-Gericht verstößt Israels Besetzung palästinensischer Gebiete gegen das Völkerrecht. Welche praktischen Folgen hat das Gutachten?

Von Christian Rath

Die israelische Besetzung im Westjordanland und in Ost-Jerusalem ist illegal und muss beendet werden. Dies erklärte der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag, das höchste Gericht der Vereinten Nationen, am Freitag in einem Rechtsgutachten („Advisory Opinion“) für die UN-Generalversammlung. Diese hatte im Dezember 2022 auf Antrag der palästinensischen Autonomiebehörde den IGH damit beauftragt, zu untersuchen, welche rechtlichen Konsequenzen die seit 57 Jahren andauernde israelische Besetzung von palästinensischen Gebieten hat.

Das Gutachten, das Gerichtspräsident Nawaf Salam auszugswise verlas, wurde von der palästinensischen Seite als großer Erfolg gewertet. Die palästinensische Autonomieprä-

sidentschaft sprach am Freitag von einer „historischen“ Entscheidung. Israel sei verpflichtet, „dieses unrechtmäßige koloniale Vorgehen bedingungslos zu beenden“, hieß es aus dem Büro von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas.

Israels Ministerpräsident Netanjahu sagte hingegen, das jüdische Volk sei „kein Besatzer in seinem eigenen Land“. Israel hatte das Westjordanland, Ost-Jerusalem und den Gazastreifen 1967 im Zuge des Sechstagekrieges besetzt, ebenso die Golanhöhen. Aus dem Gazastreifen zog sich Israel 2005 zurück, aber er gilt immer noch als israelisch besetzt, weil Israel zum Beispiel die Grenzen und damit den Personen- und Warenverkehr kontrolliert.

Zunächst stellt der IGH zahlreiche Rechtsverletzungen durch Israel fest. Dann zieht er daraus weitgehende rechtliche

Schlüsse bis hin zum sofortigen Abzug der israelischen Siedler. Maßstab für den IGH ist vor allem die 4. Genfer Konvention von 1949 über die Rechte und Pflichten eines Besatzungsstaats. Dabei sei davon auszugehen, dass eine Besetzung nur vorübergehend und nicht dauerhaft ist. Israel aber habe durch die Legalisierung und Unterstützung dauerhafter Siedlungen in den besetzten Gebieten gegen Völkerrecht verstoßen. Durch Infrastruktur wie Straßen, die der palästinensischen Bevölkerung nicht offensteht, habe Israel die Siedlungen ins eigene Staatsgebiet integriert. Unzulässig sei auch, dass in den israelischen Siedlungen israelisches Zivilrecht gilt, obwohl in besetztem Gebiet grundsätzlich das bisherige Recht weiter gelten müsse.

Der IGH wertet das gesamte Vorgehen Israels als unzuläs-

sige Annexion. Israel wolle die Kontrolle über die besetzten Gebiete offensichtlich unumkehrbar machen, so Richter Salam. Damit habe Israel mit Gewalt sein Staatsgebiet ausgeweitet. Auch die Verdrängung von Palästinensern verstoße gegen die 4. Genfer Konvention. Dabei gehe es nicht nur um gewaltsame Vertreibungen – illegal sei es auch, eine Situation zu schaffen, in der Menschen keine andere Wahl haben, als ihre Heimatorte zu verlassen. Zudem habe Israel völlig versagt, Gewalt von Siedlern gegen Palästinenser zu verhindern und zu ahnden.

Einige Staaten hatten Israel in der mündlichen Verhandlung vorgeworfen, eine Situation der Apartheid errichtet zu haben, weil für israelische Siedler und Palästinenser unterschiedliches Recht gilt und die Bevölkerungsgruppen in den besetzten Gebieten streng getrennt werden. Der IGH stellt dazu fest, dass Israel gegen das Internationale Abkommen gegen Rassendiskriminierung (CERD) verstößt, ließ aber offen, ob damit das Verbot der „Apartheid“ oder das der „Segregation“ verletzt wird.

Aus seiner Feststellung zieht der IGH weitreichende Schluss-

folgerungen. Mit 14:1 Richterstimmen entschied der IGH, dass Israel sofort alle neuen Siedlungsaktivitäten beenden und alle Siedler evakuieren muss. Mit 11:4 Richterstimmen wurde Israel aufgefordert, so schnell wie möglich die besetzten Gebiete zu verlassen. Mit 14:1 Richterstimmen wird Israel angehalten, den Palästinensern Schadenersatz für alle Rechtsbrüche zu zahlen. Hier dürfte es

Für Staaten wie Deutschland wird es immer schwieriger, sich glaubwürdig zu verhalten

um gewaltige Summen gehen. Das Gutachten hat an sich keine rechtliche Verbindlichkeit, ist aber als Rechtsgutachten von hohem Gewicht, insbesondere wegen der klaren Mehrheiten. Der deutsche IGH-Richter Georg Nolte stimmte immer mit der Mehrheit.

Das weitere Vorgehen müssten nun UN-Generalversammlung und UN-Sicherheitsrat klären, sagte Richter Salam zum Abschluss. Aber auch für

alle UN-Mitgliedstaaten gibt es Konsequenzen. Laut IGH sind sie verpflichtet, Israel nicht bei der Aufrechterhaltung der Besetzung zu helfen und zu unterstützen – also keine einseitig vorgenommene Veränderung des Status, der Grenzen und der demografischen Zusammensetzung der besetzten Gebiete anzuerkennen, und keine Handels- und Investitionsbeziehungen einzugehen, die der Aufrechterhaltung der Besetzung dienen.

Für Staaten wie Deutschland, die Israel grundsätzlich unterstützen, aber auch das Völkerrecht stärken wollen, wird es nun immer schwieriger, sich glaubwürdig zu verhalten. Während zahlreiche Länder weltweit das IGH-Gutachten begrüßten, gab es bis Sonntag keine offizielle Reaktion aus Berlin. Aus dem Auswärtigen Amt hieß es gegenüber der taz, man werde das Gutachten genau und im Detail analysieren und hoffe, dass es „den dringend benötigten Impuls für eine verhandelte Zweistaatenlösung gibt, für die sich die Bundesregierung seit Langem auch gegenüber Israel einsetzt“. Die völkerrechtswidrige israelische Siedlungspolitik stehe dem entgegen.

Mitarbeit: Dominic Johnson

Interview Cem-Odos Güler

taz: Herr Börger, Sie haben in einer repräsentativen Studie errechnet, dass die Bevölkerung in Deutschland jährlich etwa 11,5 Milliarden Euro mehr für Verteidigung ausgeben würde, das würde einem Anstieg des Wehrebudgets um 20 Prozent entsprechen. Der Regierungsentwurf für den kommenden Haushalt sieht vor, dass der Wehretat um etwa 2,5 Prozent steigen soll. Könnte man sagen, was den Rückhalt in der Bevölkerung betrifft, wäre durchaus mehr Geld drin?

Tobias Börger: Wenn man unsere Ergebnisse ganz weit auslegen würde, dann könnte man das sagen. Doch die Beispiele in unserer Studie, mit denen wir die Zahlungsbereitschaften der Menschen erhoben haben, entsprechen nicht den Maßnahmen, die im Verteidigungsministerium gerade diskutiert werden.

Wie meinen Sie das?

Die Grundidee unserer Studie war: Was ist nationale Sicherheit Menschen wert? Das Problem ist nur, dass man diese Frage schwer bemessen kann. 2 Prozent mehr nationale Sicherheit oder 5 Prozent, das kann man auf einer Skala überhaupt nicht ausdrücken. Also haben wir konkrete Politikmaßnahmen identifiziert, mit denen die Bundesrepublik sicherer gegen Angriffe von außen wäre. Wir haben Menschen befragt, wie ihre Zahlungsbereitschaft für vier Maßnahmen wäre: eine Erhöhung der Truppenstärke der Bundeswehr, der Aufbau einer europäischen Armee, die mögliche Wiederaktivierung der Wehrpflicht oder Schutzschirme gegen Angriffe aus der Luft. Und für diese konkreten Maßnahmen haben wir letztendlich Zahlungsbereitschaften ermittelt.

Und für diese Maßnahmen würden die Menschen in Deutschland gerne mehr Geld bezahlen?

Die 11,5 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen in unserer Studie beziehen sich auf die vier von uns genannten Maßnahmen. Zahlungsbereitschaften bei ökonomischen Studien messen letztlich die Wertschätzung für ein bestimmtes Mittel. Was man anhand unserer Erhebung sagen kann, ist, dass die Bevölkerung bereit wäre, mehr Steuern zu zahlen, um Verteidigungsausgaben zu finanzieren.

Mit dem Sonderprogramm für die Bundeswehr werden Militärausgaben in Deutschland aktuell massiv über Schulden finanziert. Die Leute wären



Ob Steuerzahler auch für solche PR-Aktionen mehr zahlen würden? Verteidigungsminister Boris Pistorius auf einem Kampfpanzer Leopard 2 beim Panzerbataillon 203 in Augustdorf
Foto: Chris Emil Janssen/imago

„Verteidigung ist ein öffentliches Gut“

Volkswirt Tobias Börger hat gemeinsam mit Kollegen in einer repräsentativen Studie die Zahlungsbereitschaft der Bevölkerung für Militärausgaben gemessen. Demnach wären viele einer Steuererhöhung gar nicht abgeneigt

aber auch bereit, direkt belastet zu werden für diese Wehrausgaben?

Absolut. In unserer Studie ist die Zahlungsbereitschaft immer ausgedrückt über Steuererhöhungen für die Befragten selbst. Da steht eine gewisse Methodik dahinter, in der es darum geht, die Belastungen der Befragten konkret zu erfassen: Ist es für mich, mit meinem Einkommen, in meiner Lebenssituation, mit meiner Familie, ist es mir gerade 150 Euro Wert, dass die Truppenstärke der Bundeswehr erhöht wird oder nicht?

Sie haben die Zahlungsbereitschaft der Befragten auch

nach Parteienpräferenz geordnet: Wähler*innen von SPD, Union, FDP und Grünen würden jeweils etwa 100 Euro mehr im Jahr bezahlen, wenn die Bundeswehr dafür um 25 Prozent größer wäre. Große Unterschiede gibt es je nach Parteianhängerschaft aber bei der Wiedereinführung der Wehrpflicht. Vor allem Grünen-Wähler*innen sind dagegen. Ist das nicht ein Widerspruch?

Das könnte durchaus sein. Natürlich müsste die Erhöhung der Truppenstärke durch eine Anzahl von Männern und Frauen geleistet werden, und das könnten zum Beispiel Wehrpflichtige sein.

Man könnte bei den Anhängern*innen der Grünen also pointiert sagen: Geld ja, Einsatz nein?

Das haben wir nicht näher untersucht. Es könnte ja auch eine Altersfrage sein. Wenn man im wehrfähigen Alter ist, dann wird die Frage viel persönlicher. Was wir sehen, ist, dass Ablehnung gegenüber der Wehrpflicht viel stärker ist bei jüngeren Befragten, und das durch alle Parteien.

Können Sie denn anhand der Studiendaten sagen, bei welchen Wähler*innen die Zahlungsbereitschaft für die Erhöhung der Truppenstärke am größten wäre?

Nein, bei den Grünen, der CDU und der SPD ist das mehr oder weniger gleich. Wir haben hier kleine Unterschiede festgestellt, aber die sind statistisch nicht bedeutsam. Hinzu kommt: Unsere Studie beruht auf der Sonntagsfrage, da sind die Anhänger der einzelnen Parteien in unterschiedlichen Stärken vertreten. Das ist auch ein Grund dafür, warum wir zu den

Wählern der Linken nur vage Aussagen treffen können, weil ihre Zahl zum Datum der Erhebung so klein war.

Ihre Studie zeigt auch, dass es bei AfD-Wähler*innen die niedrigste Bereitschaft gibt, für eine Erhöhung der Truppenstärke der Bundeswehr mehr Geld auszugeben. Hat Sie das überrascht?

Die Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen Parteipräferenzen und der Zahlungs-

Ist es mir 150 Euro Wert, die Truppenstärke der Bundeswehr zu erhöhen?

bereitschaft für einzelne Maßnahmen waren in dieser Studie rein explorativ, wir hatten keine Erwartungen für den Zusammenhang zwischen diesen beiden Antworten. Für zukünftige Studien wäre eine genauere Untersuchung jedoch eine wichtige Aufgabe.

Gibt es historische Studien, anhand derer Sie feststellen können, ob die Zahlungsbereitschaft der Bevölkerung in Deutschland für Verteidigungsausgaben gestiegen ist? Zum Beispiel wegen Russlands Krieg in der Ukraine?

Nein, dazu gibt es leider nichts. Der Grund dafür, warum wir diese Studie aufgesetzt haben, ist, dass es diese Art von Untersuchungen bisher eigentlich weltweit nicht gibt: also die Bewertung der Verteidigungsbereitschaft in ökonomischen Einheiten, in Euros und Cents.

Aber man muss dazu sagen, dass so eine Methodik, wie wir sie gewählt haben, unter anderem Ökonomen und Ökonomen auch kritisch gesehen wird.

Warum?

Wir haben hypothetische Fragen gestellt: Wir haben den Studienteilnehmern zwar alles möglichst realistisch vorgestellt und sie darum gebeten, gut zu überlegen und die Fragen ernst zu nehmen. Trotz dieses ganzen Aufwands wissen wir final natürlich nicht, ob ein Befragter, der sagt, er würde für die Erhöhung der Truppenstärke 140 Euro mehr zahlen, das auch wirklich tun würde. Unsere Methodik kommt aus dem Bereich der Umwelt- und der Gesundheitsökonomik. Wenn es um Klimaschutz geht oder die Verbesserung der Luftqualität in Städten, wird diese Art von Studien sehr routinemäßig angewendet, es geht dabei um die Bewertung so genannter öffentlicher Güter. Unsere Studie ist, soweit wir das überblicken können, die erste, die dieses Konzept auf die Verteidigungspolitik anwendet.

Was hat denn die Luftqualität mit Verteidigungsausgaben zu tun?

Darum geht es nicht. Aber es ist sinnvoll, Verteidigungsmaßnahmen als ein öffentliches Gut zu betrachten. Wenn man innerhalb der deutschen Grenzen lebt und es einen gewissen Verteidigungsschutz gibt, dann kommt der allen zugute, die sich hier aufhalten. Die Frage ist dann: Was ist uns das wert? Wir reden gerade wegen des Regierungsentwurfs für den Haushalt viel über die Kosten. Aber aus einer Wohlfahrtsperspektive muss man auch erkennen, dass die Ausgaben ei-

nen Nutzen produzieren. Und um die Quantifizierung dieses Nutzens geht es.

Aber in der Praxis geht es dann doch häufig um eine Abwägung zwischen mehreren öffentlichen Gütern, etwa Gesundheitsversorgung und Verteidigung: Wäre ich etwa bereit, auf eine bessere Sozialversorgung zugunsten einer stärkeren Bundeswehr zu verzichten. Wenn Einschnitte in anderen Bereichen spürbar werden, sieht man die eigene Zahlungsbereitschaft nochmal etwas kritischer, oder?

Diese Überlegungen gibt es auf jeden Fall, und das ist auch eine absolut spannende Forschungsfrage. Methodisch würde man hier versuchen, Präferenzen der Bevölkerung für die einzelnen Budgetposten im Haushalt zu erfahren. Dann kann man diese Zielkonflikte betrachten, die es natürlich gibt: Wenn also ein Verteidigungshaushalt steigen soll, dann muss vielleicht ein Sozialhaushalt dementsprechend kleiner ausfallen. Meines Wissens gibt es Fragestellungen wie diese in der Literatur bereits schon, und wir im Team überlegen, ob wir das in Zukunft auch nochmal erforschen.



Foto: HWR Berlin

Tobias Börger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Sein Fokus liegt auf Umwelt-, Energie- und Ressourcenökonomik.

Gesamthaushalt und Verteidigungsetat

Schlechter Gewinner

Laut Haushaltsentwurf für 2025 stünde Verteidigungsminister Boris Pistorius auf der Gewinnerseite: Sein Haus soll im Gegensatz zu anderen Ministerien im kommenden Jahr etwa 1,3 Milliarden Euro mehr erhalten als in diesem Jahr und hätte damit ein Budget von 53,3 Milliarden Euro, 11 Prozent des 481 Milliarden Euro umfassenden Gesamthaushalts für 2025. Hinzu kommt noch das Geld aus dem Sonderprogramm, aus dem der Minister im kommenden Jahr über 22 Milliarden verfügen kann. Pistorius gab sich dennoch enttäuscht.

Lästern als Strategie

In einem Brief an die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr schrieb der Minister: „Das Ergebnis ist nicht so, wie wir es uns vorgestellt haben und gebraucht hätten. (...) Allein für den Haushalt 2025 hätten wir

einen Aufwuchs von über sechs Milliarden Euro benötigt, um die Bundeswehr mit dem auszustatten, was sie angesichts der Zeitenwende braucht.“ Unterdessen konnte eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums gegenüber der taz nicht erklären, woraus sich die geforderten 6 Milliarden Euro an Mehrausgaben zusammensetzen.

2028 wird's was geben

Ende 2027 wird das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr ausgegeben sein. Der Entwurf für den Finanzplan für die kommenden Jahre sieht deshalb vor, dass die Ausgaben für das Verteidigungsministerium 2028 sprunghaft um fast 30 Milliarden Euro auf 80 Milliarden ansteigen sollen. Woher das Geld kommen soll, bleibt ein Geheimnis der Bundesregierung. (taz)

Aus Jerewan **Zuza Nazaruk**

Im Mai erlebte Armenien einen der schwersten Stürme seit Jahrzehnten. Für gewöhnlich sei das Frühjahr nicht die Jahreszeit für Stürme, hatte man mir erzählt. Der heftige Regen, der auch in einen Zusammenhang mit der globalen Erderwärmung gebracht wird, hatte drei Flüsse über die Ufer treten lassen und die nördlichen Regionen des Landes überschwemmt. Es gab drei Tote und einen beträchtlichen Schaden an Viehbeständen und Infrastruktur; die internationale Gemeinschaft sandte Katastrophenhilfe.

Meine Schuhe waren völlig durchnässt, als ich auf der Suche nach Schutz durch die Straßen der armenischen Hauptstadt Jerewan rannte. Die unheilvolle Stimmung am Himmel schien die Stimmung auf der Straße widerzuspiegeln. 2020 hatte das Nachbarland Aserbaidschan begonnen, die umkämpfte Region vom Erzfeind Armenien zurückzuerobern. Im September vergangenen Jahres wurde der Sieg besiegelt.

Die Armenier schließen nicht aus, dass die Aserbaidschaner angesichts der anhaltenden Streitigkeiten über die neue Grenzziehung zwischen den kaukasischen Nachbarländern erneut angreifen werden. Dabei ist ihnen klar, dass sie mit Blick auf ihre begrenzten militärischen Ressourcen und angesichts der Tatsache, dass Aserbaidschan von der Türkei unterstützt wird, nicht gewinnen können. Aber dieses Bewusstsein vermischt sich mit einem Gefühl von Trotz: dass die regierenden Politiker das Problem sind, allen voran der derzeitige Premierminister Nikol Paschinjan, und dass also noch nicht alles verloren ist.

Nachdem Paschinjan entschieden hatte, als Teil des Friedensprozesses vier Grenzdörfer Aserbaidschan zuzuschlagen, kam es in der armenischen Hauptstadt am 26. Mai zu Protesten – es war derselbe Tag, an dem die katastrophalen Überschwemmungen den Norden des Landes trafen. Trotz des Regens füllten Zehntausende Demonstranten den Platz der Republik und die angrenzenden Straßenzüge in Jerewan. Menschen unterschiedlichsten Alters trugen die armenische Flagge oder schwenkten die Farben von Arzach – der armenische Name für Bergkarabach – und forderten Paschinjan auf abzutreten. Ich fragte eine Kollegin, die die Proteste filmte, ob hier vielleicht Russland seine Finger im Spiel habe? „Nein“, sagte sie, die Menschen hier seien nicht prorussisch, „sie sind proarmenisch“.

Jeder, mit dem ich während der Woche im Mai in Armenien sprach, kam irgendwann auf den Krieg zu sprechen. Wo sollte man die 120.000 Kriegsflüchtlinge aus Bergkarabach, die ethnisch Armenier sind und alle im September 2023 geflohen waren, unterbringen? Wie es angehen könne, dass Aserbaidschaner einfach das kulturelle Erbe der Region zerstörten? Und ob irgendjemand auf der internationalen politischen Bühne eigentlich noch zu Armenien halte?

Fast nebenbei, als ob das offensichtlich wäre, erwähnten die Einheimischen, dass die Aserbaidschaner auch wegen des Wassers gekommen seien. Dass es das Wasser sei, worum es ihnen in diesem Krieg gehe. Ein Armenier sagte mir: „Schau dir die Gebiete an, die sie besetzt haben. Dort gibt es einen großen Wasserreichtum.“

Dann habe ich begonnen zu recherchieren, welche Rolle das Wasser spielt im ältesten Konflikt im Südkaukasus.

Angesichts der Topografie Aserbaidschans einerseits und der Veränderungen durch den Klimawandel andererseits sahen viele Experten und Wissenschaftler den Bergkarabachkrieg als einen „Kampf um Wasserressourcen“. Die Realität ist allerdings differenzierter.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion war Bergkarabach eine umkämpfte Region, auf die sowohl Aserbaidschan als auch Armenien Gebietsansprüche erhoben: Aserbaidschan, weil die Region offiziell auf dem Staatsgebiet der Kaukasusrepublik liegt; und der Nachbar im Westen, weil die Mehrheit der Einwohner Bergkarabachs ethnische Armenier*innen sind. Tatsächlich ist die Gegend wasserreich: Acht Zuflüsse der Kura und des Araks, der

Die Einheimischen sagen, dass die Aserbaidschaner auch wegen des Wassers gekommen seien

größten Flüsse in der Region, entspringen hier – das macht Bergkarabach zentral wichtig für die Trinkwasserversorgung im Südkaukasus.

Die Länder dieser Region – Armenien, Georgien und Aserbaidschan – liegen im den Ebenen von Kura und Araks. Aserbaidschan liegt am weitesten flussabwärts Richtung Kaspisches Meer. Rund 75 Prozent der Wasserressourcen des Landes, die vor allem als Trinkwasser und zur Bewässerung gebraucht werden, stammen aus Oberflächenwasser, das außerhalb des Staatsgebiets entspringt.



Wasser als Waffe

Nach der Rückeroberung von Bergkarabach investiert Aserbaidschan dort massiv in den Ausbau von Wasserkraft. Mit welchem Kalkül?



Die Region leidet schon jetzt unter Wasserknappheit. Es ist eine ungute Mischung aus einem ohnehin halb trockenen Steppenklima und ineffizientem Wassermanagement – und der Klimawandel macht die Herausforderungen noch größer. Baumwollfelder zum Beispiel müssen extensiv bewässert werden – mit einer Wasserinfrastruktur aus Sowjetzeiten, die ohnehin schon auseinanderfällt.

Dennoch, sagt Analyst Shujaat Ahmadzada, sei Wasser in diesem Krieg nicht „auf der Top-5-Prioritätenliste“ der Entscheider gewesen. Wichtiger als die Wasserressourcen seien die lange schwelenden Auseinandersetzungen über die Gebietsansprüche beider Staaten gewesen.

Kriege brächen selten über Wasser allein aus, sagt Jenniver Sehring, Assistentenprofessorin für Wasserversorgung und Diplomatie am niederländischen Delft Institute for Water Education der Unesco. Aber, sagt sie, Wasser könne als „ein Auslöser in einer ohnehin schon spannungsgeladenen Situation“ fungieren. Wenn Wasserknappheit innerhalb eines größeren Konflikts als Faktor hinzukommt, sei es sehr wahrscheinlich, dass sich die Spannungen dadurch vergrößerten.

Aserbaidschan litt bereits im Sommer vor der Offensive 2020 unter Wasserknappheit – Nargis Hadschijewa, Politikwissenschaftlerin an der staatlichen Universität Aserbaidschan für Wirtschaftswissenschaften, sagt: auch deshalb, „weil wir kei-

nen Zugang zu den Wasserressourcen von Karabach bekommen haben, was bedeutet, dass uns 25 Prozent der benötigten Ressourcen gefehlt haben“. Ähnliches wurde auch in den staatlichen aserbaidschanischen Medien und von Präsident İlham Alijew wiederholt.

„Diese Debatten in den Medien und politische Reden beeinflussen die Öffentlichkeit und politische Entscheidungsfindungen“, sagt Sehring vom Delft Institute. Deshalb habe Wasserknappheit den Konflikt um Bergkarabach noch dringlicher gemacht – und sei es, weil die aserbaidschanische Regierung ein Interesse daran hatte, den Unmut der aserbaidschanischen Öffentlichkeit im Keim zu ersticken.

Im Dezember 2023, nach der endgültigen Besetzung, schrieben aserbaidschanische Staatsmedien, dass „die Nutzung von Wasserressourcen der Karabachregion das hauptsächliche Ziel ist, um Versorgungsprobleme im Land zu lösen“.

Wenn der Krieg auch nicht primär um Wasser geführt wurde – es wurde dennoch als „Druckmittel von beiden Seiten benutzt“, sagt Analyst Ahmadzada.

Sarsang ist der größte Staudamm in Bergkarabach, ein riesiges Wasserrückhaltebecken. Sarsang liefert rund 40 Prozent des Stroms für die Region. Seit dem Krieg ist es in aserbaidschanischer Hand. Vor 2020 hatten die aserbaidschanischen Machthaber die De-facto-Regierung von Arzach absichtlich Wasser vorzuenthalten. Die international nicht anerkannte Republik Arzach wurde seit dem ersten Krieg mit Aserbaidschan bis Herbst 2023 souverän regiert.

2016 hatte das Europäische Parlament in Brüssel in einer Resolution festgehalten, dass die verantwortlichen Stellen in Bergkarabach den weiter flussabwärts liegenden aserbaidschanischen Regionen Wasser „absichtlich vorenthalten“, die armenische Regierung in Jerewan wurde aufgefordert, Wasserressourcen nicht als „politisches Instrument“ zu benutzen.

Armenien hatte die Resolution als einseitig kritisiert, weil die Berichterstatter nur Aserbaidschan besucht hätten, und betont, dass 2013 Vertreter der Republik Arzach aserbaidschanische Behörden ersucht hätten, eine Lösung für beide Seiten zu finden. Baku hatte das Angebot allerdings ignoriert, weil man dort ablehnte mit – aus aser-

baidchanischer Sicht – Separatisten zusammenzuarbeiten.

Ein anderer Streitpunkt ist verschmutztes Flusswasser. Elshan Ahmadov ist Direktor am Institut für nachhaltige Entwicklungsplanung und Management an der Akademie für öffentliche Verwaltung in der aserbaidschanischen Hauptstadt Baku. Er sagt, da Aserbaidschan „das letzte Land ist, durch das die Flüsse fließen, bevor sie ins Meer münden, kommt das Wasser bei uns in einem sehr verschmutzten Zustand aus Armenien und Georgien an“. Laut Ahmadov ist der Grad der Verschmutzung so hoch, dass das Wasser nicht für die Bewässerung in der Landwirtschaft benutzt werden kann.

Für zwischenstaatliches Wassermanagement ist das ein häufig diskutiertes Thema, wenn Abwassersysteme nicht vereinheitlicht sind. Ein Beispiel ist die Oder, der Grenzfluss zwischen Polen und Deutschland. Vor zwei Jahren hatte es dort ein riesiges Fischsterben gegeben, nachdem auf polnischer Seite Abwassernormen seitens der Industrie nicht eingehalten wurden.

Im Fall von Bergkarabach haben aserbaidschanische Behörden die armenische Seite beschuldigt, durch die Verschmutzung einen „Ökozid“ verursacht zu haben. Die armenische Seite spielt genau diese Anschuldigungen allerdings zurück.

Während meiner Recherchereise habe ich auch den Sevansee besucht. Auch wenn Armeniens größter See nicht zentral ist für die Versorgung mit Trinkwasser – das wird hauptsächlich aus dem Grundwasser gespeist –, so ist er mit seinen vielen mittelalterlichen Klöstern am Ufer doch eine wichtige Touristenattraktion. Seit Bergkarabach in aserbaidschanische Hände gefallen ist, werden alle Quellen und Zuflüsse, die den See speisen, von Aserbaidschan kontrolliert. Von der Bevölkerung, die am Sevansee lebt, habe ich einiges an Schreckensszenarien gehört: dass die Aserbaidschaner die Zuflüsse absichtlich vergiften würden, damit man den Sevansee nicht mehr nutzen könne; oder aber, im Gegenteil, dass Aserbaidschan den See selbst als Trinkwasserreservoir nutzen und Wasser ableiten wolle.

„Diese ganzen Diskussionen sind manipuliert“, sagt Garabet Kazanjian, Wasserexperte an der American University von Armenien. „Wasser wird als politische Waffe benutzt, und da ist nicht viel an konstruktivem Dialog, um gemeinsame



Pittoresk: Klöster säumen die Ufer des Sevansees in Armenien. Die Anwohner befürchten, die Aserbaidschaner könnten versuchen, zu viel Wasser abzuzweigen
Foto: Sergei Malgawko/TASS/dpa/picture alliance

gen zur Wasserqualität und zum Wassermanagement ausgetauscht. Über Politik haben wir nie geredet“, erzählt sie.

Ahmadzada, der Politikwissenschaftler, sagt, dass zwischenstaatliches Wassermanagement „ein Bereich ist, wo eine Kooperation zwischen Aserbaidschan und Armenien nicht eine Option ist, sondern vielmehr alternativlos“. Er betont, dass der Konflikt über Bergkarabach einschließlich anhaltender Grenzziehungskonflikte in einem größeren geopolitischen Kontext gesehen werden müssten: „Je mehr der Konflikt jetzt bilateral beigelegt wird, desto größer ist die Gefahr, dass er Raum lässt für Interessen und Einflussnahmen anderer globaler, hegemonischer Mächte – Iran, Russland, die USA – in der Region.“

Ahmadzada hofft, dass die nächste Weltklimakonferenz COP29, die im November in Baku stattfindet, in den armenisch-aserbaidschanischen Beziehungen einen Durchbruch bringen wird. Armenien hat sich einverstanden erklärt, kein Veto einzulegen gegen die Gastgeberrolle des Nachbarlands. Im Juni hieß es, der armenische Premierminister Paschinjan – gegen den sich die Proteste Ende Mai in Jerewan richteten – wolle höchstselbst teilnehmen.

Paschinjans Büro hat die vermeintlichen Reisepläne des Premiers zur COP allerdings bereits wieder zurückgewiesen: Der Premierminister habe keine Pläne, der Konferenz beizuwohnen. Eine „Friedens-COP“ scheint also reichlich unwahrscheinlich für die Armenier, die die „Grenzkorrekturen“ seitens der Aserbaidschaner als Besatzung von 150 Quadratkilometern ihres Territoriums begreifen.

Die weltweit wichtigste Klimakonferenz auszurichten ist ein diplomatischer Erfolg für die Regierung in Baku. Aserbaidschans Energiewirtschaft ist wie die des letztjährigen Gastgebers Vereinigte Arabische Emirate komplett abhängig von fossilen Energiequellen. Und wie letztes Jahr die Emirate versucht Aserbaidschan sein Image vor der COP grünerzuwaschen.

Das Land hat 2024 zum „Jahr der Solidarität für eine grüne Welt“ ausgerufen. Baku will seinen Anteil an erneuerbaren Energien steigern – zunächst, bis 2030, sollen 30 Prozent der gesamten Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen kommen. Langfristiges Ziel ist es, in den Export von Erneuerbaren einzusteigen.

Bergkarabach ist für diese Bemühungen zentral wichtig. 2021 hatte Aserbaidschans Präsident Ilham Alijew Bergkarabach zur „grünen Energiezone“ erklärt und Investitionen vor allem in Wasser-, aber auch in Wind- und Solarkraft angekündigt.

Innerhalb weniger Monate nach der vollständigen Eroberung der Region wurden dort neue Wasserkraftwerke eröffnet. Bis heute wurden insgesamt vier neu gebaut, über zehn wurden nach der Ausbesserung der Kriegsschäden wieder in Betrieb genommen. 40 weitere Wasserkraftwerke unterschiedlicher Größe sind in Planung.

Zwischen 2021 und 2023 hat Aserbaidschan rund 2,3 Milliarden US-Dollar in das „Erste staatliche Programm für die Große Rückkehr“ investiert. Es zielt darauf, Infrastruktur für die Wiederansiedlung von rund einer Million Aserbaidschaner in Bergkarabach aufzubauen. Im Jahr 2022 flossen mindestens 3 Prozent der Gelder an Azerenergy, den staatlichen Stromproduzenten, um damit Wasserkraft zu fördern.

„Das Wasserkraftpotenzial, dass wir in den befreiten Gebieten bis Ende des Jahres haben wer-

Aserbaidschan beschuldigt Armenien, einen „Ökozid“ durch Wasserverschmutzung verursacht zu haben

den, beträgt 170 Megawatt“, sagte Präsident Alijew in einer Rede in der gerade eroberten Region Ostangesur am 23. September 2023. „Bis Ende 2024 werden wir bei 270 Megawatt sein, was unsere grüne Agenda wesentlich unterstützen wird. Die Region Ostangesur und Karabach haben ein Potenzial von 10.000 Megawatt grüner Energie – aus Wasser, Sonne und Wind.“

Der wichtigste Partner für die aserbaidschanische Wasserkraftindustrie ist die japanische Firma Tokio Electric Power Services Co. Der britische Ölmulti BP und das private saudische Energieunternehmen ACWA Power arbeiten ebenfalls mit der Regierung zusammen. Eine Schweizer Firma wiederum, sa_partners, wurde mit Plänen für grüne Stadtentwicklung beauftragt. „Karabach wird das neue Silicon Valley sein“, sagt Hajjyeva von der staatlichen Universität für Wirtschaftswissenschaften in Aserbaidschan. „Aber auf eine grüne Weise.“

Der größte Fokus liegt auf der Wasserkraft, vor allem wegen der guten Bedingungen dank der bergigen Topografie und auch deswegen, weil es bereits viele bestehende Wasserkraftwerke gibt. Vor der Offensive 2020 konnte sich Bergkarabach selbst versorgen, sogar Strom ins armenische Netz exportieren – dank 36 funktionierender Wasserkraftwerke.

Laut Kazanjan von der American University in Armenien war es seitens Bergkarabach ein „Statement“, in Wasserkraftwerke zu investieren: „Sie haben damit gezeigt, wie ernst es ihnen damit war, dieses Land zu entwickeln. Die Kraftwerke sind nicht billig, sie sind eine wirkliche Investition.“

Aserbaidschan wiederum, sagt Kazanjan, habe es „extrem eilig damit gehabt, eigene Projekte an den Start zu bringen. Drei Monate nach dem Waffenstillstand 2020 hat Alijew dort bereits ein Wasserkraftwerk eröffnet. Das ist sicher auch dem Bedarf geschuldet, aber es ist auch eine sehr starke politische Botschaft, um Stärke zu zeigen und den Sieg zu untermauern.“

Bakus Pläne, die erneuerbaren Energien zu fördern, erfolgen mit Blick auf die EU. Nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar 2022 hat die Staatengemeinschaft eine Absichtserklärung unterzeichnet, die Beziehungen mit Aserbaidschan im Bereich der erneuerbaren Energiewirtschaft zu stärken. Außerdem heißt es in dem Papier, man wolle sich bemühen, die aserbaidschanischen Kapazitäten im Bereich der Erneuerbaren zu fördern, um einen Teil davon in die EU zu exportieren.

Zugleich beziehen die EU-Staaten seit 2021 immer mehr fossile Energie aus Aserbaidschan. Aktuell beträgt Aserbaidschans Anteil an den europäischen Energieimporten 4,3 Prozent. Die EU-Kommission bezeichnet die Gasverträge mit Aserbaidschan als „stabil und verlässlich“ und beabsichtigt, die Importe bis 2027 zu verdoppeln.

In der Zwischenzeit hat das Europäische Parlament allerdings Sanktionen gegen die Energiewirtschaft Aserbaidschans beschlossen und eine Aussetzung der Absichtserklärung über die Gasimporte gefordert. In der Resolution vom Februar

2024 verurteilt das Parlament die „Aggressor-Politik, einschließlich des vorbereiteten militärischen Angriffs von Aserbaidschan gegen Bergkarabach, [sowie] den geplanten Hungertod und die Isolation der Armenier in Bergkarabach während der Blockade des Lachin-Korridors“. Der Lachin-Korridor, eigentlich eine Versorgungsstraße zwischen Armenien und Bergkarabach, wurde von Aserbaidschan ab 2020 jahrelang systematisch blockiert.

Sehring, die Assistenzprofessorin für Wassermanagement, betont, dass Wasserkraftwerke oft „sehr eng verbunden sind mit dem Aufbau von staatlichen Strukturen und nationaler Identität. Es ist etwas Modernes, gewaltige Infrastruktur, an der die Regierung zeigen kann, dass sie etwas tut.“

Es bleibt abzuwarten, ob die aserbaidschanischen Wasserkraftwerkspläne mehr sind als ein PR-Stunt, sowohl für die internationale Gemeinschaft im Vorfeld der COP29 als auch mit Blick auf die lokale Bevölkerung.

Ein Bericht der unabhängigen Denkfabrik Economic Research Center, der die Investitionen der aserbaidschanischen Regierung in Bergkarabach unter die Lupe nimmt, analysiert, dass von 2022 bis Mitte 2023 „keine ernsthaften Anstrengungen unternommen wurden, um zerstörte Siedlungen wiederherzustellen oder die Rückkehr binnenvertriebener Personen zu ermöglichen“. Zugleich seien die größten Nutznießer in der Region Firmen im Besitz von Freunden und Verwandten des Geschäftsführers von Azerenergy, Balababa Rzayev, gewesen.

Wasserkraftwerke zu bauen, ohne vorher die möglichen Umweltfolgen zu prüfen, kann dem Ökosystem der Bergwelt schaden. Anfang 2020, vor der aserbaidschanischen Offensive, begann der Bergkarabacher Alexander Kananyan einen Hungerstreik, um gegen die Entwicklung neuer Wasserkraftwerke in der Region zu protestieren. Er argumentierte, dass die wichtigsten Flüsse und Zuflüsse „komplett zerstört“ würden. Viele unterstützten seinen Protest. Am Ende setzte die damalige De-facto-Regierung der Republik Arzach den Bau neuer Kraftwerke aus und setzte eine Kommission ein, die die Umweltauswirkungen prüfen sollte.

Ob die aserbaidschanische Seite die Umwelttrisiken mitbedenkt, ist nicht klar. Die NGO Conflict and Environmental Observatory (CEOBS) weist darauf hin, dass die Geschwindigkeit, mit der Aserbaidschan in Bergkarabach baut, negative Folgen für die Umwelt haben kann. Der CEOBS-Bericht fokussierte sich auf Abholzungen für den Autobahnbau. Auf einer der Autoren, Eoghan Darbyshire, betont, dass der Bau der Wasserkraftwerke zu schnell passieren könnte. „Wir können keinerlei Belege finden, dass Untersuchungen bezüglich der Umweltauswirkungen unternommen werden. Das kann insbesondere für die langfristige Versorgung mit Wasser und für die Biodiversität riskant sein.“

Das Thema Wasserkraft wirft weiter einen Schatten auf die armenisch-aserbaidschanischen Beziehungen. 2023 hat Aserbaidschan Armenien vor dem Ständigen Schiedshof in Den Haag verklagt, weil Armenien in Bergkarabach illegal erneuerbare Energien genutzt habe, insbesondere Wasserkraft. Der Fall ist noch nicht entschieden.

Gut möglich, dass es mehr als eine Kooperationsvereinbarung über die Wassernutzung oder eine internationale Klimakonferenz im November braucht, um zwei Nationen dazu zu bringen, miteinander zu reden.

Aus dem Englischen von Anna Klöpfer

ch hat
der
?

Vereinbarungen zu treffen und zu überlegen, wie man diese Ressource teilen kann.“

Effektive zwischenstaatliche Vereinbarungen über die Wassernutzung zwischen Armenien und Aserbaidschan gibt es nicht. Von den kaukasischen Staaten hat nur Aserbaidschan die UN-Wasserkonvention unterzeichnet, die darauf abzielt, die Wassernutzung zwischen den Ländern besser zu regeln. Während die derzeitige Situation die politischen Spannungen eher befeuert, betonen Experten, dass Debatten über Wassernutzung auch benutzt werden können, um auf weniger heiklem politischem Terrain zu einem Austausch zu kommen.

„Es gibt den Ansatz, dass bei der Annäherung und für Friedensprozesse Umweltthemen benutzt werden – zum Beispiel Flächenbrände, Biodiversität, der Klimawandel oder eben Wasser“, sagt Sehring. Es gehe darum, in pragmatischen Dingen eine Kooperationsbasis zu finden und politische Themen erst mal zurückzustellen. „Das kann dann beiden Seiten zeigen, dass es eine Zusammenarbeit von gegenseitigem Vorteil sein kann – und es ist auch eine Möglichkeit, ins Gespräch zu kommen und ein langfristiges Vertrauensverhältnis aufzubauen.“

Sehring weist darauf hin, dass man nicht gleich ausgereifte, formale Vereinbarungen als Ziel haben muss – vielmehr könnte die Zusammenarbeit auf einem eher technischen Level starten. Internationale Organisationen machen solche regionale Projektarbeit. Zum Beispiel gibt es derzeit im Wasserbereich das Projekt „EU4Environment – Wasser und Messdaten in östlichen Partnerländern“ sowie das Programm „USAID Südkaukasus Regional Water Management“.

Lusine Taslakyan, frisch promoviert zum Thema Wasserressourcen an der University of Idaho in den USA, hat zwischen 2003 und 2014 in zahlreichen zwischenstaatlichen Wasserprojekten mitgearbeitet, die vom amerikanischen Entwicklungsministerium (USAID), vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) sowie von der EU unterstützt wurden. Ihr Fazit: Die Kooperationen auf Projektebene waren effektiv, auch wenn es „natürlich ein bisschen merkwürdig ist, wenn die Länder nicht miteinander sprechen“. Die Treffen fanden in Tiflis statt, der Hauptstadt von Georgien, und „wir haben ausschließlich auf Expertenlevel miteinander geredet, uns über Fra-

Die Grenzziehung zwischen Armenien und Aserbaidschan birgt auch nach dem Ende des Bergkarabachkriegs Konfliktstoff: Menschen demonstrieren in Armeniens Hauptstadt Jerewan im Mai 2024 gegen eine umstrittene Entscheidung ihrer Regierung
Foto: Anthony Pizzoferrato/Middle East Images/afp



rollerrowdywetter

Besoffen E-Scooter zu fahren, ist keine gute Idee. Das weiß jetzt auch Brandenburgs CDU-Landes- und Fraktionschef Jan Redmann. Rund zwei Wochen nachdem er mit 1,3 Promille in eine Polizeikontrolle geraten war und seinen Führerschein abgeben musste, wird sich wohl nun auch der Landtag in einer Sondersitzung des Innen- und des Rechtsausschusses in dieser Woche auf Antrag der Linksfraktion mit dem Fall des betrunkenen Rollerrowdys beschäftigen. Das Wetter in Potsdam: Leichte Gewitter und Regenschauer, bis 24 Grad.

Signal gegen „Rollback“

Rund eine Million Besucher:innen bei der Kölner CSD-Parade

Mehrere Politiker:innen haben bei der CSD-Parade am Sonntag in Köln eindringlich vor einem Abbau von Rechten queerer Menschen gewarnt. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) sagte: „Wir merken, im Moment gibt es Faschisten und Nazis, die ein Rollback wollen.“

Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) bezeichnete die Demonstration durch die Kölner Innenstadt anlässlich des Christopher Street Days als Signal, „dass wir eben kein Rollback machen, dass wir das, was in den letzten Jahren und Jahrzehnten erreicht worden ist, noch erweitern“.

Es sei wichtig, „darauf aufmerksam zu machen, dass wir noch lange nicht in einer Gesellschaft der vollständigen Akzeptanz und Gleichberechtigung leben“, sagte die Linken-Vorsitzende Janine Wissler. „Ob in Köln oder anderswo: Wir müssen uns gemeinsam dafür einsetzen, dass jede Stadt und jedes Dorf ein sicherer Ort für queeres Leben wird.“

Staatsministerin Claudia Roth (Grüne) sagte, der Kölner CSD strahle in die ganze Welt. Aber es gebe auch „Rechtsstaatsverächter, es gibt Hassler und Hetzer, und die wollen uns zum Schweigen bringen, die wollen, dass wir uns zurückziehen, die wollen, dass wir uns verstecken“. Darauf gebe der CSD eine klare Antwort: „Ihr kriegt uns nicht stumm!“

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) verwies darauf, dass immer mehr Übergriffe gegen queere Menschen registriert würden und die Hassgewalt gegen sie zunehme. „Deshalb müssen wir zusammenstehen“, sagte Lauterbach.

Den Kölner CSD gibt es seit 1979. Mit seinen 90 Festwagen, mehr als 250 Gruppen, etwa 60.000 Teilnehmer:innen sowie rund einer Million Zuschauer:innen gehört er zu den größten Umzügen dieser Art in Europa. (dpa, taz)

brief des tages

Soziologie

„Warum der Osten anders bleibt“, taz vom 10. 7. 24

Es gibt in der genannten Beispielstadt Görlitz sehr wohl junge Menschen, auch junge Frauen. Die kommen allerdings aus beruflichen Gründen, nicht wegen des guten politischen Klimas. Und was soll das mit den „zu vielen“ Wessi-Rentnern? Weniger Leerstand spült mehr Geld in die Stadtkassen, immerhin hat die Stadt das Pensionopolis-Konzept jahrelang aktiv gefördert. Und schließlich „neue demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten. Beispielsweise Bürgerräte“ – die gibt es längst, und sie sind in den Stadtteilen sehr aktiv an Verbesserungen für die Bürger der Stadt beteiligt, weit mehr als der Gemeinderat, in dem die beiden großen Parteiblöcke schwarz und blau miteinander kungeln.

Die hemmungslose freie Marktwirtschaft kommt an ihr Ende, denn ihre Umverteilung wird mittlerweile schmerzhaft spürbar, und unsere politischen Institutionen können oder wollen den Kampf dagegen nicht wirksam führen: Die Linke zankt sich untereinander ums Recht behalten, die Mitte hat sich durch Regression selber ausgehöhlt und die Rechte kommt mit wohlfeilen Antworten, die sie als Lösungen verkauft.

Ulrich Burkhardt, Görlitz

SPD-Fraktionschef ist nicht begeistert

Rolf Mützenich hat Bedenken gegen die geplante Stationierung von Mittelstreckenwaffen. Er fordert „Angebote zur Rüstungskontrolle“. Baerbock verteidigt die Stationierungspläne

Von Pascal Beucker

Die angekündigte Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland sorgt zunehmend für Unruhe in der SPD. Am Wochenende hat sich nun auch Bundestagsfraktionschef Rolf Mützenich kritisch zu den Plänen geäußert. „Wir müssen unsere Verteidigungsfähigkeit angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine verbessern, aber wir dürfen die Risiken dieser Stationierung nicht ausblenden“, sagte er den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Am Rande des Nato-Gipfels in Washington hatten das Weiße Haus und die Bundesregierung vor eineinhalb Wochen bekanntgegeben, dass die USA von 2026 an Tomahawk-Marschflugkörper, die Mehrzweckrakete SM-6 sowie derzeit noch in der Testphase befindliche Hyperschallraketen in der Bundesrepublik stationieren wollen. Diese Waffensysteme verfügen über eine deutlich größere Reichweite als die derzeitigen landgestützten Systeme in Europa.

Es handele sich um eine „Reaktion auf die von Russland ausgehende Bedrohung“, heißt es in einem gemeinsamen Schrei-

ben, mit dem die Parlamentarischen Staatssekretär:innen Siemtje Möller (Verteidigung) und Tobias Lindner (Auswärtiges Amt) am Freitag den Auswärtigen Ausschuss und den Verteidigungsausschuss des Bundestages über das mit den USA vereinbarte Vorhaben in-

„Die Gefahr einer unbeabsichtigten militärischen Eskalation ist beträchtlich“

Rolf Mützenich, SPD-Fraktionschef

formierten. „Russland hat in den vergangenen Jahren massiv im Bereich weitreichender Raketen und Marschflugkörper aufgerüstet“, so die SPDlerin und der Grüne. Vergeblich habe die Bundesregierung mehrfach auch öffentlich „zu einer Umkehr von diesen eskalatorischen Maßnahmen aufgefordert“. Die Stationierung weitreichender konventioneller US-Waffensysteme in Deutschland trüge „zu einer effektiven und glaubwürdigen Abschreckung und zum Schutz Deutschlands und seiner Verbündeten bei“.

In Washington hatte Bundeskanzler Olaf Scholz bereits verkündet, das sei „ein Element der Abschreckung, ein Beitrag zum Frieden und eine wichtige Entscheidung zum richtigen Zeitpunkt“.

Dagegen wendet sein Parteifreund Mützenich jetzt ein, dass er zwar die Bedrohung durch Russland „überhaupt nicht ignorieren“ wolle. Gleichwohl verfüge die Nato, „auch ohne die neuen Systeme über eine umfassende, abgestufte Abschreckungsfähigkeit“. Die Waffensysteme, die nun neu stationiert werden sollen, hätten eine sehr kurze Vorwarnzeit und eröffneten neue technologische Fähigkeiten. „Die Gefahr einer unbeabsichtigten militärischen Eskalation ist beträchtlich“, warnte Mützenich. Darüber hinaus würde er sich wünschen, „dass die Bundesregierung ihre Entscheidung einbettet in Angebote zur Rüstungskontrolle“.

Noch deutlich schärfere Worte findet eine Gruppe überwiegend älterer Sozialdemokrat:innen, unter ihnen Ex-Bundesjustizministerin Hertha Däubler-Gmelin, die frühere NRW-Wissenschaftsministerin Anke Brunn, die ehemalige Bonner

Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und – mal wieder – der 75-jährige Willy-Sohn Peter Brandt. „Nein zu neuen Mittelstreckenraketen!“, ist ihr gerade veröffentlichter Aufruf überschrieben. „Die Gefahr eines großen Krieges in Europa droht wieder zu einer denkbaren Zukunft zu werden“, heißt es darin. Dazu trage bei, dass in Deutschland wieder Waffensysteme stationiert werden sollen, „die mit sehr kurzen Vorwarnzeiten konventionelle Sprengköpfe und sogar Atomwaffen nach Russland tragen können“. Dass am Ukraine-Krieg Russland „die unmittelbare Kriegsschuld“ trage, stehe zwar „außer Frage“, ändere aber „nichts daran, dass es zuerst um den Frieden gehen muss“.

Sie sagten „Nein zu einem neuen Kalten Krieg, aus dem ein Heißer Krieg werden kann“, schreiben die Verfasser:innen, zu denen auch das Ex-IG Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer, Ostermarschorganisator Willi van Ooyen und Jörg Sommer, der Vorsitzende der Deutschen Umweltstiftung, gehören. Was Deutschland brauche, sei „eine starke Friedensbewegung, die sich der zunehmenden Militarisation in der Politik und den öffentlichen Debatten entschieden widersetzt“.

Demgegenüber verteidigte Außenministerin Annalena Baerbock die vereinbarte Raketenstationierung. Der russische Präsident Wladimir Putin habe „das Arsenal, mit dem er unsere Freiheit in Europa bedroht, kontinuierlich ausgebaut“, sagte die Grünen-Politikerin den Funke-Medien. „Dagegen müssen wir uns und unsere baltischen Partner schützen, auch durch verstärkte Abschreckung und zusätzliche Abstandswaffen“, bekräftigte Baerbock die Haltung der Bundesregierung. Alles andere wäre, „nicht nur verantwortungslos, sondern auch naiv gegenüber einem eiskalt kalkulierenden Kreml“. Putin habe schon vor Jahren mit Abrüstungsverträgen und der gemeinsamen europäischen Friedensarchitektur gebrochen.

Noch ist unklar, wo und wie viele Tomahawk-Marschflugkörper in Deutschland stationiert werden sollen
Foto: imago



Wirklich unabhängig geurteilt?

Neues Indiz, dass Verwaltungsrichter Bengt Fuchs identisch ist mit dem Verfasser rassistischer Posts

Von Andreas Speit

Der Verdacht, dass der Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Gera, Bengt Fuchs, identisch ist mit einem Verfasser rassistischer und homophober Posts im Netz erhärtet sich. So hat sich ein Bengt Fuchs auf der Internetplattform Tradition mit Zukunft (Tramizu) mit seiner Dienstadresse registrieren lassen: bfuchs@vgge.thueringen.de. Der Nutzer BeFuchs287 hatte sich dort unter anderem abfällig über Migrant:innen geäußert. Der Vizepräsident des Verwaltungsgerichts hatte aber gegenüber der taz bestritten, jener Nutzer zu sein, und sprach von einer „Manipulation“.

Als Richter entschied Fuchs unter anderem über Asylklagen. Der Verdacht, dass seine privaten Einstellungen seine Unabhängigkeit als Richter untergraben könnten, führte bereits zu

Konsequenzen. Nachdem unter anderem die taz berichtet hatte, ordnete das Präsidium des Gerichts in der thüringischen Stadt eine interne Aufgabenumverteilung an und entschied, dass Fuchs keine Asylverfahren mehr betreuen darf.

Der Richter sei der dritten Kammer des Gerichts zugewiesen worden, sagte Gerichtspräsident Michael Obhues. Diese Kammer betreut Fälle aus dem Wirtschafts-, Telekommunikations- und Straßerecht, aber auch Flüchtlings- und Vertriebenrecht. Weitere dienstliche Konsequenzen könnten folgen, hieß es.

Und diese dürften nun auch folgen. Die Administratoren der ehemaligen Internetplattform, die an die 15.000 Mitglieder unter anderem von Burschen- und Turnerschaften nutzten, verifizierten die Anmeldungen. Die Chance, sich mit einer gefak-

ten Adresse inklusive Angaben zur zugehörigen Burschen- oder Turnerschaft bei der Plattform anzumelden, war gering.

Bereits vorher legten biografische Angaben im Forum zur Karriere bei Justiz und Bundeswehr als auch Privatinformationen mehr als nahe, dass es sich bei dem Nutzer um den Richter Fuchs handelt und kaum von einer „Manipulation“ ausgegangen werden kann.

Das Gericht und der Vizepräsident stehen schon länger wegen Entscheidungen in Asylverfahren in der Kritik. Eine Antwort der Bundesregierung auf eine Linke-Anfrage hatte offenbart, dass an dem Gericht die statistische Chance auf eine erfolgreiche Asylklage gering ist. Eine Strafanzeige des Flüchtlingsrats Thüringen blieb ohne Folgen.

Fuchs wehrte die Kritik gegenüber der taz als „Kampagne“ ab.

Doch die Äußerungen, die ihm zugeschrieben werden, lassen, wenn sich der Verdacht bestätigt, berechtigte Zweifel an seiner richterlichen Unabhängigkeit aufkommen. Bei Tramizu und dem Nachfolgeforum bei Facebook pflegten BeFuchs287 und ein Bengt-Christian Fuchs eindeutige Ressentiments. So unterbreitet Letzterer 2010 einen Vorschlag zu gescheiterten Abschiebungen: „Meine Idee, die Typen im Überflug mit nem Fallschirm abwerfen zu lassen, wird von Mitarbeitern in Ausländerbehörden [...] begrüßt“.

Die Landtagsabgeordnete der Linken in Thüringen Katharina König-Preuss forderte im Juni bereits: „Das Justizministerium muss endlich alle rechtlichen Mittel prüfen und nutzen, um das Agieren dieses Richters zu beenden.“

Dreimal die Radmuttern gelockert

In Thüringen sehen sich MLPD-Landtagskandidat:innen als Opfer faschistischer Anschläge

Von David Muschenich

Unbekannte haben bei mittlerweile drei Fahrzeugen von Kandidat:innen der Marxistisch-Leninistischen Partei (MLPD) in Thüringen Radmuttern gelockert. Laut dem Zentralkomitee der Splitterpartei handelt es sich um eine „faschistische Anschlagserie“. Die Landespolizeidirektion bestätigte der taz, dass sie in allen drei Fällen ermittelt.

Der letzte ereignete sich am vergangenen Freitag im Landkreis Sonneberg. Da traf es das Auto von Andreas Eifler. Der 69-jährige Maschinenbauer lebt im Thüringer Städtchen Schalkau, tritt für die MLPD als Direktkandidat im Wahlkreis Sonneberg I an und steht auf Platz 11 der Landesliste für die Landtagswahl im September. Er hatte das manipulierte Auto an einen Bekannten verliehen, dem zum Glück noch rechtzeitig während der Fahrt auffiel, dass sich die Räder ungewöhnlich verhielten.

Ähnlich war es Ende Mai den Rentner:innen Petra und Dieter Ilius in Gera ergangen, die auf den Plätzen 9 und 6 der MLPD-Landesliste antreten. Auch bei ihnen lockerten Unbekannte die Radmuttern und setzten zudem eine Tackernadel in den linken vorderen Reifen, offenbar, um die Luft herauszulassen. Eine Werkstatt bestätigte die Manipulation. Das war der erste Fall. Der zweite ereignete sich fast einen Monat später bei Ilka May, Platz 3 der MLPD-Landesliste. Bei ihr waren die Radmuttern am linken Vorderrad gelockert worden. Drei seien schon abgefallen gewesen, als sie geistesgegenwärtig den Wagen auf der Bundesstraße 19 gestoppt habe. Nur dadurch habe ein schwerer Unfall verhindert werden können.

Die Landespolizeidirektion bestätigte der taz, dass sie in allen drei Fällen ermittelt

„Drei Fälle, das ist schon auffällig“, sagte der MLPD-Landesvorsitzende Tassilo Timm der taz. Beschädigte Wahlplakate und Schaukästen, das kenne die Partei. „Aber hier nimmt jemand schwere Verletzungen und sogar den Tod in Kauf. Das ist eine krasse Steigerung.“ Bislang ist noch niemand zu Schaden gekommen.

Die MLPD vermutet, dass die Täter:innen aus faschistischen Kreisen stammen. So berichten Petra und Dieter Ilius von einer Drohung wenige Tage bevor die Radmuttern ihres Autos gelockert wurden. Bei einer Podiumsdiskussion vor der Oberbürgermeisterwahl in Gera hätten sie Flugblätter der MLPD für ein Verbot der AfD verteilt. Zudem habe Petra Ilius in einem Redebeitrag die Aktivitäten des ebenfalls anwesenden mehrfach vorbestraften Neonazis Christian Klar in der Stadt kritisiert. Danach sei ein ihnen unbekannter Mann auf sie zugekommen und habe gesagt: „Euren Namen merken wir uns.“

Die drei Manipulationsfälle an den Autos der MLPD-Kandidat:innen sind dem Thüringer Amt für Verfassungsschutz bekannt. Auf taz-Anfrage heißt es, die Gefährdungseinschätzung obliege grundsätzlich der Polizei. Aber auch der Verfassungsschutz konstatiert, dass es in diesem Jahr bereits mehrere Angriffe auf Politiker:innen in Thüringen gegeben habe, zum Beispiel in Waltershausen auf Michael Müller (SPD). Im Februar zündeten Unbekannte den Briefkasten an dessen Holzblockhaus an. Verletzt wurde niemand.

„In den letzten Jahren verzeichnen wir leider eine Zunahme der Übergriffe auf Amts- und Mandatsträger, sowohl quantitativ als auch qualitativ“, konstatiert Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD). Das treffe nicht nur Politiker:innen, sondern auch zivilgesellschaftlich Engagierte. Besonders im Wahlkampf sei eine „zunehmende Verrohung der politischen Auseinandersetzung“ wahrnehmbar, „die immer häufiger in Straftaten gegen Kandidaten mündet.“ Die Behörden seien alarmiert und konkrete Maßnahmen mit Betroffenen vereinbart. Es gebe etwa eine spezielle Notrufnummer oder Polizeischutz bei akut bedrohten Personen.

Polizeischutz hatte die MLPD in Thüringen bisher nur bei größeren Veranstaltungen. Nun überlegt die Kleinpartei, auch bei kleineren darum zu bitten. Einschüchtern lasse sie sich jedoch nicht. So halte sie denn auch an ihrer Wahlkampfaufaktveranstaltung am 27. Juli in Gera fest.

„Das verfestigt die Ungleichheit“

Die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Verena Bentele, hält die Kindergrundsicherung für gescheitert. Das bestehende System werde nicht angetastet, kritisiert sie die Regierung



Für eine Tüte Dinkelbrezeln dürfen die 5 Euro mehr Kindergeld im Monat schon noch reichen. Sollen sich die Kleinen also mal nicht beschweren, findet die Ampelkoalition
Foto: Ute Grabowsky/ photothek/ imago

Interview Patricia Hecht

taz: Frau Bentele, das Ziel der Kindergrundsicherung war, Kinder aus der Armut zu holen. Kann das mit den jetzigen Plänen noch klappen?

Verena Bentele: Nein. Die geplanten kleinen Veränderungen ändern nichts am System. Sie ändern nichts am grundsätzlichen Problem, dass Familien, in denen Eltern besser verdienen, durch Steuerfreibeträge stärker entlastet werden als Familien mit wenig Geld.

Momentan hat die Ampelkoalition zum Beispiel geplant, dass Kindergeld und Kindersofortzuschlag um je 5 Euro erhöht werden.

Das ist nicht schlecht, aber das hat mit einer Kindergrundsicherung nichts zu tun. Alles wird teurer, durch die Inflation zum Beispiel frische Lebensmittel. Diese Beträge sind eher eine dynamische Anpassung, mit der höhere Kosten ausgeglichen werden. Im Übrigen profitieren auch hier diejenigen Personen, deren Steuerfreibeträge ebenfalls steigen. Das verfestigt Ungleichheit.

Man könnte sagen, die Erhöhungen hätte es nicht gegeben, wenn vorher nicht so hoch geklopert worden wäre.

Das kann sein, und wir befürworten diese Erhöhung auch. Aber wenn sie das Ergebnis der vielen Verhandlungsrunden zur besseren Förderung von Kindern und Familien ist, können wir uns darüber nicht freuen. Jedes Taschenbuch kostet mehr.

Kommen soll nun auch der Kindergrundsicherungcheck. Was ist damit gemeint?

Wir wissen noch nicht genau, wie der Check aussehen wird. Offenbar sollen Familien angeschrieben werden, wenn sie einen Anspruch auf Kinderzuschlag haben könnten. Um andere Leistungen wird es da nicht gehen. Zudem soll wohl ein Kinderchancenportal kommen, wo Familien Leistungen für Bildung und Teilhabe abrufen können.

Aber erstens ist es eine grundsätzliche Aufgabe des Staates, seine Bürger:innen darauf hinzuweisen, welche Leistungen es gibt. Und zweitens frage ich mich, ob gerade die Familien, die dringenden Bedarf haben, damit auch wirklich erreicht werden und die Leistungen bei ihnen landen. Ich glaube nicht.

Wie würde man diese Eltern erreichen?

Natürlich brauchen sie gute Informationen. Aber die Hoffnung war, dass sie die Leistungen für ihre Kinder ohne den derzeitigen Aufwand, ohne die enorm komplizierten Anträge bekommen. Im Zweifel müssen sie dann auch noch Widerspruch gegen den Ablehnungsbescheid einlegen. Für uns wäre entscheidend gewesen, dass über die automatisierte Auszahlung eine Umkehr des Systems eingeleitet worden wäre. Je weniger die Eltern können, desto mehr Unterstützung gibt es vom Staat. Das war die Idee, die mal hinter der Kindergrundsicherung stand.

Manche sagen, dass eine automatisierte Auszahlung überhaupt nicht möglich wäre, weil die Daten, die der Staat dafür braucht, nicht automatisch erfasst werden können. Zum Beispiel, ob der Ehemann schon ausgezogen ist oder man sich die Miete teilt oder ob die Tochter Bafög bekommt.

Ich meine schon, dass da Einiges möglich wäre. Wenn zum Beispiel alle Menschen eine Steuererklärung abgeben würden, wäre auch eine zielgenauere Unterstützung und Auszahlung möglich. Generell ist es aber natürlich ein Problem, dass die Behörden in Deutschland so schlecht untereinander vernetzt sind. Das muss sich perspektivisch ändern.

Was sollte nach dem Sommer bestmöglich noch kommen?

Die Familien sollten nicht an vielen verschiedenen, sondern nur noch an einer Stelle Anträge für ihre Kinder stellen müssen. Diese Vereinfachung wäre zen-

tral. Zudem müsste darüber gesprochen werden, ob die Steuerfreibeträge für Kinder gesenkt werden. Damit würde eben nicht die Förderung von Wohlhabenden verbessert, was in dieser Koalition aber natürlich schwierig ist – auch wenn Lisa Paus das wohl möchte. Leider kann ich mir derzeit nicht vorstellen, dass solche maßgeblichen Änderungen noch möglich sind.

Ist das Projekt Kindergrundsicherung damit erst mal auf Jahre erledigt?

Als Zivilgesellschaft, als Bündnis werden wir das Projekt weiter fördern und verfolgen. Dass das politisch in naher Zukunft nochmal angefasst wird, da bin ich eher pessimistisch. Man müsste es ja erst mal wieder in den nächsten Koalitionsvertrag bringen. Wir wissen nicht, ob das die nächste Regierung machen wird.

Woran genau ist das Projekt gescheitert?

Die Perspektiven der Koalitionsparteien gehen da deutlich

auseinander. Offenbar war der Einigungswille nicht groß genug: Sich gemeinsam vortasten und schauen, was möglich wäre, ging wohl nicht. Genauere Infos haben nur die drei Koalitionäre.

Sie sehen also gar nicht nur die Grüne Lisa Paus in der Verantwortung?

Keineswegs. Auch SPD und FDP haben es sich recht bequem damit gemacht, nur mit dem Finger darauf zu zeigen, was schlecht ist. So kann man ein solches Projekt auch schnell vom Tisch kriegen.

Was heißt das für die Ampelkoalition?

Für die hat es keine substantiellen Konsequenzen. Dafür ist das Projekt wahrscheinlich nicht wichtig genug. Der Kanzler hat für die Kindergrundsicherung nicht für uns hörbar auf den Tisch gehauen, um eine Einigung im Sinn armer Kinder zu erzielen. Es macht mehr Eindruck, wenn Unternehmen vor den drei Koalitionsparteien versprechen, als wenn über arme Kinder gesprochen wird.



Verena Bentele, 42, ist Präsidentin des größten deutschen Sozialverbands VdK und Sprecherin des Bündnisses Kindergrundsicherung. Von 2014 bis 2018 war das SPD-Mitglied Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

bundes talk

Ist die Bahn noch zu retten?

Die Deutsche Bahn will mit der Grundsicherung bis 2030 wieder gut aufgestellt sein. Ist das möglich? Darüber spricht Bernd Pickert mit Nanja Boehnisch, Anja Krüger und Pascal Beucker.



Podcast hören:
www.taz.de/bundestalk

bundes **talk** 



bundestalk

Ist die Bahn noch zu retten?

Die Deutsche Bahn will mit der Grundsaniierung bis 2030 wieder gut aufgestellt sein. Ist das möglich? Darüber spricht **Bernd Pickert** mit **Nanja Boehnisch**, **Anja Krüger** und **Pascal Beucker**.

Jetzt hören!

Bär-Alarm im Trentino

Nach Braunbär-Attacken in Italien will ein Lega-Politiker das verdächtige Tier erschießen lassen

Von **Clemens Schreiber**

In der norditalienischen Provinz Trentino spitzt sich der Konflikt um die Braunbären zu. In nur einer Woche wurde ein Mensch von einem Bären angegriffen, zwei weitere entkamen einem Angriff knapp. Der erste Vorfall ereignete sich am 10. Juli am Bergsee in Molveno, als sich das Tier einer Schweizer Touristin und ihren drei Kindern näherte.

Am Dienstag hat dann ein Bär nahe der Gemeinde Dro einen Jogger angegriffen und an Armen, Rücken und Beinen verletzt. Nachdem dieser in ein Krankenhaus geflogen wurde, gab er zu Protokoll, dass die Bäarin mindestens ein Jungtier bei sich hatte. Am Folgetag wurde ein Mountainbiker von einem Bären verfolgt, konnte diesen aber abschütteln.

Die Behörden vermuten, dass ein und dasselbe Raubtier für die drei Vorfälle verantwortlich ist: Bäarin KJ1, die gerade drei Bärenjungen aufzieht. Der Landeshauptmann in Trentino, Maurizio Fugatti von der rechtspopulistischen Lega, setzte noch am Tag, an dem der Jogger verletzt wurde, ein Schreiben auf, in dem er sich für die Tötung des Raubtiers ausspricht. „Mit begründeter Gewissheit“ sei davon auszugehen, dass der Bär „derselbe ist, der schon seit einigen Wochen in der Gegend gesichtet wurde“, so Fugatti.

Italienische Tierschutzorganisationen kritisieren die geforderte Tötung der Bäarin scharf. Landeshauptmann Fugatti habe nicht das Ergebnis der Ermittlungen der Forstbehörde abgewartet, „sondern wandte sofort das Gesetz der Vergeltung an und verurteilte einen nicht identifizierten Bären zum Tode“, sagte die Präsidentin des italienischen Tierschutzvereins Enpa, Carla Rocchi.

Auf Einspruch des Tierschutzverbandes Leal entschied das Trienter Verwaltungsgericht am Freitag: Solange es keinen Beweis dafür gibt, dass es sich bei der Bäarin um KJ1 handelt, stellt sich das Gericht gegen die Tötung.

Schutzinstinkte gegenüber ihren Jungen können Bärenmütter auf empfundene Bedrohungen aggressiv reagieren lassen. In anderen Teilen Italiens ist es üblich, Wege zu sperren, auf denen sich zuletzt Bärenmütter mit ihren Jungen aufhielten. Im Trentino werde dieser Lösungsansatz jedoch für unmöglich gehalten, kritisiert die italienische Tierschutzorganisation LAV.

Seit dem zur Jahrtausendwende von der Politik forcierten Wiederansiedlungsprojekt „Live Ursus“ ist die Braunbär-Population im Trentino auf zwischen 100 und 120 Tiere gewachsen. Die Politik habe Maßnahmen versäumt, um eine friedliche Koexistenz zwischen Bär und Mensch zu garantieren, so der Vorwurf der Tierschutzorganisationen.

Zahl des Tages

190 Dörfer

Wer auf dem Dorf wohnt, hat nicht nur häufig schlechte Karten in Sachen Nahversorgung von Supermarkt bis Ärztin, sondern auch bei der Versorgung mit schnellem Internet. Laut einer Erhebung des Vergleichsportals Verivox sind bislang **190 Dörfer der Größenordnung unter 3.000 Einwohner:innen vollständig mit Glasfaser versorgt**. Das entsprechen weniger als 3 Prozent aller kleinen Gemeinden. Die meisten vollständig versorgten Dörfer liegen demnach in Schleswig-Holstein (121), Niedersachsen (28) und Rheinland-Pfalz (20). In Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Saarland gebe es noch kein einziges Dorf, das vollständig mit Glasfaser versorgt sei.

Nach dem Crash ist davor

Flugausfälle und verschobene OPs – nach einer großflächigen IT-Störung laufen die Systeme nach und nach wieder an. Expert:innen fordern Konsequenzen

Von **Svenja Bergt**

Nach der großflächigen IT-Störung am Freitag, die durch ein fehlerhaftes Update ausgelöst wurde, hat sich die Lage wieder weitgehend normalisiert. Das teilte das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) am Wochenende mit. BSI-Präsidentin Claudia Plattner kündigte dennoch Konsequenzen an: „Es gibt ein paar Stellen und Hebel, an denen wir etwas tun können und auch müssen“, sagte sie dem Fernsehsender Phoenix. So gehe es etwa darum, bei Herstellern noch deutlicher auf die Qualität ihrer Produkte zu schauen. Eine absolute Sicherheit könne es zwar nicht geben, aber der Vorfall habe gezeigt, dass es entlang der Lieferkette noch Verbesserungsbedarf gebe.

Ein fehlerhaftes Update des IT-Sicherheitsanbieters CrowdStrike für Microsoft-Produkte, die von Unternehmen genutzt werden, hatte am Freitag zu zahlreichen Computerausfällen weltweit geführt. Besonders betroffen waren Airlines und Flughäfen – in den USA und auch in Europa und Australien fielen zahlreiche Flüge aus. CrowdStrike stellte noch am Freitag einen Fix, also eine Lösung, zur Fehlerbehebung bereit.

Im Laufe des Wochenendes wurden die meisten Systeme so wieder repariert. Airlines und Flughäfen meldeten eine Rückkehr in den Regelbetrieb. Die Uniklinik Schleswig-Holstein, die am Freitag alle nicht zeitkritischen Operationen abgesagt hatte, gab nun an, ihre Systeme sukzessive wieder hochzufahren. Man rechne damit,

spätestens am Montag wieder in den normalen Betrieb überzugehen. Microsoft zufolge betraf das fehlerhafte Update 8,5 Millionen Windows-Systeme – das entspricht weniger als einem Prozent. CrowdStrike-Chef George Kurtz betonte, dass es sich nicht um einen Angriff gehandelt habe, und entschuldigte sich für den Fehler.

Konstantin von Notz, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen, kritisierte Mängel in der IT-Sicherheitspolitik der Bundesregierung: „Dass es bis heute kein Kritis-Dachgesetz gibt, ist ein massives Versäumnis.“ Das Gesetz soll dafür sorgen, dass kritische Infrastrukturen, etwa in den Bereichen Energieversorgung, Gesundheit und Telekommunikation, besser geschützt sind.

meinung + diskussion 12



Protestierende kühlen sich in La Rochelle ab. Als Teil ihres Protests wollen sie den Hafen der Stadt symbolisch blockieren
Foto: Serriere Arnault/abaca press/imago

Kampf gegen die Riesenbecken

In Frankreich herrscht Wassermangel. Nun mehrt sich Protest gegen große Speicher der industriellen Landwirtschaft

Aus Melle **Selma Hornbacher-Schöneleber**

Die Botschaft ist nicht zu überhören: „Toutes les manifestations ont été interdites!“ „Alle Demonstrationen wurden verboten!“, schallt es aus einem Polizeihubschrauber. Immer wieder fliegt er dicht über die „Village de l’Eau“, ein Protestcamp gegen die umstrittenen „Méga-Bassines“. An den Wasserspeichern kristallisieren sich Verteilungskämpfe um eine immer knapper werdende Ressource.

„Méga-Bassines“ – mit Plastik ausgekleidete und mit Grundwasser befüllte „Riesenbecken“ von bis zu 18 Hektar Größe – dienen der industriellen Landwirtschaft als Wasserspeicher. Die steht unter einem enormen Anpassungsdruck: Infolge der Klimakrise und des menschlichen Wasserverbrauchs herrscht in Frankreich Wassermangel.

Kritik kommt von Umweltschützer*innen und Kleinbauer*innen: Die Becken seien eine Form des Water-Grabbing, also der Privatisierung von Wasser. Das fehle wiederum dem Wasserkreislauf und trockne so die Umgebung aus. Zusätzlich versiegeln sie hekt-

arweise Boden. Kritisch äußern sich NGOs wie Greenpeace, aber auch das Linksbündnis Nouveau Front populaire, das bei den Parlamentswahlen die relative Mehrheit gewonnen hat.

Das Camp wird von einem breiten Bündnis aus Öko-Aktivist*innen und NGOs unterstützt. Darunter ist auch die Confédération Paysanne (Conf), eine der drei großen Bauerngewerkschaften Frankreichs und Interessensvertretung der Kleinbauer*innen. Die Conf lehnt Méga-Bassines ab: Indem diese Oberflächen- und Grundwasser entnehmen, seien sie schädlich für die umliegenden Ökosysteme und damit für die Landwirtschaft.

An einem Grillstand auf dem Camp hängt ein gelbes Banner: „Bei der Conf sind die Würstchen politisch!“ Jean-Luc Manguy, der mit Schürze auf der Wiese steht, brät die politischen Würstchen. Er ist Bauer: 70 Hektar Land bestellt er mit Getreide und Hülsenfrüchten für den lokalen Markt. Die Auswirkungen der Klimakrise spürt er bereits deutlich. „Die letzten drei, vier Jahre waren extrem trocken“, erklärt er. Dieses Jahr sei zwar außergewöhnlich viel Regen gefal-

len, aber in zu kurzer Zeit. „Wir alle müssen unsere Landwirtschaft an den Klimawandel anpassen“, erklärt er. Aber das sei nur durch einen nachhaltigeren Anbau und gerechten Zugang zu Wasser für alle möglich.

Dass auch in seiner Region Méga-Bassines gebaut werden sollen, sieht er kritisch. Das

Irritiert erzählt ein Aktivist, ihm sei seine Flasche Rotwein verboten worden

nutze nur der wasserintensiven industriellen Landwirtschaft, die auf Export, meist von Viehfutter, setze. Diese Landwirte schließen sich in Kooperativen zusammen, um die Becken zu bauen. Obwohl dabei oft bis zu 70 Prozent der Kosten staatlich subventioniert würden, sei das Wasser am Ende viel zu teuer, erklärt Manguy.

Auf der anderen Seite der Wiese finden in bunten Zirkuszelten Vorträge statt, der örtliche Bürgermeister geht ein und aus

und Greta Thunberg steht in der Essensschlange. Auf einer Bank im Schatten sitzt auch Julia T. Die junge Bäuerin aus Deutschland will auf dem Camp mehr über Frankreichs Verteilungskämpfe um Wasser lernen. Weltweit spitze sich die Privatisierung von Wasser und Land zu, erklärt sie. Auch in Deutschland. Gerade zu Brandenburg, wo sie lange gearbeitet hat, sehe sie Parallelen: Auch dort dominieren große Konzerne die Landwirtschaft, auch dort werde die Wasserknappheit immer deutlicher. Dass die Wasserbecken in Deutschland ein Thema werden, davon geht sie aus.

Über dem Camp kreist seit Tagen ein Polizeihubschrauber. Der scheidende Innenminister Gérald Darmanin, ein erklärter Gegner der Anti-Bassine-Bewegung, hat allein 2.500 Beamte der Gendarmerie, also der Militärpolizei, eingesetzt. Das hohe Polizeiaufgebot ist spürbar: Bereits Tage vor den Protesten werden fast alle Anreisenden zum Camp durchsucht und ihre Personalien überprüft. Ein Aktivist erzählt irritiert, ihm sei sogar sein Rotwein verboten worden. Die Begründung klingt nach einem bekannten Ton-Steine-Scherben-Song: Die Flasche könne zu einem Molotowcocktail umgebaut werden.

Das Verbot der Demos – das Camp ist legal – erklärt der zuständige Präfekt mit vergangenen Ausschreitungen und dem Versäumnis einer ordnungsgemäßen Anmeldung. Bereits 2023 kam es im benachbarten Sainte-Soline bei einer ebenfalls verbotenen Demo zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Sie sind zum Symbol des Konflikts um Frankreichs Wasserressourcen geworden.

Wie im Vorjahr finden die Proteste trotzdem statt: 4.500 Teilnehmer*innen protestieren am Freitag gegen den Neubau eines Bassines bei Saint-Sauvant. Am Samstag versuchen etwa 6.000 Personen, den Hafen von La Rochelle zu blockieren, um den internationalen Handel mit Produkten der industriellen Landwirtschaft zu stören. Unter ihnen ist eine Gruppe Bauern, die mit Traktoren eine Zufahrtsstraße blockiert.

Inwiefern der Protest gegen die Méga-Bassines sich in politischen Maßnahmen niederschlagen kann, ist noch offen. Zentral wird hierfür sein, ob der Nouveau Front populaire die nächste Regierung stellen wird: Das Linksbündnis will schärfer gegen die umstrittenen Wasserbecken vorgehen.

taz panterstiftung

TRANS. CONTINENTAL

Africa's Future and the Competition of Global Powers

54-seitiges Magazin mit Berichten und Reportagen aus dem Afrika-Workshop der taz Panter Stiftung

Bestellen unter stiftung@taz.de taz.de/stiftung





**Auf dieser Seite
finden Sie jeden Montag
Geschichten rund
um die Klimakrise**



Eingeschnitte Häuser in Frechen bei Köln. Nicht jeder Mensch mit Wohneigentum kann sich eine energetische Sanierung leisten. Foto: Christoph Hardt/Imago

„Allen ermöglichen, von fossilen Energien wegzukommen“

Privathaushalte mit niedrigen Einkommen und Vermögen bräuchten mehr finanzielle Hilfen für Sanierungen und E-Autos, sagt Ines Verspohl vom neu gegründeten Institut für Klimasozialpolitik

Interview **Hannes Koch**

taz: Klimapolitik ist eine teure Angelegenheit, nicht nur für den Staat, sondern auch für die Bürger*innen. Richtig, Frau Verspohl?

Ines Verspohl: Die Klimapolitik kostet die Privathaushalte und Unternehmen einerseits deshalb Geld, weil der Kohlendioxidpreis auf den Marktpreis fossiler Energie aufgeschlagen wird. Andererseits müssen die Bürger, die Firmen und der Staat die Investitionen für die Umstellung auf klimaneutrale Energie finanzieren. Keine Klimapolitik zu machen wäre aber ebenfalls teuer – etwa wegen der zu erwartenden Umwelt- und Gesundheitsschäden.

Der Preis für Kohle, Öl und Gas wird permanent zunehmen – so will es die Bundesregierung. Eine gute Idee?

Die Bundesregierung plant, den Kohlendioxidpreis von heute 45 Euro pro Tonne auf maximal 65 Euro 2026 anzuheben. Wie es danach weitergeht, wissen wir nicht. Diese Unsicherheit ist ein riesenproblem für die Haushalte. Die fragen sich, ob es langfristig günstiger ist, eine Wärmepumpe einzubauen oder eine Gasheizung.

Die Tendenz scheint klar: Fossile Energie, die wir heute noch alle brauchen, wird massiv teurer.

Wenn der CO₂-Preis ab 2027 in ganz Europa eingeführt wird, soll ihn der freie Markt bestimmen. Für die vermutliche Höhe gibt es verschiedene Szenarien. Sie liegen zwischen 45 und 300 Euro pro Tonne. Letzteres wäre für Haushalte, die dann noch fossil heizen müssen, eine zu große Belastung. Deshalb sollte die Politik heute dafür sorgen, dass die Leute in zehn Jahren kein Gas mehr brauchen. Wir müssen allen Privathaushalten ermöglichen, von den fossilen Energien wegzukommen.

Sie haben das private Ins-

titut Zukunft KlimaSozial gegründet. Warum ist das nötig?

Wir wollen die Politik in dem Sinne beraten, dass sie Klimapolitik und Sozialpolitik zusammendenkt. Heute passiert das noch zu wenig. Es geht unter anderem darum, wie sich die sozialen Folgen der Klimapolitik abfedern lassen.

In Frankreich erhalten Besitzer*innen von Wohneigentum bis zu 90 Prozent der Kosten der Energiesanierung als Zuschuss vom Staat. Ist das nicht eine übertriebene Großzügigkeit?

Das ist eine politische Antwort darauf, dass manche Haushalte kaum Geld auf dem Konto haben und gleichzeitig nur niedrige Einkommen oder Renten. Deshalb können sie die Energiesanierung ihrer Immobilien – Dämmung der Fassaden, neue Fenster und Heizungen – nicht selbst bezahlen. Hierzulande war das eine Motivation für den öffentlichen Aufschrei gegen das Heizungsgesetz im vergangenen Jahr. Denn

die Hälfte der Bundesbevölkerung zur Miete und kann nicht selbst entscheiden, ob und wie das Haus saniert wird. Für Mieter ist daher ebenfalls eine spezielle Förderung erforderlich.

Welche Bevölkerungsgruppen sind außerdem von steigenden Energiekosten betroffen?

Es geht auch um diejenigen, die ihre Autos weiter brauchen, weil das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs zu gering ausfällt. Wir beim Institut planen für alle Bevölkerungsgruppen mit unteren und mittleren Einkommen.

In Frankreich gab es vorübergehend eine besondere Förderung für Elektroautos. Für wen galt diese und wie sah sie genau aus?

Die Idee war, dass Leute mit wenig Einkommen und langen Pendelwegen zur Arbeit ein E-Auto vergünstigt leasen konnten. Die Kosten betragen nur 50 bis 150 Euro monatlich, der Staat übernahm den Rest. So half die französische Regierung ihren

einen höheren Klimabonus. Der geht grundsätzlich an alle, um der Bevölkerung die Einnahmen aus dem dortigen CO₂-Preis zurückzuerstatten.

Haben wir in Deutschland ähnliche Programme, die nach sozialen Lagen unterscheiden?

Bisher bloß in einem Fall: Wer weniger als 40.000 Euro zu versteuerndes Einkommen hat, das entspricht ungefähr dem Durchschnittseinkommen für zwei Vollzeitjobs, bekommt einen höheren Zuschuss beim Austausch der Heizung.

Sie argumentieren: Das Klimageld, das hierzulande gefordert, diskutiert und vorbereitet wird, reiche nicht. Warum?

Das Klimageld ist dafür gedacht, die finanziellen Belastungen auszugleichen, die den Privathaushalten durch den CO₂-Preis entstehen. Es würde aber zu gering ausfallen, als dass man sich damit eine Wärmepumpe kaufen könnte. Um die Investitionen in klimafreundliche Heizsysteme und Fahrzeuge zu ermöglichen, sind zusätzliche Instrumente der Klimasozialpolitik nötig.

Und woher sollen die Mittel kommen, mit denen der Staat das alles bezahlt?

Die Haushalte werden sich an den Investitionen beteiligen müssen. Was den Staat betrifft, haben wir bisher keinen Vorschlag formuliert. Grundsätzlich gäbe es aber die Möglichkeit, solche Ausgaben mit einer höheren Staatsverschuldung zu finanzieren. Ein zweiter Weg bestünde darin, höhere Steuern beispielsweise auf Erbschaften und Vermögen zu erheben. Das ist eine politische Entscheidung – ebenso wie der Verzicht auf eine zusätzliche Klimasozialpolitik. Dann aber müssten die Haushalte alles selbst bezahlen – in Gestalt der hohen CO₂-Preise, der Investitionen und auch der Schäden, die durch die unterlassene Klimapolitik entstehen.

„26 Prozent aller armutsgefährdeten Personen in Deutschland leben in Häusern oder Wohnungen, die ihnen selbst gehören“

26 Prozent aller armutsgefährdeten Personen in Deutschland leben in Häusern oder Wohnungen, die ihnen selbst gehören. Wenn wir wollen, dass diese Leute ihr Eigentum sanieren und nicht irgendwann 300 Euro CO₂-Preis zahlen, müssen wir sie unterstützen. Aber die Bedingungen in Deutschland und Frankreich unterscheiden sich. Eine 90-Prozent-Förderung für Hausbesitzer wäre in dieser Höhe hierzulande nicht angemessen. Schließlich wohnt

Bürgern, von Benzin auf Strom zu wechseln und den Absatz von kleinen Elektrofahrzeugen aus heimischer Produktion zu erhöhen. Allerdings wurde das Programm wegen unerwartet hoher Nachfrage zunächst gestoppt.

Österreich bietet Pendlerinnen und Pendlern ebenfalls eine außergewöhnliche Förderung an.

Wer in abgelegenen Gegenden ohne ausreichenden öffentlichen Nahverkehr wohnt, erhält

Selbst Trump kann die Wende nicht stoppen

Würden die Republikaner die US-Wahl gewinnen, stünden sie vor klimapolitischen Herausforderungen

Von **Christian Mihatsch**

Donald Trump hat gute Chancen, am 5. November erneut zum US-Präsidenten gewählt zu werden. Für das Klima könnte das dramatische Folgen haben: Mit der aktuellen US-Gesetzgebung werden die Emissionen bis zum Jahr 2030 um 43 Prozent im Vergleich zum Jahr 2005 sinken, wie eine Analyse der britischen Klimapublikation Carbon Brief zeigt. Das ist insbesondere dem „Inflationsreduktionsgesetz“ (IRA) zu verdanken, das eine Vielzahl an Subventionen für grüne Technologien umfasst. Sollte eine zweite Trump-Regierung – wie angekündigt – alle Klimaschutzmaßnahmen der Regierung von US-Präsident Joe Biden zurücknehmen, sinken die Emissionen hingegen nur um 28 Prozent. Gemäß Carbon Brief wäre das fatal: „Eine zweite Amtszeit Trumps, die Bidens klimapolitisches Vermächtnis erfolgreich demontiert, würde wahrscheinlich alle globalen Hoffnungen auf eine Begrenzung der Erderwärmung auf unter 1,5 Grad zunichtemachen.“

Es bleibt allerdings offen, ob eine Trump-Regierung die IRA-Subventionen komplett streichen würde. Denn dieses Geld kommt in erster Linie Wahlkreisen zugute, die mehrheitlich republikanisch wählen, wie eine Analyse der US-Nachrichtenagentur Bloomberg zeigt. Diese sind oft ländlicher und haben daher mehr Platz für Solar- und Windparks. Außerdem sind dort die Grundpreise und Löhne niedriger, was den Bau von Fabriken, etwa für Batterien, lukrativer macht. Die Analyse kommt zu dem Schluss: „In einer zweiten Amtszeit Trumps könnte es zu einem konzertierten Versuch kommen, Bidens

Die USA stehen klimapolitisch vor der Wahl: Weltmacht oder Industriemuseum

grüne Agenda zurückzudrehen. Dazu müsste Trump aber viele Republikaner dazu bringen, zwei Dinge abzuwählen, die jeder Bezirk dringend braucht: Arbeitsplätze und Geld, egal ob grün oder nicht.“

Die Klima- und somit Industriepolitik einer zweiten Trump-Regierung hätte zudem geopolitische Folgen: Die Rivalität zwischen den USA und China dürfte weiter zunehmen. China ist führend bei Zukunftstechnologien wie erneuerbaren Energien und Elektroautos. Die US-Regierung hat daher die Wahl: Sie kann versuchen, die chinesische Dominanz zu brechen, indem sie grüne Technologien fördert – so wie es Biden tut. Oder sie kann China den Markt überlassen.

Fatih Birol, der Chef der Internationalen Energieagentur (IEA), sagt: „Der Übergang zu sauberer Energie findet weltweit statt und ist unaufhaltsam.“ Grüne Technologien wachsen exponentiell, die Kosten dafür sinken. Ein auf Kohle, Öl und Gas beruhendes Energiesystem kann nicht mithalten, weil sich die Kosten nicht mit der gleichen Geschwindigkeit senken lassen. Überspitzt gesagt, stehen die USA daher vor der Wahl: Weltmacht oder Industriemuseum.

Was ein Wahlsieg Trumps für die internationale Klimapolitik bedeuten würde, lässt sich absehen: Eine der ersten Amtshandlungen Trumps dürfte der Austritt aus dem Pariser Abkommen sein. Das hat er bereits während seiner ersten Amtszeit getan – ohne nennenswerte Konsequenzen. Aber selbst wenn Trump diesmal auch aus der Klimakonvention aussteigen würde, blieben die Folgen überschaubar: Die Konvention ist wie das Paris-Abkommen rechtlich weitgehend unverbindlich. Paul Bledsoe von der American University fragt sich daher: „Warum treten sie aus? Wovor haben sie Angst? Die Schlussfolgerung, zu der man kommt, ist, dass es hier nur um Symbolik im Kulturkampf geht.“



Foto: Manuel Gufjahr

Ines Verspohl ist Politikwissenschaftlerin und Geschäftsführerin des neuen privaten Instituts für Klimasozialpolitik, Zukunft KlimaSozial, in Berlin. Dieses wird finanziert von der European Climate Foundation, einer gemeinnützigen Stiftung mit Sitz in den Niederlanden.

Trump und Biden machen weiter

Der US-Wahlkampf nimmt wieder an Fahrt auf. Biden lehnt Rückzug ab

Genau eine Woche nach dem Attentat auf ihn ist der republikanische US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump erstmals wieder bei einer klassischen Wahlkampfkundgebung aufgetreten. Trump sprach vor Anhängern in Grand Rapids im Bundesstaat Michigan und sagte mit Blick auf die Attacke erneut: „Ich stehe nur durch die Gnade des allmächtigen Gottes vor euch.“

Trump schwärmte über den Nominierungsparteitag seiner Partei in Milwaukee. „Es war wie ein großes, schönes, viertägiges Fest der Liebe.“ Es habe keinen Streit gegeben, kein Geschrei, kein Gebrüll. Er spottete dagegen über den im August anstehenden Nominierungsparteitag der Demokraten. „Sie haben ein paar Probleme. Erstens: Sie haben keine Ahnung, wer ihr Kandidat ist.“

Damit verwies er auf die parteiinterne Rebellion der Demokraten gegen US-Präsident Joe Biden, der bei der Wahl im November für eine zweite Amtszeit antreten will. Der 81-jährige steht wegen seines Alters und Zweifeln an seiner geistigen Fitness massiv unter Druck. Zuletzt machten ein Dutzend weitere Demokraten innerhalb von 24 Stunden eine Rückzugsforderung an Biden publik. Auch der Ton wird dabei rauer. So gab ein Abgeordneter öffentlich zum Besten, Biden habe ihn jüngst bei einer Begegnung nicht mehr erkannt. Hinter den Kulissen versucht Medienberichten zufolge die allererste Reihe der Partei, Biden zum Rückzug zu bewegen.

Biden, der sich derzeit wegen einer Corona-Infektion in seinem Privathaus in Rehoboth Beach im Bundesstaat Delaware isoliert, gibt sich nach außen hin bislang unbeeindruckt und kündigte für diese Woche seine Rückkehr auf die Wahlkampfbühne an. (dpa)

Einigung im Streit um Riff

China und die Philippinen legen Streit um Gebiet vorerst bei

Die Philippinen und China haben eine „vorläufige“ Vereinbarung getroffen, um weitere Konfrontationen rund um ein umstrittenes Riff im Südchinesischen Meer zu vermeiden. Wie das philippinische Außenministerium am Sonntag mitteilte, konnte die Einigung nach einer Reihe von Konsultationen in Manila abgeschlossen werden.

Bei dem umstrittenen Riff handelt es sich um die sogenannte Second-Thomas-Untiefe etwa 200 Kilometer westlich der philippinischen Insel Palawan innerhalb der exklusiven Wirtschaftszone der Philippinen. Dort sind philippinische Truppen auf einem seit 1999 gestrandeten Schiff namens „BRP Sierra Madre“ stationiert. Das Schiff markiert den territorialen Anspruch der Philippinen auf dieses Gebiet.

Zuvor kam es während Versorgungsmissionen zur „BRP Sierra Madre“ immer wieder zu Konfrontationen zwischen philippinischen und chinesischen Schiffen. Nun heißt es vom philippinischen Außenministerium, dass sich beide Seiten auf eine zeitweilige Vereinbarung über die Versorgung des Schiffs geeinigt hätten. Einzelheiten wurden nicht bekannt.

Um das ressourcenreiche Gebiet weit verstreuter Riffe und Inseln westlich der Philippinen und weit südlich von China gibt es seit Jahrzehnten Streit zwischen Peking und Manila. Die patrouillierenden Küstenwachen der Länder halten dort regelmäßig gefährliche Manöver ab.

China reklamiert praktisch das gesamte Südchinesische Meer für sich, was der Internationale Schiedsgerichtshof in Den Haag zurückgewiesen hat. Auch die Philippinen, Vietnam, Malaysia, Taiwan und Brunei beanspruchen dort Gebiete. (dpa)

Ein blutiger „roter Juli“ erschüttert Bangladesch

Die Regierung will bei der Jobvergabe Familien von Veteranen des Unabhängigkeitskriegs bevorzugen. Das treibt die Menschen auf die Straße. Unruhen fordern über 150 Tote

Von **Natalie Mayroth**, Mumbai

Der Juli erweist sich als einer der blutigsten Monate in der jüngeren Geschichte Bangladeschs. Vom „roten Juli“ ist daher die Rede. Seit Anfang des Monats ist vor allem unter jungen Menschen der Unmut über ein Gerichtsurteil gewachsen, das die Wiedereinführung eines umstrittenen Quotensystems für begehrte öffentliche Posten vorsah. Der Frust entlud sich jetzt nicht nur in der Hauptstadt Dhaka. Über mehrere Tage hinweg kam es zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern. Laut der Nachrichtenagentur AFP starben bis Sonntag mindestens 151 Menschen. Indien evakuierte indische Studierende, die sich im Land befanden.

Die Protestierenden blockierten Straßen, forderten die komplette Abschaffung der Quoten. Sie fanden Unterstützung in Teilen der Bevölkerung. Sicherheitskräfte reagieren hart, wie Videos in den sozialen Medien

zeigen. Schulen und Universitäten wurden geschlossen. Die Regierung blockiert die Internetverbindung, wodurch Informationen nur langsam an die Öffentlichkeit gelangen. Einige Nachrichtenseiten aus Bangladesch sind weiterhin nicht abrufbar. Augenzeugen berich-

„Der Einsatz der Armee auf der Straße ist ein Eingeständnis des Versagens“

Professor Ali Riaz

ten von Szenen in Dhaka, die einem Bürgerkrieg gleichen. Die Armee wurde einberufen und eine Ausgangssperre verhängt. Noch am Samstag ignorierten viele Protestierende die Maßnahme. „Der Einsatz der Armee auf der Straße ist ein Eingeständnis des Versagens der Regierung, die Situation einzudämmen“, äußerte der politische Beobachter und Professor

Ali Riaz von der Illinois State University.

Die umstrittene Quote, die zu heftigen Unruhen geführt hatte, war erst 2018 nach Protesten abgeschafft worden – aber im Juni wurde sie wieder in Kraft gesetzt, bis das Oberste Gericht letztinstanzlich darüber befindet. Sie begünstigt bei Stellenbesetzungen im öffentlichen Dienst Nachkommen von Personen, die 1971 zur Unabhängigkeit des Landes von Pakistan beigetragen hatten und der regierenden Awami-Liga von Sheikh Hasina nahestehen. Ihr Vater, Sheikh Mujibur Rahman, war der erste Premierminister von Bangladesch und wird als Gründer der Republik verehrt. Kritikerinnen werfen der Awami-Liga vor, staatliche Institutionen auszunutzen, um ihre Macht zu festigen. Bereits in diesem Jahr kam es zu einer einseitigen Wahl, die die Opposition boykottierte. Angeheizt wurden die Proteste jetzt auch durch die Aussage von Hasina, die Quotengegner als „Razakars“ bezeichnet, eine als

Verräter verschrieene Miliz, die im Unabhängigkeitskrieg die pakistanische Armee unterstützte.

Am Sonntag lenkte der Oberste Gerichtshof angesichts der Lage in dem 170 Millionen Einwohner:innen zählenden Land ein und reduzierte die frisch wiedereingeführte Quote deutlich von 30 auf 7 Prozent. Nun soll ein Großteil der Einstellungen im öffentlichen Dienst nach Leistung erfolgen, so Generalstaatsanwalt Abu Mohammad Amin Uddin. Studierende wurden dazu aufgerufen, wieder an die Unis zurückzukehren. Die größte Studierendengruppe hinter den Protesten lehnt das jedoch ab. Ob sich die Lage nach der Volte des Obersten Gerichts beruhigt, ist also offen.

Die Zuspitzung des Konflikts spiegelt die Probleme im Land wieder. Zwar hat sich die Wirtschaft Bangladeschs nach der Covid-19-Pandemie erholt, doch Arbeitslosigkeit und Inflation sind hoch und belasten die Bevölkerung. Bangladesch ist nach wie vor eines der am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Im Januar hat der Internationale Währungsfonds Dhaka ein Hilfsprogramm in Höhe von 4,3 Milliarden Euro bewilligt.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung von Sheikh Hasina, die zum vierten Mal in Folge an der Macht ist, sorgt für zusätzliche Spannungen. Die Regierung wirft Teilen der oppositionellen Bangladesh Nationalist Party (BNP) vor, Gewalt geschürt zu haben. Oppositionspolitiker Ruhul Kabir Rizvi klagte dagegen, die Premierministerin und ihr Generalsekretär hätten der Polizei die Erlaubnis gegeben, Studenten zu töten. Doch die Opfer seien nicht umsonst gewesen, „da diese Bewegung darauf abzielt, Demokratie und Menschlichkeit in Bangladesch wiederherzustellen“, so Rizvi. Am Freitag wurde er verhaftet. Schon vor den Wahlen in diesem Jahr wurden tausende Oppositionelle, vor allem aus dem Lager der BNP, eingesperrt.

Rauch über Dhaka, 18. Juli: Studenten protestieren gegen eine Quotenregelung, die Jobsucher ohne die richtigen politischen Connections benachteiligt
Foto: Habibur Rahman/Zuma Press/imago



Der Apparatschik stirbt heimlich

Nguyen Phu Trong, Generalsekretär der KP Vietnams, ist tot. Ein Nachfolger bringt sich in Stellung: To Lam, laut deutscher Justiz Auftraggeber der Skandalentführung eines vietnamesischen Dissidenten aus Berlin

Von **Marina Mai**

In Vietnam ist der Tod des Parteichefs ein wenig wie einst in der Sowjetunion. Bereits am Donnerstag hatten Exilmédien unter Berufung auf gut unterrichtete Quellen aus dem inneren Machtzirkel den Tod von KP-Chef Nguyen Phu Trong gemeldet. Am Freitag verkündeten Staatsmedien das Ableben des 80-jährigen offiziell, datierten es aber auf den Freitag. Politische Großveranstaltungen ab Samstag wurden abgesagt. Für kommende Woche sind zwei Tage Staatstrauer angekündigt.

Der studierte Literaturwissenschaftler Nguyen Phu Trong, der in der Sowjetunion promovierte, galt als ultrakonservativ. 2006 wurde er Parlamentspräsident, 2011 Chef der Kommunisten, in dem Einparteiensystem der wichtigste Posten. In Trongs Amtszeit wuchs die Wirtschaft dynamisch, die Pressefreiheit

wurde ausgehöhlt, das Vorgehen gegen Menschenrechtler, Umweltorganisationen und parteiinterne Konkurrenten härter.

Seit der Parteichef 2019 einen Schlaganfall mit Hirnblutungen und anschließenden Sprachstörungen erlitt, galt er als angeschlagen. Er wollte längst zurücktreten, aber die Parteiführung konnte sich nicht auf einen Nachfolger einigen. Als im Juni Russlands Präsident Wladimir Putin bei ihm zu Gast war, musste Gastgeber Trong auf einen Sessel gesetzt werden. Auf den Fotos wirkte er abwesend, und Putins Audienz machte eher den Eindruck eines Kranken- denn eines Staatsbesuchs.

Am Freitag setzte sich bereits ein Nachfolger in Szene: Der erst im Mai zum Staatspräsidenten gewählte 67-jährige Hardliner und ehemalige Sicherheitsminister To Lam übernahm interimsmäßig zusätzlich die Amtsgeschäfte des Parteichefs, der

sich offiziellen Angaben aus Hanoi zufolge auf seine medizinische Behandlung konzentrieren wollte. Glaubt man Exilmédien, war Trong da allerdings bereits tot und die Interimslösung ein kluger Schachzug To Lams, um das höchste Amt in Vietnam zu ergattern. Denn um dieses hatte er sich mit dem gemäßigteren Premierminister Pham Minh Chinh, einen Politiker mit Wirtschaftskompetenz, über Monate einen erbitterten Machtkampf geliefert.

Noch diesen Monat hatte sich die Parteiführung des in Vietnam sehr mächtigen Militärs für Chinh als Nachfolger ausgesprochen und nicht für den wegen seiner kriminellen Energie umstrittenen To Lam. Er ist laut eines Urteils des Berliner Kammergerichts von 2018 Auftraggeber der Entführung des abtrünnigen Funktionärs Trinh Xuan Thanh von Berlin nach Hanoi 2017.

In Hanoi gibt es nun eine bizarre Debatte über das Begräbnis des Verstorbenen. Exilmédien zufolge hat die Ehefrau der Parteiführung am Donnerstag den letzten Willen ihres Mannes übermittelt: Er wolle im engsten Familienkreis in seiner Heimatgemeinde, einem inzwischen eingemeindeten ehemaligen Vorort von Hanoi, begraben werden. Die Parteiführung besteht aber auf einem Staatsbegräbnis für Trong an einem zentralen Ort.

In Vietnam ist es Tradition, sich in dieser Frage über den letzten Willen von Politikern hinwegzusetzen. Der erste Präsident, Ho Chi Minh, wollte eingäschert werden. Seine Asche sollte über das ganze Land verteilt werden. Stattdessen liegt der einbalsamierte Leichnam Ho Chi Minhs in einem Mausoleum im Zentrum Hanois, ähnlich wie Lenin auf dem Roten Platz in Moskau.

READ AGAINST THE MACHINE

taz zeitung für morgen



Aus Saporischschja
Bernhard Clasen

Es ist ein großer Blutfleck am Rand der Masaryk-Straße im Zentrum der westukrainischen Stadt Lwiw, der an den Mord vom Freitagabend erinnert. Daneben liegen Dutzende Blumensträuße. An dieser Stelle hatte ein Unbekannter auf die umstrittene Philologin, Philosophin und Politikerin Iryna Farion aus nächster Nähe geschossen. Die Verletzungen waren so schwer, dass die 60-jährige nicht überlebte. Kurz vor Mitternacht verloren die Ärzte den Kampf um ihr Leben.

Ein junger Mann soll zwei Wochen lang den Hauseingang von Iryna Farion beobachtet haben

Nun erinnern sich Nachbarn mit Schrecken an einen jungen Mann, der mehr als zwei Wochen lang jeden Tag von morgens bis abends auf einer Bank direkt am Hauseingang von Iryna Farion gesessen hatte. Trotz 40 Grad Hitze sei er immer warm angezogen gewesen, zitiert das Portal *Govorit Veliki Lwiw* Farions Nachbarn. Er habe eine lange Jacke, eine Mütze und Sonnenbrille getragen. Die Beine übereinandergeschlagen, habe er den Hauseingang von Iryna Farion im Auge behalten.

Man werte Aufzeichnungen der Überwachungskameras aus, erklärte Innenminister Ihor Klymenko. Erschwerend komme jedoch hinzu, dass diese wegen der häufigen Stromausfälle Lücken aufwiesen. Er schloss auch nicht aus, dass die Auftraggeber des Mordes in Russland seien.

In einer ersten Reaktion machte die nationalistische Partei Swoboda, in deren Vorstand Farion seit 2005 saß, Moskau für den Mord verantwortlich. „Der Mord an Irina Faryon wurde auf Befehl Moskaus begangen, unabhängig davon, welcher Bastard ihn direkt ausgeführt hat“, heißt es. „Die Strafverfolgungsbehörden müssen den Täter dieses Verbrechens finden und bestrafen. Die ukrainischen Behörden müssen den Auftraggeber – Moskowien – offen benennen.“ Nun müsse man alle Agenten Moskaus vollständig neutralisieren, ihre Organisationsstrukturen verbieten, ihre finanziellen und materiellen Kapazitäten zerstören.

Auch der Politologe Wolodymyr Fesenko geht davon aus, dass Moskau hinter diesem Mord steht. Moskau wolle, dass



Aus nächster Nähe am vergangenen Freitag in Lwiw kaltblütig erschossen: Iryna Farion. Die 60-Jährige hatte sich viele Feinde gemacht
Foto: Roman Baluk/reuters

Ex-Abgeordnete in der Ukraine getötet

Die Philologin und Politikerin Iryna Farion galt als glühende Nationalistin und war in ihrer Heimat umstritten. Am Wochenende fiel sie in Lwiw einem Anschlag zum Opfer. Ist Moskau involviert?

die Menschen in der Ukraine ihre Feinde im Inneren suchten – und dem äußeren Feind weniger Bedeutung beimäßen. Moskau wolle die ukrainische Gesellschaft von innen spalten in Ukrainisch und in Russisch Sprechende. Und gleichzeitig das Land diskreditieren, so Fesenko. Schon jetzt würden gewisse oppositionelle russische Medien über mögliche innenpolitische Folgen dieses Mordes spekulieren und das Narrativ von einer Spaltung der ukrainischen Gesellschaft verbreiten.

Neben ihrer politischen und wissenschaftlichen Tätigkeit war Farion auch als Fernsehjournalistin bekannt. Sie war Gründerin und Autorin

des Projekts „Gene der Ukrainer“ (2019–2023) auf dem Lwiwer Fernsehsender NTA, verantwortlich für die Youtube-Kanäle *ProtiAnglism* (Gegen Anglizismen) und *PolitOglyad* (Politische Beobachtungen) und leitete Onlinesprachkurse für Ukrainisch. Von 2012 bis 2014 saß sie für Swoboda im Parlament.

Nicht immer war Farion Nationalistin. Zu Sowjetzeiten war sie vier Jahre Mitglied des Komsomol, in den 1980er Jahren leitete sie einen Kreis für Linguistik und marxistisch-leninistische Ästhetik. 1988 und 1989 war sie Mitglied der KPdSU.

„Ich glaube nicht, dass Russland dahintersteckt“ kommentiert die Verkäuferin Anastasia

Grebnewa aus Saporischschja den Mord. „Die Frau hatte in der Ukraine viele Feinde. Sie hat sich mit dem Asow-Bataillon angelegt, weil dort viel Russisch gesprochen wird.“ Grebnewa verzeiht Farion nicht, dass diese im November 2023 einen Studenten auf der Krim dem russische Inlandsgeheimdienst FSB ausgeliefert hatte. Der Student hatte ihr in einer Mail für ihren Einsatz für die ukrainische Sprache gedankt. Farion stellte den Brief mit den persönlichen Daten des Verfassers online. Wenige Stunden später stand der FSB vor der Tür des Studenten. Dieser hatte sich kurz darauf im russischen Fernsehen für seine „Tat“ entschuldigen müssen.

Deutschem droht die Hinrichtung in Belarus

Der 29-jährige Rico Krieger wurde im Juni zum Tod verurteilt. Berlin und Minsk sind darüber im Gespräch

Von Barbara Oertel

Ein deutscher Staatsbürger ist in Belarus zum Tod verurteilt worden. Das Minsker Außenministerium bestätigte am Wochenende die Verurteilung. Man sei mit der deutschen Seite über diplomatische Kanäle in Kontakt. Aus dem Auswärtigen Amt heißt es auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur, dass der Fall bekannt sei. „Das Auswärtige Amt und die Botschaft in Minsk betreuen den Betroffenen konsularisch und setzen sich intensiv gegenüber den belarussischen Behörden für ihn ein. Die Todesstrafe ist eine grausame und unmenschliche Form der Bestrafung, die Deutschland unter allen Umständen ablehnt.“

Bei dem Verurteilten handelt es sich um den 29-jährigen Rico Krieger. Dem früheren Rettungshelfer des Deutschen Roten Kreuzes wurden Söldnertum, Spionage, Terrorismus, Gründung einer extremistischen Vereinigung, Zerstörung eines Verkehrsobjekts sowie illegaler Umgang mit Waffen, Sprengstoff und Munition zur Last gelegt. Erstmals hatte die belarussische Menschenrechtsorganisation *Vjasna* in der vergangenen Woche über den Fall berichtet. Demnach habe sich Krieger seit November 2023 in Untersuchungshaft befunden, das Urteil sei im Juni dieses Jahres ergangen.

Laut *Vjasna* könnte die Verurteilung Kriegers auch mit dessen angeblicher Beteiligung am *Kastus-Kalinowski-Regiment* zusammenhängen – einer Gruppe von Belarussen, die an der Seite *Kyjiws* in der Ukraine gegen die russischen Besatzer kämpften.

Der Koordinator der Kampagne „Menschenrechtsverteidiger gegen die Todesstrafe“, Andrei Paluda, bezeichnete den jüngsten Fall als „außergewöhnlich“. Zum ersten Mal überhaupt sei in Belarus ein ausländischer Staatsbürger zum Tod verurteilt worden. Zwar seien noch nicht alle Umstände des Sachverhalts bekannt. Man gehe aber davon aus, dass die Verurteilung, auch das präzedenzlos, gemäß Artikel 289 Teil 3 des Strafgesetzbuches (Terrorakt) erfolgt sei. Nach einer Gesetzesänderung vom 27. April 2022 sei dies auch aufgrund eines „Versuchs“ einer Straftat möglich, so Paluda in einer Stellungnahme auf der Website von *Vjasna*.

Die seit 30 Jahren von dem autoritären Machthaber Alexander Lukaschenko regierte Ex-Sowjetrepublik Belarus ist das einzige Land in Europa, in dem die Todesstrafe noch vollstreckt wird – per Genickschuss. Die Vollstreckung wird meist erst im Nachhinein durch Angehörige bekannt. Manchmal werden diese auch gar nicht in Kenntnis gesetzt. Zudem gab es Fälle, in denen die letzte Ruhestätte der Hingerichteten geheim gehalten wurde.

Nach Angaben der Weltkoalition gegen die Todesstrafe (WCADP) – eines Bündnisses von Nichtregierungsorganisationen, zu dem das *Vjasna-Zentrum* in Belarus gehört – wurden im Mai 2023 in Belarus vier Personen zum Tod verurteilt. Die letzte bekannte Vollstreckung eines Todesurteils wurde im Jahr 2022 registriert. 2020 und 2021 wurde niemand hingerichtet.

KANN DER WESTEN WEG?

Europa und Nordamerika haben viel vorgebracht und einiges verbockt. Nun geht es so nicht mehr weiter. Aber wie dann?

Mit: Joschka Fischer; Dana Giesecke; Maja Göpel; Jürgen Habermas; Wolf Lotter; Jörg Metelmann; Marcus Mittermeier; Ella Müller; Luisa Neubauer; Harald Welzer

taz * FUTURZWEI

Magazin für Zukunft und Politik

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



Die neue taz
FUTURZWEI

» taz FUTURZWEI-Abo-Prämie

Gutschein über 10 Euro für Einkäufe im taz Shop





debatte

Die Lehre von Goražde

Schon vor der Kosovo-Intervention hat die Nato im Westbalkan unzählige Leben gerettet. Aber der hart errungene Frieden ist zunehmend gefährdet

Dieses Jahr markiert zum 25. Mal das Nato-Bombardement gegen Serbien und das damit verbundene politische Ende des serbischen Präsidenten Slobodan Milošević. Dieser hatte ab 1989 versucht, große Teile Jugoslawiens für Belgrad zu vereinnahmen, um alle serbisch besiedelten Gebiete unter einem Dach zu vereinen. Dazu führte er vier Feldzüge mit der Jugoslawischen Volksarmee und paramilitärischen Gruppen gegen die Teilrepubliken Slowenien und Kroatien ab 1991, Bosnien und Herzegowina 1992 und die autonome Provinz Kosovo 1998.

In der Samstagsausgabe der *New York Times* schrieb der Premier Kosovos, Albin Kurti, einen bemerkenswerten Gastbeitrag: „Save NATO. It saved my homeland.“ Eine besondere Danksagung an die erfolgreichste Militäralianz der Geschichte für ihren Einsatz im Kosovo 1999. Dass die Nato bereits ab 1993 im Bosnien-Krieg immer wieder

Sollten Dodik und Vučić mit der Schaffung eines Großserbiens erfolgreich sein, bekämen sie unter den Serben Heldenstatus

intervenierte und so viele tausend Menschenleben rettete und 1994 einen Völkermord verhinderte, ist weit weniger bekannt. Die Nato hatte ihre Luftstreitkräfte ab 1993 den Vereinten Nationen (UN) angeboten. Deren Interventionen in Bosnien und im Kosovo sind grundlegend verschieden, denn die UN forderten die Nato in Bosnien immer nur als Ultima Ratio an. Im Gegensatz zur Kosovo-Intervention, wo die Nato „all in“ war und frei agieren konnte.

Im März 1993 begann das Nato-Engagement mit der militärischen Durchsetzung eines Flugverbots. Im Februar 1994 kam es dann zum ersten Kampfeinsatz in der Nato-Geschichte, als F-16-Maschinen vier serbische Kampfflugzeuge abschossen. Die Umsetzung des Flugverbots ist ein zu wenig gewürdigter Erfolg, denn die serbische Luftwaffe hätte weitaus größere Zerstörungen anrichten können als die serbische Artillerie. Dies hat unzähligen Zivilisten und Regierungssoldaten das Leben gerettet.

Im April 1994 wäre es ohne die Nato und die Androhung von umfassenden Luftangriffen fast zur Katastrophe gekommen. Die Truppen des serbischen Generals Ratko Mladić standen bereits am Ortsrand der ostbosnischen UN-Schutzzone Goražde, in der über 60.000 Menschen lebten. Luftschläge auf serbische Stellungen und immenser politisch-diplomatischer Druck von USA und Nato verhinderten damals einen bevorstehenden Völkermord, der tragischerweise 15 Monate später in der nahegelegenen Enklave Srebrenica von serbischen Einheiten verübt wurde.

Ein umfassenderes Nato-Engagement hätte noch unzählige weitere Menschenleben retten können. Der US-Luftwaffengeneral McPeak sagte bereits am 1. Mai 1993: „Geben Sie uns die Zeit, und wir werden über jede einzelne Artilleriestellung fliegen und diese ausschalten.“ Er strafte damit zöger-

liche Politiker, Diplomaten und Militärs Lügen. Hätten die UN auf McPeak gehört, wäre der Bosnien-Krieg schon im Sommer 1993 beendet und der Völkermord verhindert worden.

Die militärischen und politischen Repräsentanten des UN-Generalsekretärs, der Japaner Yasushi Akashi und der französische General Bernard Janvier, waren Gegner von Luftangriffen. Erst Stunden nach dem finalen Vorstoß auf Srebrenica bewilligten sie als Alibi-Aktion einen Nato-Angriff: Als Mladićs Mördertrupp bereits die Stadt eingenommen hatte, griffen zwei F-16-Flugzeuge an, nachdem Dutzende Maschinen stundenlang vergeblich auf den Einsatzbefehl im „stand-by“ in der Luft gewartet hatten. Der niederländische F-16-Einsatzleiter, Jouke Eikelboom, kommentierte bitter: „Es war, als müssten wir mit einer auf dem Rücken festgebundenen Hand kämpfen.“

Der serbische Genozid änderte alles. Die USA übten immensen Druck auf die UN aus, um Luftangriffe zu genehmigen. Als serbische Einheiten Ende August 1995 drei Granaten auf den Marktplatz Sarajevos feuerten und damit 38 Menschen ermordeten und über 150 Verletzten, war die Stunde der Nato gekommen. Nach zwei Wochen Luftangriffen beendeten Mladićs Truppen die längste Belagerung einer Hauptstadt. Die Nato kann stolz sein, die ersten zwei Kriege in Europa nach 1945 beendet und somit in Bosnien unzählige Leben gerettet und im Kosovo einen zweiten Völkermord verhindert zu haben.

Knapp 30 Jahre danach sieht sich Bosnien abermals mit einer potenziellen Sezession konfrontiert. Seit Jahren bereitet der ultranationalistische Serbenführer Milorad Dodik die Abspaltung des von ihm kontrollierten und serbisch-dominierten Landesteils, der Republika Srpska (RS), vor. Unterstützt wird Dodiks Zündeln durch Belgrad und Moskau. Dodik hat, vorbei an den legitimen und multiethnischen Streitkräften des Landes, beträchtliche paramilitärische Verbände aufgebaut und mit Kriegswaffen ausgerüstet. Einen Teil dieser lässt er alljährlich bei einer verfassungswidrigen Paramilitärparade zum Gründungstag der RS aufmarschieren, vorbei an russischen Diplomaten, verurteilten Kriegsverbrechern und Belgrader Regierungsvertretern.

Obwohl der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, der ehemalige deutsche Landwirtschaftsminister Christian Schmidt, letztes Jahr angekündigt hatte, dass es diese illegale Parade so nicht mehr geben werde, tat er nichts, um sie zu verhindern. Es fehlt nicht mehr viel zur Unabhängigkeit der RS und den Anschluss an Serbien. Damit würden Dodik und der serbische Präsident Aleksandar Vučić das von Milošević 1991 begonnene Projekt eines Großserbiens vollenden. Unter den allgemein sehr geschichtsbewussten Serben bekämen Dodik und Vučić somit Heldenstatus.

Russlands Botschafter drohte Bosnien bereits zweimal mit einem „Ukraine-Szenario“. Da es so scheint, als wolle Schmidt sich nicht zu sehr mit den Vertretern eines zukünftigen großserbischen Staats anlegen, gibt es nur eine Option, um Dayton und somit Bosnien zu retten: die signifikante Aufstockung der EU-Friedensmission Eufor-Althea. Die EU sollte präventiv handeln – solange dies noch möglich ist.



Alexander Rhotert forscht seit 1991 als Politikwissenschaftler zum ehemaligen Jugoslawien. Er war 20 Jahre unter anderem für die UN, Nato, OSZE, OHR und EU tätig, zumeist zur Friedensumsetzung auf dem Westbalkan. Als Oberstleutnant arbeitete er bis vor Kurzem als Interkultureller Einsatzberater der Bundeswehr für Auslandseinsätze.

Inna Hartwich über die Verurteilung von Evan Gershkovich

Ein Mensch, keine Tauschware

Im Glaskäfig im Gericht von Jekaterinburg hört Evan Gershkovich sein Urteil: 16 Jahre strenge Lagerhaft, 16 Lebensjahre, weil er seiner Arbeit als Auslandskorrespondent nachging. Weil er mit Menschen sprach, Material sammelte, recherchierte. Evan Gershkovich, der Erfahrene, Joviale, stets Neugierige auf Russland, wollte zeigen, was in einem Kriegsland geschieht, das den Krieg negiert und doch täglich seine Söhne zu Grabe trägt.

Für den russischen Staat ist der 32-Jährige ein Spion. Ein Amerikaner, der sich offenbar bestens eignet, um aus westlichen Ländern russische Verbrecher freizupressen. Das ist der heutige Staatszynismus Russlands. Menschen sind lediglich Material, um gewisse Ziele zu erreichen. Das gilt letztlich für alle, die in Russland leben, seien sie Inländer*innen oder Ausländer*innen. In Putins Regime ist niemand sicher, den meisten ist das bewusst.

Selbst Gershkovichs Freunde atmen nach dem Urteil ein wenig auf. Verständlich. Endlich bewegt sich etwas in der Sache, vielleicht komme er

bald frei, so ihre Hoffnung. Das Betonen eines möglichen baldigen Gefangenenaustauschs aber normalisiert das Verbrechen, das der russische Staat an Evan Gershkovich – und nicht nur an ihm – begeht. Es ist nicht normal, dass einer, der gewissenhaft seiner Arbeit nachgeht, aus einem Restaurant gezerrt wird und für mehrere Jahre in einer Strafkolonie verschwinden soll.

Selbst wenn er eine vage Chance auf Freiheit hat. Es ist nicht normal, wenn Theaterregisseurinnen, weil sie kriegskritische Gedichte verfassen, für Jahre ins Gefängnis gesperrt werden. Wegen Terrorismus. Es vergeht keine Woche, in der nicht russische Bürger:innen vor russischen Gerichten landen, weil sie ihre Bürgerrechte wahrnehmen und nicht schweigen. Aber auch Ausländer*innen sind nicht davor gefeit.

Evan Gershkovich und all die russischen wie ausländischen politischen Gefangenen sind Menschen, sie sind keine Tauschware, dessen sich ein Präsident nach Gutdünken bedienen kann. Doch er spielt seine menschenverachtenden Spiele und lässt die Welt hilflos daneben stehen.

Anna Lehmann über den Vermögensteuer-Vorstoß Rolf Mützenichs

Meint die SPD es ernst?

Die Debatte ums Bürgergeld hat die SPD verloren, und zwar nicht mit Anstand. Sie hat sich kampflös einer Stimmung ergeben, die jene, die wenig verdienen, gegen die, die nichts verdienen, ausspielt. Mit sozialdemokratischer Billigung soll der Haushalt auch auf Kosten der Ärmsten ausgeglichen werden – mehr Druck, mehr Sanktionen.

Dass SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich nun erklärt, die Vermögensteuer zum Wahlkampfthema zu machen, ist ein erfreulicher Schwenk des Scheinwerferlichts auf die, die sehr viel besitzen. Aber nimmt man ihn der SPD wirklich ab?

Nötig wäre eine Vermögensteuer. Die Vermögensverteilung ist in Deutschland „überdurchschnittlich ungleich“, Tendenz steigend, stellte im Juli die Boston Consulting Group in ihrem „Global Wealth Report“ fest – eine Unternehmensberatung also und kein linker Thinktank. Solche, etwa das Netzwerk Steuergerechtigkeit, thematisieren die riesige materielle Ungleichheit hierzulande aber ebenfalls seit Jahren und rechnen vor, welche Milliardenbe-

träge sich der Staat mit dem Verzicht auf Reichensteuern entgehen lässt. Trotz all dem hat die SPD mit Grünen und FDP einen Koalitionsvertrag ausgehandelt, der Steuererhöhungen ausschließt.

Mit dem Verweis „derzeit gibt es für eine gerechte Besteuerung keine ausreichende parlamentarische Mehrheit“, spielt Mützenich das Thema auch jetzt schon wieder herunter. Tja, uns sind die Hände gebunden.

Doch für die Rente nach 45 Beitragsjahren gibt es eigentlich auch keine „parlamentarische Mehrheit“, die FDP würde sie am liebsten wieder abschaffen, genau wie die CDU. Aber der SPD ist sie eben so wichtig, dass daran bei den Haushaltsberatungen nicht gerüttelt wird.

Wenn es den Sozialdemokraten also ernst ist mit der Vermögensteuer, dann macht sie das im Wahlkampf nicht nur zum Thema, sondern zur Bedingung. Aber im Zweifel haben sich die Sozis dann doch immer dem deutschen Geist gebeugt: Nach oben buckeln, nach unten treten.

das thema 3

Svenja Bergt über die großflächige IT-Störung

Von wegen souverän

Medizinische Versorgung, Banken, Flughäfen, Kommunen – durch zahlreiche Branchen gezogen sich am Freitag und teils noch am Wochenende die Folgen einer IT-Störung. Warum die Auswirkungen so weltumspannend waren? Nun: Immer mehr Firmen setzen bei IT auf wenige spezialisierte Dienstleister. Die Finanzaufsicht Bafin warnte bereits davor, dass diese zunehmende Praxis eine Gefahr für das Finanzsystem darstellt – etwa bei einem Angriff.

Dass es nicht mal ein Angriff sein muss, sondern Menschen auch so ausreichend Fehler machen, zeigt der aktuelle Vorfall. Und er rückt zwei Themen in den Mittelpunkt, die angesichts der geopolitischen Lage gern von Politiker:innen gefordert, in der Praxis aber verschleppt werden: Resilienz und digitale Souveränität.

Zwar hat die Bundesregierung jüngst mit den Telekom-Konzernen ausgehandelt, den chinesischen Netzwerkausrüster Huawei schrittweise zu ersetzen. Doch wenn eine Videokonferenz-Software für ein Ministerium gesucht wird, ein Cloud-Anbieter für eine öffentliche

Stelle oder ein Office-Paket für Schulen – dann stehen am Ende oft doch wieder die Namen der großen US-Konzerne im Vertrag. Und die EU ist Berichten zufolge gerade dabei, ein Förderprogramm für freie und quelloffene Software zu beenden. Also für Software, die ein Gegengewicht bilden kann zu kommerziellen Angeboten, die regelmäßig mit digitaler Überwachung und zahlreichen Abhängigkeiten einhergehen.

Schon klar: Das nächste große IT-Ding wird nicht aus Europa kommen, Förderprogramm hin oder her. Doch bei digitaler Souveränität geht es nicht um Disruption, also darum, einen Markt umzukrempeln. Sondern um Subsistenz. Also um die Frage: Was an Digitalem ist für unsere Gesellschaft so unverzichtbar, dass wir uns nicht abhängig machen sollten? Gerade hier kann freie, quelloffene Software ihre Stärken ausspielen. Weil sie den Sicherheitsaspekt quasi in ihrer DNA hat. Quelloffen heißt, jede:r Kundige kann reinschauen, Fehler finden, verbessern, anpassen. Wenn das nicht souverän ist – was dann?

wirtschaft + umwelt 8

talkshow

Schon wieder so ein Einzelfall

Der Profifußballer Jérôme Boateng wurde wegen Körperverletzung verurteilt. Doch er kommt milde davon. Seine Verwarnung darf für die Fußballwelt kein Freispruch sein



Von **Carolina Schwarz**

Ausnahmsweise war die Aufmerksamkeit groß, als am Freitag ein Urteil wegen häuslicher Gewalt gesprochen wurde. Dabei sind derlei Prozesse in Deutschland Alltag. Weil häusliche Gewalt in Deutschland Alltag ist. Doch im Gerichtssaal des Münchner Landgerichts ging es um Star-Fußballer Jérôme Boateng. Nach sechs Jahren und in der vierten Verfahrensverhandlung endete der Prozess gegen ihn – mit einem ziemlich milden Urteil.

Die Richterin sprach ihn zwar wegen eines Falls von Körperverletzung schuldig – demnach hat er seine Ex-Freundin im Karibik-Urlaub mit der Faust oder dem Handballen ins Gesicht geschlagen, wodurch sie ein Hämatom am Auge erlitt – beließ es aber bei einer Verwarnung. Ihm droht nun eine Geldstrafe von 200.000 Euro, die er allerdings nur dann zahlen muss, wenn er sich innerhalb der Bewährungszeit nicht an die Auflagen hält.

Eine Geldstrafe auf Bewährung quasi. Hinzu kommt die Zahlung von je 50.000 Euro an zwei Vereine, die Kindern und Jugendlichen helfen.

Das Urteil war von vielen gespannt erwartet worden: in der Fußballwelt, der Medienbranche und bei Feminist_innen. Letztere hatten gehofft, die Verurteilung eines Profifußballers wegen häuslicher Gewalt würde eine Signalwirkung mit sich bringen. Dass nun die Zeit gekommen sei, da Sportler ihre Macht nicht mehr schamlos ausnutzen können, während Frauen mundtot gemacht werden. Dass sie sich nicht einfach freikaufen könnten, um dann weiter in Ruhe auf dem Platz zu kicken.

Doch dieses Signal bleibt aus – obwohl Boatengs Schuld festgestellt wurde. Die Richterin beschloss, kein Zeichen gegen häusliche Gewalt und Machtmissbrauch zu setzen. Stattdessen zeichnete sie das Bild eines Mannes, dem ein einmaliger Fehler unterlaufen sei. Man habe hier keinen „schlimmen Frauenschläger“. Boateng sei gegenüber seiner

Ex-Freundin lediglich „einmal über Gebühr ausgerastet“, sagte sie. Ein Ausrutscher, ein Einzelfall. Die Narrative sind seit Langem bekannt.

Und es mag sein, dass Boateng nur einmal gegenüber seiner Ex-Freundin handgreiflich geworden ist. Und dass es deswegen in Ord-

Die Richterin beschloss, kein Zeichen gegen häusliche Gewalt und Machtmissbrauch zu setzen

nung ist, ihn nur zu ermahnen. Doch das ist die juristische Seite, die gesellschaftliche kann eine ganz andere sein. Denn reicht ein Schlag ins Gesicht einer Frau nicht aus, um jemandem Millionenverträge zu entziehen

und ihn vom Platz zu stellen? Schließlich sind Profifußballer für viele Menschen Vorbilder. Sollten sie sich dann nicht auch wie eines benehmen?

In jedem Fall darf die Verwarnung für Boateng für die Branche keinen Freispruch bedeuten. Denn im Profisport, und vor allem im Profifußball, herrscht ein strukturelles Problem mit Gewalt und deren Verschleierung.

Recherchen von *Correctiv* haben 2022 gezeigt, dass es in dem hierarchischen Verhältnis zwischen Spieler und Spielerfrau oft zu Machtmissbrauch kommt. Doch durch ihren Status und ihr Geld, aber auch durch die Arme von Mitspielern, Managern und Anwälten seien die Profis so gut geschützt, dass ihnen eigentlich nichts passieren könne. Den Spielerfrauen sei das bewusst, deswegen würden sie oft aus Angst schweigen.

Dieses Problem hat die Fußballwelt zu verantworten und demnach auch zu lösen. Hingucken, eingreifen, Verantwortung wahrnehmen – sollte die Devise lauten. Denn so etwas wie einen Einzelfall, so etwas gibt es nicht.

Jérôme Boateng im Gerichtssaal Mitte Juli 2024
Foto: Sven Hoppe/dpa

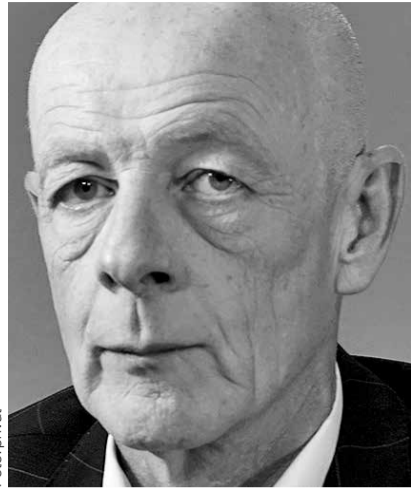


Foto: privat

wie geht es uns, herr küppersbusch?

Drei Wunder für die Demokraten, die Zukunft als Vergangenheit und der Rausschmiss eines gotteslästernden Satirikers

taz: Herr Küppersbusch, was war schlecht vergangene Woche?

Friedrich Küppersbusch: Nukleare Mittelstreckenraketen in Deutschland.

Und was wird besser in dieser?

Egal, was die AfD sonst noch fordert: Das ist doch schon ganz schön amisch.

Donald Trump hat die Republikaner in eine exklusive Trump-Party verwandelt. Die Demokraten hingegen versuchen mit allen Mitteln, ihren eigenen Oldie loszuwerden. Was brauchen die Demokraten, um Trump zu überholen?

Ein Wunder. Nein, zwei. Die Familie und der engste Kreis, so raunt die sonst nicht allzu fantasiereiche *New York Times*, diskutiere vertraulich Wege zum achtbaren Abgang für Präsident Biden. Dies getan, bräuchte es eine KandidatIn, die es mit Trumps neuem Nimbus aufnehmen könnte. Taylor Swifts Tourdaten gehen bis Dezember, keine Chance. Mal unter uns Machiavellisten: Ein plausibler Machtmensch würde „am Zaun des Kanzleramtes rütteln“ wie dünnemals Schröder; und nicht höflich abwarten, bis der Greis ihn segnet. Wunder Nummer drei wäre also ein überzeugender Putsch bei den Demokraten.

Einst Kritiker, nun größter Unterstützer: Vance setzt sich in seiner ersten Rede als Vizepräsident für Arbeiter*innen ein. Ist er das fehlende Puzzleteil für den Republikaner-Erfolg?

Viele Amis lieben diese Evangelisations-Geschichten, die beim trüben

Wandel im finsternen Tal beginnen, die Wende zum Guten schildern und in um so glühendere Verehrung münden. In dem Bild ist Trump Gott, auch wenn er sich darin unterschätzt sehen mag. Praise the lord. Das Kidnapping traditionell linker Wählerschaften von rechts grassiert weltweit; es hat mit der Abwesenheit von Zukunft zu tun. Die Rechten versprechen eine, die im We-

„El Hotzo“ möchte den „Faschisten Trump“ tot sehen, ja gut, zum Ausloten der Grauzone gehört auch, drüberzudengeln

sentlichen aus Vergangenheit besteht; die Linken arbeiten sich daran ab, statt sich ein besseres Morgen auszudenken. Schmutziges Wort: Utopie.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) lässt das rechtsextreme Magazin Compact verbieten. Manche kritisieren das Verbot und warnen vor möglichen Klagen. Warum kann sich die Linke nie freuen?

Mit dem gleichen Kniff übers Vereinsrecht verbot Horst Seehofer 2017



Foto: Hendrik Schmidt/tpa

linksunten.indymedia, und man tut beiden Plattformen kein Unrecht, wenn man an ihrer weltentstürzenden Bedeutung zweifelt. Und damit am Sinn der Verbote. Natürlich war bei *linksunten* vieles fragwürdig und bei *Compact* alles bescheuert, und ebenso natürlich wird mir der wöchentliche Lacher über Elsässers Hirndurchfall fehlen. Es mag eine hoffärtige Einzelmeinung sein: Ich finde bei diesen Verboten, dass mir die Obrigkeit zu wenig zutraut.

Für den RBB und die ARD darf Satire wohl nicht alles. Ein Tweet gegen Trump kostete El Hotzo seinen Job als Radiomoderator. Gibt es bald einen Satire-Führerschein für Internet-Clowns?

„Jürgen Elsässer ist Antisemit, Kubitschek hat Glück, dass ich nicht Bogen schieß' ... Faschisten hören niemals auf, Faschisten zu sein ... und wenn Du friedlich gegen die Gewalt nicht ankommen kannst, ist das letzte Mittel, das uns allen bleibt, Militanz.“ Das ist der „Song des Jahres 2021“ vom RBB-RadioEins, Ergebnis einer Hörerwahl. Danger Dan machte sich den frivolen Spaß, mal sämtliche Leitplanken zu demolieren, um auszutesten, was denn so gerade noch „von der Kunstfreiheit gedeckt“ sei. „El Hotzo“ möchte den „Faschisten Trump“ tot sehen, ja gut, zum Ausloten der Grauzone gehört auch, drüberzudengeln. Das Paradoxon ist: Mal schmückt man sich mit der Traute, Satire „dürfe alles“; dann wieder – wenn's was kostet – demons-

triert man moralisch rigide Haltung, die „nicht alles durchgehen lässt“. Und doppelt: Satiriker wollen wehtun, und wenn jemand „aua“ sagt, sind sie empört. Das Schlimmste wäre – die klare Linie. Im Ausverhandeln liegt die Freiheit.

Die Grünen präsentierten online acht Lehren aus der Europawahl. Sie wollen den Bürger*innen wieder zuhören. Doch passt bei Zoom-Meetings überhaupt noch jemand auf?

Die Grünen sind das amazon unter den Parteien. Zur Wahl orderten viele Klima- und Umweltschutz, doch als das Paket kam: Zumutungen, Kosten, Schrottgesetze, als Goodie haben die Packer ein bisschen Ideologielametta dazugestreut. Alles schnell wieder in den Karton und return to sender. Die politischen Ziele der Grünen sind umsonst nicht zu haben. Sie dafür aufzugeben und stattdessen echt gern mal ganz offen mit allen zu reden, ist hilflos. Und überhaupt sind „Punktepläne“ voll FDP.

Und was macht der RWE?

Umstricken. Nach Unmut, etwa per Online-Petition, wird das just in uni präsentierte Saisontrikot nun doch ums Vereinslogo rot und weiss. Ja, doch. Der Club ist mit Rechtschreibfehler eingetragen. Weiss.

Fragen von: Anastasia Zejneli

Friedrich Küppersbusch ist Journalist, Produzent und arbeitet auch für den RBB.

specht der woche

Ich liebe es, Geisterbahn zu fahren

Christian Specht, Jahrgang 1969, ist politisch engagiert und setzt sich für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Beeinträchtigung in den Medien ein. Seit 2017 ist er der erste Mensch mit Beeinträchtigung im Vorstand der Lebenshilfe Berlin. Wenn er möchte, zeichnet er uns den „Specht der Woche“.

Auf dem Bild, das ich gemalt habe, sieht man eine Geisterbahn. Die ist auf einem Rummel. Das grüne ist eine Krake und in dieses Tier fährt die Bahn rein.

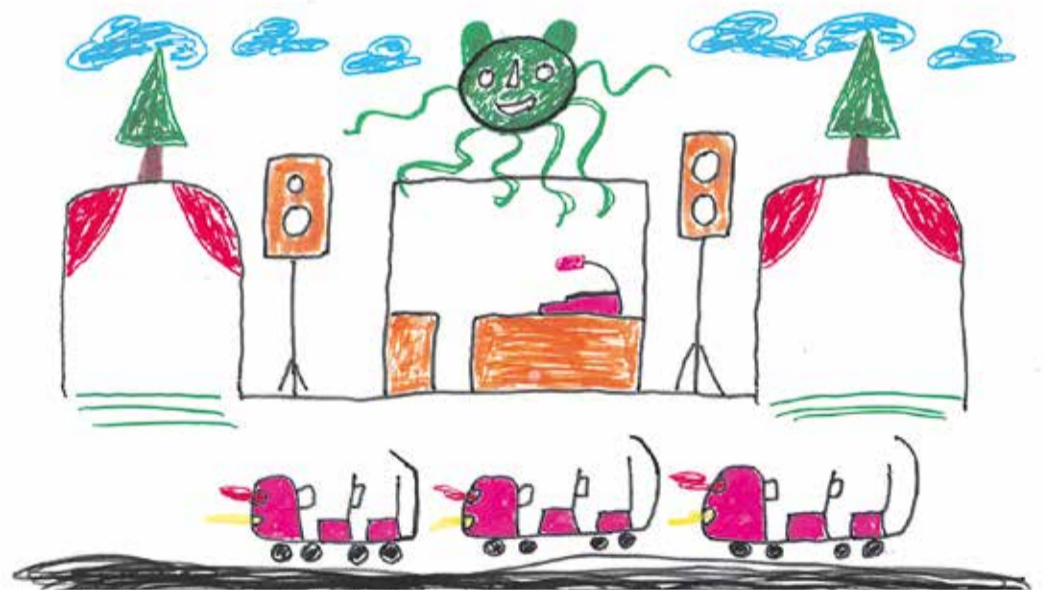
Manche Menschen haben ja richtig Angst davor, aber ich liebe es, Geisterbahn zu fahren. Das habe ich erst kürzlich in meinem Urlaub in Stettin gemacht. Autoscooter oder Riesenrad gefällt mir nicht so gut, das ist zu schnell und zu hoch. Aber beim Geisterbahnfahren hab ich richtig viel Spaß. Es ist immer lustig, wenn man da reinfährt und alles so dunkel und gruselig ist. Man weiß nie genau, was einen dort erwartet.

Auch früher schon bin ich als Kind in Berlin gerne mit dem gruseligen Fahrgeschäft gefah-

ren. Es gab mal eines, wo oben ein Gorilla oben stand, der dann vor den Wagen gesprungen ist und die Leute erschreckt hat. Ich finde es wirklich schade, dass es den Rummel in der Berliner Hasenheide in diesem Jahr nicht mehr gibt.

Da bin ich immer gerne hingegangen. Aber jetzt wurde er abgeschafft, weil es dem Park wegen dem Klimawandel wohl nicht so gut geht und der Rummel das noch verschlechtern würde. Das versteh ich natürlich, aber schade ist es schon.

Protokoll: Joscha Frahm



Zeichnung: Christian Specht



Barbara Dribbusch In Rente

Freundin Gisela findet die AfD nicht mehr schlimm

Früher hatte ich eine schlichte Theorie zur Frage: Wer wählt was im Alter? Aber als ich neulich mit Jugendfreundin Gisela beim Italiener saß, dämmerte mir: Es ist doch nicht so einfach. Meine alte Theorie ging so: Wer in seinem Leben viel Erfolg hatte und viel Geld ver-

diente, wählt dann nicht mehr links. Und umgekehrt. Mein Bekannter L. zum Beispiel, 69, Chef einer großen Dienstleistungsfirma, lief früher auf Hausbesetzer- und Antikriegsdemos mit, eine aufgeschnittene Zitrone gegen das Tränengas in der Tasche. Heute hält er das Bürgergeld für „maflos überzogen“ und der Kündigungsschutz behindere jede Personalpolitik. L. wählt CDU, „auch wenn das Flaschen sind“.

K. hingegen, 61, ist mit seiner Kneipe gescheitert, mühsam hält er sich mit einem kleinen Onlinehandel über Wasser. Ein Freund stellt ihn zum Schein in seiner Firma an, damit K. krankensichert ist. Der Kapitalismus werde immer schlimmer, klagt K.. Es gehe weltweit nur um die Bereicherung und die Konsumenten merkten gar nicht, wie sie verarscht werden. Er wählt die Linkspartei.

Und was ist mit Gisela? Gisela, 70, hatte Psychologie studiert, war chro-

nisch krank geworden und hatte dann in einer Beratungsstelle Obdachlose unterstützt. Bei Gisela, früher in linken Gruppen aktiv, habe ich einen

Ich bin gegen die AfD und BSW. Mehrfach habe ich schon aggressiv gegengehalten bei Gisela

Wandel beobachtet. 2015 fing es an. Ja, man solle die Syrer zwar unterstützen. Aber für die Obdachlosen hier tue man nichts, „das ist doch nicht in Ordnung“, hatte sie gesagt. Jetzt findet sie es „eine Sauerei“, dass ukrainische Männer im wehrfähigen Alter „hier Bürgergeld beziehen und in SUVs herumfahren“.

„Das hat doch Gründe, dass die AfD

so viele Stimmen bekommt“, sagt Gisela, als wir nach der Lasagne beim Espresso angekommen sind, hier beim Italiener in Berlin-Spandau, wo sie in einer günstigen Wohnung mit Gartennutzung lebt. „Ich finde es unmöglich, wie die AfD verteuert wird“, empört sie sich.

Giselas Freundin M., 73, Witwe, Esoterikerin, Impfskeptikerin, Katzenfreundin und arabische-Männer-Hasserin, wählt schon länger die AfD. „Vor allem wegen der Migranten“, sagte M. mal, als wir uns zu dritt trafen. Unter „Migranten“ versteht sie dabei nicht die zwei Rumänen, die in Schwarzarbeit ihr Badezimmer flüchten. M. kümmert sich um eine kranke Nachbarin, deren Pflegedienst gekündigt hat. „Von solchen Leuten redet kein Mensch, die können verrotten“, empörte sich M., kaltherzig ist sie nicht.

Gisela findet einige der AfD-Vorschläge gut, wählt die AfD aber nicht,

„die Nazis in der Partei stören mich“, sagt sie. Sie ist für das Bündnis Sahara Wagenknecht. „Die Ukraine kann den Krieg nicht gewinnen. Nur gibt das keiner zu. Und die Geflüchteten sind nun mal ein Problem“, meint Gisela.

Ich bin gegen die AfD und gegen das nationalistische BSW. Mehrfach habe ich schon aggressiv gegengehalten bei Gisela und mich dabei wie eine unfreiwillige Mitspielerin in einem Theaterstück gefühlt, in dem für mich nur eine sehr erwartbare Rolle übrig ist. Deswegen bleibe ich diesmal cool.

„Guck' dir mal die Videos von Wagenknecht auf Tiktok an“, sage ich, „ein bisschen Dummenfang, aber geschickt. Fast könnte man drauf reinfallen. Aber nur fast“. „Ich wähle demnächst wie immer die SPD oder die Grünen“, setze ich nach, „ist auch ein Protest gegen AfD und das BSW mit ihren Millionenklicks“. Protest, das fand Gisela früher doch immer gut.



taz  **shop**

taz-Babybody „Es ist Liebe.“

Mädchen? Junge? Liebe! Zuckersüße Liebeserklärung an die nicht mehr ganz so Kleinen. Aus Biobaumwolle, naturfarben, ungefärbt und ungebleicht. Mit kleinem taz-Logo auf der Rückseite. Für Babys und Kleinkinder von 12 bis 18 Monaten. Größe 76/86. **€ 20,00**

10 % Rabatt für taz-Unterstützer:innen*

*Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop



Nach einem russischen Bombenangriff auf das Gregorius-Skoworoda-Museum nahe Charkiw holen Mitarbeiter eine Statue des Philosophen Skoworoda aus den Trümmern
Foto: Ricardo Moraes/reuters

„Kriege bringen in den Menschen das Beste und das Schlechteste hervor“

Die Stiftung Obmin vernetzt ukrainische Museen. Ihre Geschäftsführerin Małgorzata Ławrowska-von Thadden weiß, wie viel Kulturarbeit im Krieg bedeutet

Interview **Julia Hubernagel**

taz: Frau Ławrowska-von Thadden, vor Kurzem hat die Stiftung Obmin, der Sie als Geschäftsführerin vorstehen, zehn Leitlinien für den Wiederaufbau ukrainischer Museen veröffentlicht. Darin heißt es, der Wiederaufbau der Ukraine könne eine Chance sein, um „das Museum des 21. Jahrhunderts“ zu schaffen. Was verstehen sie darunter?

Małgorzata Ławrowska-von Thadden: Museen überall auf der Welt müssen auf unsere sich wandelnden Gesellschaften, auf neue Technologien reagieren, wenn sie relevant bleiben wollen. Zunächst müssen wir die Museen nicht nur als Infrastruktur betrachten, sondern auch als Plattformen des gesellschaftlichen Dialogs, die die Gesellschaft bei den neuen Herausforderungen unterstützen. Die Ukraine ist schon jetzt ein ganz anderes Land. Eine dieser Herausforderung wird die Wiedereingliederung der Kulturinstitutionen aus den besetzten Gebieten in das Leben der Ukrainer sein. Eine enorm wichtige Rolle wird zudem die Inklusion der im Krieg Verletzten spielen. Es gibt in der Ukraine schon jetzt Hunderttausende Menschen mit Handicap. Wenn ein Land starke kulturelle Institutionen hat, dann stärkt das auch die Demokratie, und das ist für die Ukraine natürlich ungeheuer wichtig.

Wie kann ein Museum auf mögliche Kriegstraumata der Besucher oder psychische Folgen von Krieg reagieren?

Zum einen mit Museumstherapie. Ein Beispiel: Eine Mutter und Tochter wurden bei dem Beschuss eines Bahnhofs verwundet. Sie wurden dann nach Lwiw evakuiert, schwer traumatisiert, und konnten mit der Außenwelt nicht mehr kommunizieren. Dann hat man festgestellt, sie kommunizieren durch Zeichnungen. Kunstmuseen und dort angesiedelte Bildungsprojekte haben bei der Genesung eine große Rolle gespielt. Ein anderes Beispiel: Erinnerungskultur ist in der Ukraine ein großes Thema. In praktisch jedem Museum werden Fotos von Gefallenen und Verschleppten aus dem jetzigen Krieg ausgestellt. Aber man hat festgestellt, dass das zu Retraumatisierung führt, wenn Freunde, Bekannte oder Familienangehörige

von Gefangenen und Verschleppten vorbeikommen. Es gibt eine große Diskussion in der Ukraine momentan darüber, an welchen Orten an etwas Schreckliches erinnert werden soll und an welchen nicht. Nicht jeder möchte auf seinem Weg zur Arbeit daran erinnert werden, dass hier Menschen gestorben sind oder gefoltert wurden.

Wie viele Museen sind in der Ukraine gerade geöffnet?

Alle Museen, die sich nicht unmittelbar in der Nähe der Front befinden, sind geöffnet und arbeiten weiter. Die Kulturinstitutionen, auch die Museen, erleben in der Ukraine gerade einen richtigen Boom. Die Leute wollen etwas anderes sehen als immer nur Krieg.

Und die Museen an der Front?

Die Museen, die sich in der Nähe der Front befinden, wurden evakuiert. Dann gibt es Fälle wie in Charkiw, wo Museen ihre Ausstellungen in den Keller verlegt haben. Das ist gerade ganz typisch, viele Institutionen, aber auch Schulen finden Sie jetzt im Untergrund. Wo auch das nicht möglich ist, in Saporischschja zum Beispiel, versuchen die Mitarbeiter weiter wissenschaftlich zu arbeiten oder bieten Onlineangebote an. Es gibt auch evakuierte Museen, die zum Beispiel eigene Radiosendungen haben. Die evakuierten Museen werden aber auch nicht einfach aufgelöst, sondern von anderen Museen in der Ukraine aufgenommen und können von dort weiterarbeiten.

Haben Sie Kontakt in die besetzten Gebiete und zu den Mitarbeiter:innen jener Museen, die nicht mehr rechtzeitig evakuiert werden konnten?

Es gibt Museumsmitarbeiter, die in den besetzten Gebieten geblieben sind, die verfolgen, was passiert. Es ist ein Kolonialkrieg, es geht um die Vernichtung der ukrainischen Nation. Alles, was Wert hat, wird gestohlen, alles, was auf die ukrainische Geschichte hinweist, wird vernichtet. Es gibt viele Fälle in von der ukrainischen Armee zurückeroberten Gebieten, wo in den Bibliotheken Bücher aussortiert wurden: russische auf den einen, ukrainische auf den anderen Haufen. Wir hatten auch Fälle, wo man einfach auf die ukrainischen Bücher geschossen hat. Was außerdem in diesem Krieg typisch ist: Die Russen kommen mit fertigen

Ausstellungen in die besetzten Gebiete. Multimedial wird da die vermeintlich richtige ukrainisch-russische Geschichte erklärt. Das wird eine riesige Herausforderung sein, die besetzten Gebiete, wenn man sie zurückerobert, nicht nur von Minen zu räumen, sondern auch die Propaganda aus den Köpfen wieder herauszubekommen. Auf der Krim und im Donbass dauert dieser Krieg seit 2014 an. Der Einfluss von russischer Propaganda ist enorm. Es ist kein Zufall, dass die Ersten, die nach der Besetzung durch die Russen verhaftet wurden, Schulleiter und Museumsdirektoren waren.

Wie viel Austausch gab es vor 2022 und vor 2014, als die russische Armee die Krim besetzte, zwischen ukrainischen und europäischen Kulturrichtungen?

Eins unserer Mottos unserer Tätigkeit lautet „Filling blind spots“. Das Wissen über die Ukraine im westlichen Europa ist immer noch gering, es gab nicht genug Austausch zwischen ukrainischen Kulturinstitutionen und denen im Ausland. Das versuchen die Ukrainer nachzuholen.

Gibt es diese blind spots hinsichtlich der Ukraine auch bei post-sowjetischen Staaten?

In Polen und anderen Staaten, die die kommunistische Diktatur durchleiden mussten, gibt es ein besseres Verständnis als manchmal im westlichen Europa dafür, dass sich die Ukrainer gegen einen kulturellen Vernichtungskrieg vonseiten Russlands wehren. Deshalb helfen zum Beispiel Museen in den baltischen Republiken gerne und so viel sie können. Polen möchte dieses Thema zu einem Schwerpunkt seiner EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2025 machen. Wir arbeiten deshalb an einer Konferenz im Frühjahr 2025 in Brüssel zum Thema Dekolonisierung.

Obmin, Ihre Stiftung, setzt sich auch dafür ein, Wissenslücken zu schließen.

Ja. Obmin ist eine Plattform, auf der jetzt mehr als 120 ukrainische Museen zusammenarbeiten. Da sind sowohl nationale, große Museen, aber auch kleine, regionale, kommunale; für uns sind besonders die kleinen wichtig. Unser Ziel ist es, die Museen in der Ukraine noch enger miteinander zu verbinden und zudem dabei zu helfen, internatio-

nale Partnerschaften zwischen Museen in der Ukraine und außerhalb der Ukraine aufzubauen.

Warum sind besonders die kleinen Museen wichtig?

Die regionalen Museen sind nah dran an den Menschen und ihren Bedürfnissen. Ihr Bestehen wird sichergestellt durch das Engagement von Freiwilligen. Sie sind daher besonders auf Spenden angewiesen. In unseren zehn Leitlinien haben wir daher vorgeschlagen, einen nationalen Fonds für kleine und mittlere lokale Museen einzurichten, der von privaten Geldgebern in der Ukraine und im Ausland finanziert wird. Dieser Fond könnte noch mal besonders wichtig werden im Kontext der derzeit besetzten Gebiete, wo die dortigen Museen eine wichtige Rolle spielen dürften bei der Wiedereingliederung.

Eins Ihrer formulierten Ziele ist es, Korruption zu beseitigen. Inwiefern war die in der Ukraine auch im Kulturbereich ein Problem?

Krisensituationen und Kriege bringen in den Menschen das Beste und das Schlechteste hervor. Natürlich ist auch der Kulturbereich nicht frei von Korruption. Die Museen in der Ukraine haben das in den zehn Leitsätzen bewusst formuliert, sie wollen Korruption bekämpfen. Alle ukrainischen Institutionen bemühen sich um Transparenz. Hilfreich ist, dass die ukrainische Verwaltung sehr gut digitalisiert ist, sodass sich leicht nachprüfen lässt, wo welche Gelder fließen.



Foto: Valeria Malisewa

Małgorzata Ławrowska-von Thadden

wurde 1968 in Warschau geboren und war von 2015 bis 2023 Vize-Direktorin des Museums für Moderne Kunst in Warschau. 2022 gründete sie die Stiftung Obmin (ukrainisch für „Austausch“), der sie als Geschäftsführerin vorsteht. Im Mai 2024 lud Obmin zum größten Treffen ukrainischer Museen seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine 2014 nach Berlin ein.

Zum zahnlosen Tiger reformiert?

Claudia Roths Auflösung der Beratenden Kommission zur NS-Raubkunst findet Kritik

Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) wehrt sich gegen Vorwürfe, sie würde eine gerechte Lösung bei Streitfragen zu Naziraubgut behindern. Im Gegenteil dienten ihre Reformschritte dazu, den Nachfahren bestohlenen Menschen mehr Rechte zu geben. „Es sollen bestehende Hürden so abgesenkt werden, dass NS-Raubkunst schneller und einfacher zurückgegeben werden kann“, erklärte sie der taz. „Deshalb habe ich mich entschieden dafür eingesetzt, dass es nun endlich eine einseitige Anrufbarkeit geben wird und dass zudem die Provenienzforschung gestärkt wird“, sagte sie weiter.

Bisher konnte eine dazu eingesetzte Beratende Kommission nur dann tätig werden, wenn beide Seiten – also etwa ein Museum und die Nachfahren früherer Besitzer eines Gemäldes – damit einverstanden waren. Künftig soll eine Entscheidung über eine Restitution auch dann möglich sein, wenn nur eine Seite diesem Prozedere zustimmt, vereinbarte Roth mit den Kulturministern der Bundesländer. Details zu dieser Regelung werden derzeit verhandelt.

Für Unverständnis gegenüber der Neuregelung hat aber die Bestimmung gesorgt, dass die Beratende Kommission zugunsten eines Schiedsgerichts aufgelöst werden soll. Die Kommission genießt das Vertrauen potenziell Geschädigter von Naziraubtaten und besteht aus Personen des öffentlichen Lebens unter Vorsitz des ehemaligen Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier. Kommissionsmitglied Gary Smith sprach in diesem Zusammenhang von „Verrat am grundlegenden Geist der Washingtoner Prinzipien und ihrer Verfeinerung in den letzten 25 Jahren“.

Diese Washingtoner Prinzipien dienen als Regelwerk für eine im Sinne der Erben von NS-Opfern gerechte und faire Lösung von Streitfällen. Roth äußerte sich gegenüber der taz nicht zu der Frage, warum die Kommission durch ein Schiedsgericht ersetzt werden soll. „In einem in unserem föderalen System üblichen Prozess der Verständigung haben wir uns zwi-

Das Verhältnis zwischen Kommission und manchem Bundesland gilt als zerrüttet, seit diese zugunsten von Erben entschied

schen Bund, Ländern und Kommunen schließlich bei unserem Kulturpolitischen Spitzengespräch im März darauf geeinigt, diese Einführung der einseitigen Anrufbarkeit mit der Errichtung einer Schiedsgerichtsbarkeit zu verbinden“, sagte sie. Tatsächlich gilt das Verhältnis zwischen Kommission und einigen Bundesländern als zerrüttet, seit die Kommission einige umstrittene Entscheidungen zugunsten von Erben und gegen die Interessen von deutschen Museen getroffen hat.

Aus Kreisen der Kommission wird nun befürchtet, dass das projektierte Schiedsgericht ähnlich einem zahnlosen Tiger zu stark die Interessen der Museen verfolgen könnte. Zudem wird dort befürchtet, dass sich Roth die Meinung eines vor ihr bestellten Gutachters zu eigen machen könnte, nach dem jüdische Opferverbände nicht in das Schiedsgericht berufen werden sollten. Dazu erklärte Roth, es stehe für sie wie für ihre Behörde „völlig außer Frage, dass selbstverständlich Vertreterinnen und Vertreter des jüdischen Lebens in jedem Gremium vertreten sein müssen“. Roth rechnet mit einer Einigung über die Details der neuen Regelung bis zum Oktober. *Klaus Hillenbrand*

berichtigung

500 Millionen Euro scheint gerade eine goldene Zahl in Berlin für Kulturbauten zu sein. Einmal für die gerade zur Debatte stehende Sanierung der Komischen Oper, wie in der wochentaz zu lesen ist. Und dann tauchte die Summe ein paar Tage vorher auch für einen möglichen Umbau der Galeries Lafayette zum neuen Sitz der Zentralbibliothek auf.

Goldjunge mit großer Klappe



Die Show kommt an: Philipp Hochmair als Jedermann, Deleila Piasko als Buhlschaft
Foto: Monika Rittershaus/SF

Mit viel Glamour und Paillettenglimmer und Philipp Hochmair in der Hauptrolle packt Robert Carsen den „Jedermann“ bei den Hörnern. Beim Publikum der Salzburger Festspiele kommt das super an

Von Joachim Lange

Wenn der erste „Jedermann“ vor dem Dom in Salzburg über die Bühne geht, beginnt der Festspielsommer. Dann ist Salzburg nicht nur ein hübsches Mozart-Museum, sondern eine ziemlich lebendige Kulturmetropole. Hugo von Hofmannsthal's „Spiel vom Sterben des reichen Mannes“ ist mit seinen 14 Vorstellungen die Cashcow und zugleich die heilige Kuh des Unternehmens Festspiele. So viele Edeldirndl, Lederhosen und geflochtene Haarkränze im Publikum gibt's nirgends sonst.

Dass auch dieses Publikum die Smartphones nicht mehr brav in der Tasche lässt, sondern immer wieder rausholt, ist eine eher unangenehme Art von Modernität (obwohl es der ziemlich heutige Jedermann dann auch mal wie ein Influencer zückt). Das bewusst didaktische katholische Erbauungsstück selbst

steht jedoch unter Artenschutz. Zumindest hier. Und es zieht das Publikum an, weil kein avisierter Jedermann und keine auserkorene Buhlschaft (als effektvollste kleinste Nebenrolle) dazu Nein sagt. Allein schon, um selbst Teil einer Galerie des Mimenruhms zu werden.

Die Regisseure haben es da schon schwerer, aber wenigstens die Chance, einen Schimmer von Gegenwart auf die Variationen des immer Gleichen zu werfen und mit szenischer Originalität zu glänzen. In letzter Zeit Michael Sturminger sogar mit drei verschiedenen Inszenierungen in Folge. Die vorjährige mit Michael Maertens als Jedermann wurde aus nicht nachvollziehbaren Gründen schon nach einem Jahr wieder aus dem Programm genommen. Wahrscheinlich wegen zu viel Gegenwartsbeleuchtung. Die neue Schauspielchefin Marina Dawydowa hatte so,

ehe sie noch an der Salzach etabliert war, schon mit allerhand Wirbel zu tun. Dass der versierte, an großen Bühnen gefragte, nie wirklich verstörende kanadische Opernregisseur Robert Carsen hier eine andere, irgendwie text- oder sonst wie kritische Gangart einlegen würde, war freilich nicht zu erwarten.

Hochmair macht sich die Rolle auf seine körperliche Art zu eigen und kapert den Text im Hochmair-Duktus

Wenn jetzt bei der Premiere unter freiem Himmel mit Idealwetter Zwischenapplaus aufbrandet, als der neue Jedermann Philipp Hochmair (bekannt aus diversen TV-Serien und Mittel-

punkt des Films „Wannseekonferenz“) im Grunde als partygieriger Goldjunge mit ziemlich großer Klappe im güldenem Luxuscabriot mit Chauffeur vors Domportal (als seinen Protzpalast) rollt, dann ist das typisch für die optischen Effekte von Glanz und Glamour, Pailletenglitzer und Discokugel, auf die die Carsen-Ästhetik samt einem riesigen Statistenaufgebot baut. Was als unterhaltsame Show vor allem im ersten Teil auch tatsächlich funktioniert.

Wenn dann aber Dominik Dos-Reis den Tod als braven Handlanger Gottes im Messdienergewand gibt und sich am Ende, wenn er sich noch mal beim Publikum versichert, ob da alles an Belegung angekommen ist, selbst zu den weiß gewandeten Toten legt, dann ist das auch eine symptomatische Rolle rückwärts aus dem Potenzial des Stücks. So, wie es andererseits zu einem veritablen Tem-

peramentsausbruch Christoph Lusers kommt, wenn der nach seinem flapsigen, zu seinem Goldboss passenden Guten Gessellen in demselben Anzug als Teufel auftritt. Erst kommt er zu spät – der einsichtige Delinquent hat die Schwelle zur Kirche schon übertreten, und ihn hält eine Art unsichtbare elektrische Teufelssperre draußen (ein hübscher, eher mittlerer Einfall), woraufhin er eindrucksvoll austrastet, sich dabei sogar das Hemd vom Leib reißt und wutschnaubend in die Dunkelheit entschwindet. Während Jedermann so einsichtsvoll ins Grab steigt, dass das schon den Kitsch touchiert.

Hochmair macht sich die Rolle auf seine körperliche Art zu eigen und kapert den Text im Hochmair-Duktus. Aber anders als sein Vorgänger, der den Text von innen leuchten ließ und auch infrage stellte, reitet er ihn wie einen Stier und ver-

sucht ihn bei den Hörnern zu packen. Beim Publikum kassierte er dafür ab. Auch wenn man ihm vor allem den abrupten Übergang vom Goldjungen zum einsichtigen Sünder nicht wirklich abnehmen mag, in der Jedermann-Galerie hat er eh schon einen Platz. Als quasi Aus-dem-Stand-Einspringer für Moretti 2018. Und auch mit seiner eigenen One-Man-Show „Jedermann reloaded“.

Deleila Piasko ist eine zupackend sinnliche Buhlschaft, die wie Lady Macbeth die Aussetzer Jedermanns beim Partyevent überspielt, Andrea Jonsson der Prototyp der würdig besorgten Mutter. Kristof Van Boven springt als Mammon wie das Alter Ego Jedermanns und vergisst keines der teuren Bilder mitzunehmen ... Die Show kam an – das Publikum applaudierte stehend. Weder der Hochmair-pur-Jedermann noch der Carsen-wie-zu-erwarten waren angeeckt.

Dafür wird sich freilich in 172 Aufführungen unter dem Motto „Bewegungen zwischen Himmel und Hölle“ bis Ende August schon noch etwas finden. Am wenigsten wahrscheinlich Christian Thielemans konzertantes Richard-Strauss-„Capriccio“ mit den Wiener Philharmonikern. Dass Teodor Currentzis wieder bei Castelluccis „Don Giovanni“ mit seinem neu formierten Utopia Orchestra dabei ist, könnte die Kontroverse um seine Person befeuern. Interessanter dürfte die von Krzysztof Warlikowski inszenierte Begegnung mit Mieczysław Weinbergs „Idiot“ werden, bei der die litauische Dirigentin Mirga Gražinytė-Tyla die Wiener Philharmoniker dirigiert. Auch Prokofjews „Spieler“, für den Peter Sellars die Karten mischt, bei dem aber Asmik Grigorian das eigentlich Ass ist. Das gilt sicher auch für Marc Minkowski, wenn er bei „Les contes d'Hoffmann“ die Wiener Philharmoniker dirigiert.

Es ist wie immer ein Aufmarsch von Stars am Pult und auf der Bühne. Beim Schauspiel stehen die Sternstunden (der Menschheit) schon im Titel, dazu „Zauberberg“ und eine „Orestie“-Version ... Es heißt immer mal, die Festspiele seien in der Krise. So was stellt man sich irgendwie anders vor.



genossenschaft

Max Buschfeld
Kreativdirektor des taz Verlags

**GELD IST NICHT ALLES.
ABER OHNE WIRD DAS
ALLES NIX**

Runter von der Bank, rein ins Geschehen!

In der taz Genossenschaft bewegt dein Geld etwas – gegen Rechtsruck und für eine stabile Demokratie. Keine 2,5% Zinsen, dafür 100% Einsatz für unabhängigen Journalismus und eine offene Gesellschaft.

Bereits ab 500 Euro gehört dir so ein Teil der taz und du wirst Miteigentümer*in.
Alle Infos auf taz.de/genossenschaft

zwischen den rillen

Roulette im Walzwerk

Berliner Orte, die es nicht mehr gibt: das Album „7 Stücke“ vom Ost-West-Quartett Kunstkopf

„Wir waren Nonkonformisten zwischen Underground und experimenteller Musik“, erinnert sich Manfred Machlitt. Und Patrick Laschet sagt: „Wir wollten zeigen, dass elektroakustische Musik von Stromkreisen kommt, die anders geschlossen werden.“ Dirk Specht meint: „New Age war uns ein Gräuel, ausgestelltes Virtuosenum spielte keine Rolle.“ Die drei Musiker sprechen über das 1995 aus der Taufe gehobene Ost-West-Quartett Kunstkopf. Das vierte Bandmitglied war Taymur Streng (1962–2022).

Ihm ist das kürzlich erschienene, 1998 entstandene zweite Album der Band auch gewidmet. Der Komponist und Bibliothekar Streng kam aus der Punkszene Ostberlins, deren DDR-Erfahrung Hymnen der Absage generierte. Mitglied der Darkwaveband Neun Tage zu sein, mit der Bandplattform Ornament & Verbrechen in seinem Mahlsdorfer DIY-Studio aufzunehmen und am Ferienkurs für zeitgenössische Musik in Gera teilzunehmen, das schloss sich für Streng nicht aus. Manfred Machlitt arbeitete damals an der Akademie der Künste der DDR und hatte sich in bewusstem Kontrast frü-

her schon in die Künstlerszene Prenzlauer Bergs begeben. Der westdeutsche Flügel von Kunstkopf war aus Aachen nach Berlin gekommen. Patrick Laschet und Dirk Specht hatten noch in Westdeutschland das Kassettenlabel Cafardage gegründet und bis 1992 eine Reihe limitierter Miniaturtapes mit ausgesuchten Beigaben wie einer Silberfischchen-Köderbox oder einem Büchlein, welches bei Nichtgefallen gesprengt werden konnte, herausgebracht.

Die neunziger Jahre, eine „Zeit, in der alles pulsierte“, wie sich Machlitt erinnert, machten es möglich, dass Laschet und Specht mit ihrer Band Vierzig Sekunden ohne Gewicht im Ostberliner Studio für Elektroakustische Musik ein Doppelalbum aufnehmen konnten. Gegründet hatte das Studio DDR-Komponist Georg Katzer, in dem er 1986 an der Akademie der Künste gegen kulturpolitische Engstirnigkeit erfolgreich einen Freiraum erstritten hatte.

Machlitt veranstaltete dort die Reihe „Kontakte“, ein Forum für elektronische Musik. Specht erinnert sich noch heute daran. Bereits dort kam es zu einer Begegnung mit Taymur Streng. Die Musik von Kunstkopf bezeugt einen verfremdenden Umgang mit Instrumentarium und Material. An einer Stelle klingt sie nach Roulette im Walzwerk; tatsächlich ist es eine kleine Stahlkugel, die sich in einer Metallschüssel auf den Saiten eines Bechstein-Flügels dreht.

Das Klavier war die Werkbank Hanns Eislers. Von dem österreichischen Komponisten der DDR-Nationalhymne war das Ins-



Kunstkopf: „7 Stücke“
(Edition Telemark/A-Musik)

trument über den Sänger und Spanienkämpfer Ernst Busch in den achtziger Jahren zu Machlitt gewandert. In den neunziger Jahren verwendete er es für Aufnahmen in seinem Heimstudio in der Jablonskistraße in Berlin-Prenzlauer Berg.

Die Geschichte von Kunstkopf ist auch die Geschichte von Berliner Orten und Räumen, die es so nicht mehr gibt. Kunstkopf spielten in provisorischen Undergroundclubs und besetzten Häusern wie der Galerie Mutzek in der Invalidenstraße, im Anorak in der Dunckerstraße, im Eimer und im Tacheles in Mitte oder in Fabrikräumen in Zwischennutzung wie den Reinbeckhallen. Was es auch gab, war der Hauptstadt-Musikwettbewerb Metrobeat, aus dem Kunstkopf als prämierte Newcomerband hervorgingen.

Album Nummer zwei ist das stringenter der beiden, meint Specht. An einer Stelle wagen Kunstkopf inmitten beherzter Geräuschhaftigkeit einen durchgehenden Beat, an anderer einen kantigen Funkrhythmus. Kunstkopf war eine Band, die sich gängigen Klassifikationen entzog. „Mittlerweile sind die Genregrenzen offen“, sagt Specht. Eine neues Werk aus dem Jahrzehnt der unerhörten Möglichkeiten will nachgehört werden.
Robert Mießner

DIGITAL LESEN MIT ALLEN APP- VORTEILEN?



Einfach mit
Zugangsdaten
einloggen auf
epaper.taz.de

Das geht jetzt auch ganz ohne Smartphone: Auf epaper.taz.de können Sie mit Ihrem Computer oder Laptop nun alle App-Features auch **im Browser nutzen** – z. B. die praktische Vorlesefunktion, das Speichern von Favoriten oder die Archiv-Suche. Sie geben lediglich Ihre digitalen Zugangsdaten ein, schon haben Sie vollen Zugriff auf alle Funktionen. Probieren Sie es doch einfach mal aus.

epaper.taz.de

taz 

Zaubermittel Zucker

Die schier unglaublichen Leistungen der Topfahrer bei der Tour de France werden mit einer Ernährungsrevolution erklärt. Was hat es damit auf sich?



Aus Nizza **Tom Mustroph**

Flaschen füllen ist vor einem Zeitfahren eine ganz besonders wichtige Angelegenheit. Die Ernährungsberater müssen an diesem Tag nicht nur die richtige Mischung aus Kohlenhydraten und Flüssigkeit finden. Sie müssen den Energiebedarf so perfekt austarieren, das genug Inhaltsstoffe in den oft aerodynamisch optimierten Trinkbehältnissen sind, aber auch, dass sie nicht zu viel einfüllen. Denn zu viel Getränk bedeutet zu viel Gewicht, und das muss eben auch vorwärts bewegt werden.

Und so konnte man unter anderem Kristof de Kegel, Ernährungsspezialist vom Team des Weltmeisters Mathieu van der Poel, vorm Zeitfahren so präzise wie einen Apotheker beim Flaschenfüllen beobachten. Was wie angewandte Wissenschaft aussieht, ist auch Wissenschaft, Ernährungswissenschaft eben. „Vor einigen Jahren dachten wir noch, ein Mensch kann etwa 60 Gramm Kohlenhydrate in der Stunde aufnehmen. Dann sagt der Magen: ‚Schluss jetzt.‘ Mittlerweile wurde herausgefunden, dass man mit der richtigen Mischung von Kohlenhydraten bis zu 120 Gramm pro Stunde verwerten kann. Manche Fahrer schaffen sogar noch mehr“, erzählt de Kegel der taz. Das kann man gut und gern als Ernährungsrevolution bezeichnen. Kohlenhydrate bedeuten Energie, die in den Muskelzellen erzeugt wird und für Vortrieb über die Pedalen sorgt. Die doppelte Aufnahme von Brennstoff sorgt nicht gleich für zweifach schnellere Geschwindigkeit. Aber die neuen Rekordzeiten der Tour-Fahrer sind auch durch den Faktor Ernährung begünstigt.

Bei den Teams hat sich deshalb ein strenges Kontrollregime über die Brennstoffzufuhr durchgesetzt. „Es

gibt einen gut ausbalancierten Ernährungsplan für jeden Tag, abhängig von der Charakteristik jeder Etappe. Wir sehen ganz genau, wie viele Kilojoules die Fahrer umgesetzt haben. Das können wir aus den geleisteten Wattwerten aus den Radcomputern ablesen. Wir wissen also, was sie geleistet haben. Und daraus ermitteln wir, was wir ihnen wieder zuführen müssen. 15 Minuten nach Ende des Rennens weiß unser Koch schon, was jeder Fahrer braucht. Und danach bereitet er das Abendessen vor“, erzählt Experte de Kegel.

Bei Team UAE Emirates geht man ähnlich wissenschaftlich heran. Herr über die Kohlenhydratzufuhr ist dort

„15 Minuten nach Ende des Rennens weiß unser Koch schon, was jeder Fahrer braucht“

Kristof de Kegel, Ernährungsexperte

Gorka Prieto. Er kam ein Jahr nach Pogacar zum Team. Und wie Pogacar, 25, auf der Pressekonferenz am zweiten Ruhetag zugab, brauchte der unbestrittene Leader der Tour vier Jahre, um sich voll und ganz mit dem Ernährungsregime anzufreunden. Jetzt futtert er, was Prieto ihm vorgibt. Der Baste betont, dass vor allem der richtige Mix aus Glukose, also Traubenzucker und Fructose, Fruchtzucker, entscheidend ist: „Fructose wird im Körper auf anderem Wege verstoffwechselt als Glukose. Deshalb kann man beides parallel verarbeiten.“

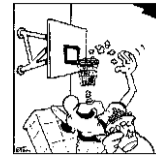
Im Laufe der Saison verändert sich dieser Plan aber. „Wir variieren die Kohlenhydrataufnahme jedes Fahrers. In der frühen Präparationsphase

im November und Dezember reduzieren wir die Kohlenhydrate. Die Fahrer leisten dort große Umfänge. Aber die Intensitäten sind vergleichsweise niedrig. Sie verbrennen dabei mehr Fett als Kohlenhydrate“, beschreibt Laura Martinelli, Ernährungsberaterin von Team Jayco den Prozess. Das ist die Saisonphase, in der das mittlerweile berühmt gewordene Zone-2-Training seinen Platz hat.

Dabei geht es darum, den Organismus auf den Fettstoffwechsel umzustellen. „Das macht deshalb Sinn, weil die Kohlenhydratspeicher im Organismus begrenzt sind. Die Fettoxidation ist im Kontrast dazu eher unbegrenzt. Und je länger man im Fettstoffwechsel fahren kann, desto später kippt es in den Kohlenhydratstoffwechsel“, erklärt Dan Lorang, Trainingswissenschaftler und Performance Director beim Team Bora. Tadej Pogacar's früherer Trainer Inigo San Millan teilte Trainingszonen nach Intensitäten ein. Dabei war Zone 2 am unteren Spektrum der Intensitäten angesiedelt, zeichnete sich aber durch maximale Fettverbrennung aus. Gewöhnt man den Organismus daran, rührt er die weniger gut speicherbaren Kohlenhydratreserven nicht an. Das Problem dabei ist nur: Je höher die Intensität auf dem Rad ist, desto mehr Energie muss von den Kohlenhydraten kommen. Ernährungsspezialist Prieto nennt dafür folgende Faustformel: „Bei Leistungen um die 200 Watt handelt es sich vor allem um Fettverbrennung. Bei 400 Watt oder darüber kann man von 99 Prozent Kohlenhydratstoffwechsel ausgehen.“

Beim Zeitfahren sind vor allem die Kohlenhydrate gefragt. Beim ersten Zeitfahren bei dieser Tour leistete Tadej Pogacar über knapp 30 Minuten 452 Watt. Da muss die Mischung in der Flasche stimmen.

Schnell mit Saccharose und Fructose: der Belgier Remco Evenepoel, der Däne Jonas Vingegaard und der Slovene Tadej Pogacar (von rechts)
Foto: ap



press-schlag

Mulmiges Gefühl

Der Nahostkonflikt überschattet den Auftritt der israelischen Olympiamannschaft in Paris

Was haben Misha Zilberman, Lonah Salpeter, Rotem Gafinovitz, Yuval Freilich oder Lihie Raz gemeinsam? Sie starten in ein paar Tagen für das israelische Olympiateam in Paris. Sie haben die Reise wie ihre 83 Kollegen mit gemischten Gefühlen angetreten, denn der Nahostkonflikt reicht bis in die französische Hauptstadt. Die Sicherheitsbehörden sind in Alarmbereitschaft, die Grenzen nach Frankreich werden, auch von Deutschland aus, kontrolliert, und Team Israel wird nicht nur von Physiotherapeuten und Trainern begleitet, sondern auch von bewaffneten Beamten des Inlandsgeheimdienstes Shin Bet, dessen Spezialgebiet unter anderem der Personenschutz ist.

Die Bedrohungslage ist nicht abstrakt, sondern durchaus konkret. Auch das Internationale Olympische Komitee (IOC) berichtet jetzt über Hassmails, die israelische Sportler immer wieder erreichen. „Wenn Sie Angst haben vor dem, was 1972 in München passiert ist, kommen Sie nicht nach Frankreich. Seien Sie auf der Hut vor Angriffen auf Flughäfen, Hotels und Straßen, die uns gehören“, zitiert israelische Medien aus den E-Mails. Das Internationale Olympische Komitee bestätigte die Existenz der Schreiben und informierte die zuständigen Sicherheitsbehörden. 1972 in München hatten palästinensische Terroristen des Kommandos „Schwarzer September“ 14 israelische Olympiateilnehmer als Geiseln genommen und später 11 von ihnen ermordet.

Seit über einem Jahr wird daran gearbeitet, dass sich so ein Horrorszenerario in Paris nicht wiederholt. Seit den Olympischen Sommerspielen 2020 in Tokio wird im Rahmen der Spiele auch eine Gedenkfeier für die Opfer des Terrors von München abgehalten. In Paris sollte sie offiziell im Rat-

haus stattfinden, aber die Zeremonie wurde verlegt, laut der hebräischen Nachrichtenagentur Israel Hayom war sie ursprünglich für den 24. Juli geplant, wurde aber aus Sicherheitsgründen abgesagt. Stattdessen wird eine kleinere Zeremonie mit weniger Teilnehmern an einem Ort stattfinden, der der Öffentlichkeit nicht bekannt gegeben wird.

Diese Nachricht wird das Sicherheitsgefühl der israelischen Delegation sicherlich nicht bestärken, auch nicht die Meldung, dass es demnächst im Nachbarland Belgien im Rahmen der Nations League nicht zum Aufeinandertreffen der belgischen Nationalmannschaft mit der israelischen kommt, weil eine Reihe von Städten wie Brüssel, Antwerpen oder Löwen Angst vor massiven Protesten haben und die Kosten der Sicherheitsoperationen offenbar scheuen; so wird das Fußballspiel wohl in Ungarn stattfinden.

Flucht nach Israel

Das olympische Paris kann das Problem nicht – im wahrsten Sinne der Worte – verdrängen, es muss damit umgehen, dass israelische Athleten zur Zielscheibe antizionistischen und antisemitischen Hasses werden. Viele französische Juden erleben das tagtäglich und treffen eine Entscheidung: Sie siedeln über nach Israel. So kommt es, dass ein Drittel aller französischen Juden, die seit Israels Gründung 1948 dorthin ausgewandert sind, den Schritt in den vergangenen zehn Jahren gegangen ist; über 3.000 Juden kehren Frankreich jedes Jahr den Rücken.

Angesichts dieses unschönen Trends wäre es doch *très chic*, wenn die Reisegruppe aus Tel Aviv, Aschdod oder Netanja nun wenigstens zwei Wochen lang gastfreundlich behandelt würde in Frankreich. Das gebietet nicht nur die Olympische Charta. *Markus Völker*

„Das ist mein Mann, er ist unglaublich“

Die US-Basketballerin Brittney Griner und ihre Frau geben die Geburt ihres Sohns bekannt

US-Basketballstar Brittney Griner und ihre Ehefrau Cherelle sind vor den Olympischen Spielen Eltern geworden. Wie die 33-jährige Griner im Podcast „She Knows Sports“ mitteilte, habe ihre Frau bereits am 8. Juli einen Sohn zur Welt gebracht. Im April hatte das Paar, das seit Juni 2019 verheiratet ist, die Schwangerschaft bekanntgegeben. Aktuell bereitet sich die zweimalige Olympiasiegerin mit dem US-Team auf die Sommerspiele in Paris vor.

Noch einiger Zeit durchlebte die Starspielerinnen von Phoenix Mercury einen Albtraum. Am 17. Februar 2022 war Griner, die früher außerhalb der WNBA-Saison in Russland spielte, am Moskauer Flughafen wegen Drogenbesitzes (Cannabis-Öl) festgenommen und später in Russland zu neun Jahren Haft verurteilt worden.

Erst nach zehn Monaten kam sie durch einen Gefangenenaustausch gegen den Waffenhändler Wiktor But frei. In ihrem Buch „Coming Home“

hatte sie Einzelheiten über ihre Erfahrungen in Russland mitgeteilt.

Mit dem US-Nationalteam, als Olympiasieger wieder klarer Favorit, ist Griner in der Gruppenphase von Lille auch Gegner des deutschen Teams, dazu warten Europameister Belgien und die Japanerinnen, die 2021 in Tokio Silber geholt hatten. Am kommenden Dienstag (20 Uhr, Joyn) treffen die USA zudem in London bereits im Zuge der Generalprobe auf Deutschland. *(dpa, taz)*

was alles nicht fehlt

Eine Fast-Überraschung: Das Basketball-Starensemble der USA ist einer sportlichen Blamage nur knapp entgangen. Das Team um NBA-Superstar LeBron James gewann in London erst nach einer Aufholjagd und in letzter Minute mit 101:100 (44:58) gegen Außen-seiter Südsudan. James erzielte acht Sekunden vorm Ende die entscheidenden Punkte. Am Montag (21 Uhr/ProSieben)

trifft das Team von Trainer Steve Kerr in London auf Weltmeister Deutschland.

Eine Rückkehr: Nach nur einem halben Jahr in Saudi-Arabien zieht es den kroatischen Fußballprofi Ivan Rakitić in die Heimat. Der Vizeweltmeister von 2018 unterschrieb bei Hajduk Split einen Vertrag über eine Saison. Der 36-jährige sei einer „der besten

Spieler in der Geschichte des kroatischen Fußballs“, schrieb der Klub am Sonntag. Erst im Januar war Rakitić vom FC Sevilla nach Saudi-Arabien zu Al-Shabab gewechselt.

Eine Ankündigung: Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens hält an ihrem Vorstoß fest, die beiden Fußballderbys zwischen Hannover 96 und Eintracht

Braunschweig in der neuen Saison jeweils ohne Gästefans auszutragen. Der Grund: Ausschreitungen im vergangenen Spieljahr.

Ein Vabanquespiel: Dani Olmo bleibt vorerst Spieler von RB Leipzig. In der Nacht zum Sonntag lief eine Ausstiegsklausel über 60 Millionen Euro Ablöse für den spanischen Europameister ungenutzt aus.

taz * blogs

Nicht zu fassen... aber zu lesen.

Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges lesen Sie auf den Blogs der taz: taz.de/blogs

Interview **Plutonia Plarre**

taz: Herr Wiedemann, am Montag findet eine Gedenkveranstaltung für Menschen statt, die im Zusammenhang mit Drogenkonsum gestorben sind. Mit 271 Drogentodesfällen im Vorjahr verzeichnet Berlin einen Höchststand. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Stefan Wiedemann: Die Berliner Zahlen decken sich mit dem Bundestrend. 2.237 Todesfälle im Bund, auch das ist ein neuer Höchststand. Aber das ist keine überraschende Entwicklung, die Zahlen steigen seit Jahren.

Was hat sich verändert?

Es gibt Veränderungen was die konsumierten Substanzen betrifft, die bei den Verstorbenen nachgewiesen wurden. Früher waren das im Wesentlichen ausschließlich Opiate ...

... also Heroin.

Mittlerweile spielen auch andere Substanzen eine Rolle. In Berlin beobachten wir einen Anstieg bei dem Konsum von Crack. Außerdem besorgen uns synthetische Opiode wie Fentanyl, die in den USA sehr stark konsumiert werden. Noch konnten wir aber nicht feststellen, dass sich der hiesige Opiatmarkt dahingehend umgestellt hat.

Was wissen Sie über die Situation der Menschen, die in Berlin gestorben sind?

Allgemein kann man sagen, dass sie im stärkeren Maße sozial verelendet sind. Wohnungslosigkeit spielt gerade in Berlin im Vergleich zu den Vorjahren eine sehr große Rolle. Sie leben prekär auf der Straße unter entsprechenden schlechten Bedingungen.

Sterben diese Menschen oft in U-Bahnhöfen oder Hausfluren?

Die Auffindeorte sind breit gestreut. Es handelt sich um den öffentlichen Raum, in vielen Fällen aber auch um den eigenen Wohnraum. Was wir sicher sagen können: Die Todesfälle passieren nicht in Drogenkonsumräumen. Das ist eine sehr gute Nachricht. Deshalb sehen wir die Konsumräume auch als eine gangbare Safer-use-Strategie an. Dass die Leute dort sicher konsumieren können. Aber die Konsumräume sind natürlich nicht immer geöffnet und nicht alle Leute nutzen sie.

Was gibt es noch für Erkenntnisse?

Gerade im niedrigschwelligen Bereich stellen wir eine Zunahme von Menschen fest, die nicht kranken- und sozialversichert sind. Stichwort: Zuwanderung aus dem vorwiegend ost-



Die Zahl der verstorbenen Drogenkonsumenten*innen sei keine überraschende Entwicklung
Foto: F. Anthea Schaap/imago

„Stärkere soziale Verelendung“

Mit 271 Drogentodesfällen verzeichnet Berlin einen neuen Höchststand. Stefan Wiedemann von der Drogenberatungsstelle Vista über die Situation im Wrangelkiez und am Leopoldplatz — und warum Methadon helfen könnte

europäischen Raum, EU-Bürger, die keinen Versicherungsschutz haben. Lebensrettende Maßnahmen wie eine Substitutionsbehandlung steht ihnen nur eingeschränkt zur Verfügung.

Im Wrangelkiez in Kreuzberg und am Leopoldplatz in Wedding häufen sich die Klagen aus der Anwohnerschaft über eine zunehmend verelendete Drogenszene. Gibt es Maßnahmen, mit denen sich die Situation entschärfen ließe?

Eine ganz wichtige Maßnahme ist der Erhalt und Ausbau der niedrigschwelligen Maßnahmen.

Drogenkonsumräume und -mobile gibt es in Berlin aber schon einige.

Konzeptionell ist das Land Berlin schon gut aufgestellt, das ist richtig. Aber die Angebote müssen erhalten und zumindest, was die Öffnungszeiten betrifft, ausgebaut werden. Das sage ich auch in Hinblick auf die Spardiskussion, die im nächsten Jahr ansteht. Das macht uns natürlich Sorgen.

Gäbe es denn genug Personal, um die Öffnungszeiten zu erweitern?

Auch wir leiden unter dem allgemeinen Fachkräftemangel.

Im Moment gelingt es uns noch, Personal zu finden, im Bereich der Pflegekräfte, die wir neben den Sozialarbeitenden in den Drogenkonsumräumen beschäftigen, ist das aber zunehmend schwierig. Nichtsdestotrotz würden wir uns bemühen, die Öffnungszeiten auszuweiten. Die Voraussetzung wäre aber, dass uns dafür entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Nicht alles ist eine Frage des Geldes. Für das Kottbusser Tor zum Beispiel gab es gerade 250.000 Euro Sondermittel vom Senat. Trotzdem nehmen die Klagen der Anwohner zu. Was läuft da schief?

Die Situation ist nicht plötzlich explodiert. Das ist eine kontinuierliche und absehbare Entwicklung. Was sich aber verändert, ist die Wahrnehmung der Umgebung.

Vielleicht sind die Leute mit ihrer Geduld am Ende.

Das kann so sein, das finde ich nachvollziehbar. Man darf aber nicht vergessen, dass sich auch die entsprechenden Kieze verändern. Auch am Leopold-

platz hat sich die Bevölkerungsstruktur durch Gentrifizierung geändert.

Wollen Sie damit sagen, dass die frühere Anwohnerschaft toleranter war?

Das ist eine Mischung aus vielem. Am Leopoldplatz ist die Belastung über viele Jahre größer geworden, das ist sicher ein wesentlicher Faktor. Es hat aber auch damit zu tun, dass bürgerliche Menschen sich vielleicht schlagkräftiger äußern können. Was völlig in Ordnung ist.

Im Wrangelkiez gibt es Menschen, die dort schon seit Jahrzehnten leben und von unzumutbaren Zuständen sprechen.

Ich wohne selbst im Wrangelkiez und kann sagen: Die Entwicklung ist nicht plötzlich eingetreten.

Das tröstet aber keinen.

Der entscheidende Faktor ist, dass viel mehr drogenabhängige Menschen als früher kein Dach mehr über dem Kopf haben und deshalb in der Öffentlichkeit viel sichtbarer werden. Trotzdem muss man differenzieren. Im Wrangelkiez konnte

man beobachten, dass mit jedem Versuch der Ordnungskräfte, stärker durchzugreifen, die Problem in den umliegenden Straßen größer geworden sind. Damit will ich nicht sagen, dass jemand nicht berechtigt ist, das als belastend zu empfinden.

Also was könnte helfen?

Was wirklich helfen würde, wären Angebote zu niedrigschwelligen Substitutionen zu schaffen. Den ganz einfachen Zugang zu Methadon-Programmen zu schaffen auch für Menschen, die nicht versichert sind.



Foto: privat

Stefan Wiedemann

55 Jahre, Diplom-Pädagoge, leitet bei Vista Berlin den Fachbereich für betreutes Wohnen und Substitution. Er ist seit 2003 bei Vista, einem Verbund für integrative soziale und therapeutische Arbeit.

Gedanktag an verstorbene Drogenkonsumenten

Der Aktionsbündnis Gedanktag in Berlin findet am Montag, den 22. Juli, um 14 Uhr am Kottbusser Tor statt.

Neben Wortbeiträgen von betroffenen Menschen und Mitarbeiter*innen des Hilfesystems gibt es Musik und Aktionen, um der 271 verstorbenen Drogenkonsument*innen in

Berlin zu gedenken. Mit der Installation einer Parkbank in Regenbogenfarben auf dem Oranienplatz macht das Bündnis darauf aufmerksam, dass Drogenkonsument*innen, Menschen ohne Obdach und alle gesellschaftlichen Randgruppen sichere Räume benötigen.

Die Wochenvorschau von **Marie Frank**

Unter dem Regenbogen wird es heiß

Es ist heiß, und wer kann, flüchtet sich an den See oder ins Freibad. Denn in der Stadt ist es vielerorts kaum auszuhalten. Das liegt auch daran, dass Berlin fast zur Hälfte versiegelt ist: Rund 47 Prozent sind im Schnitt bebaut, betonierte oder asphaltiert, was zusätzlich für glühende Hitze sorgt. Das führt zu erheblichen gesundheitlichen Belastungen. Darunter leiden neben älteren Menschen insbesondere Obdachlose. Umso wichtiger sind Orte, die Menschen, die auf der Straße leben müssen, Abkühlung bieten. Etwa das AWO Kiezcafé in Friedrichshain, dem Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) am Montag einen Besuch abstattet. Hier werden bei hohen Temperaturen Schutzräume, Versorgungs- und Hygienemöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Welche anderen Orte der Erfrischung es gibt, hat die taz auf Seite 26 aufgeschrieben. Zusätzlich zur akuten Hitzehilfe muss Berlin großflächig entsiegelt

werden, um klimaresilient zu werden. Wie das aussehen kann, können sich die Betonköpfe im Senat im Nachbarland angucken: Von den zehn am wenigsten versiegelten Städten in Deutschland kommt die Hälfte aus Brandenburg: Laut einer Studie aus dem Jahr 2023 liegt Königs Wusterhausen mit 31 Prozent auf Platz zwei, gefolgt von Falkensee mit 33 Prozent. Platz fünf, sechs und acht belegen Bernau (38,7), Potsdam (38,8) und Oranienburg (38,9). Die Versiegelung in den Köpfen hat die Studie leider nicht erhoben, die scheint gemessen an den Zustimmungswerten für die AfD jedoch diametral zur Entsigelung des Bodens zu verlaufen.

Heiß wird es auch am Wochenende, wenn der **Pride Month** mit dem **CSD** am Samstag seinen Höhepunkt erreicht. Europas größte Veranstaltung der **LGBTIQ*-Community** wird in diesem Jahr allerdings nicht wie sonst vom Regierenden Bürgermeister eröffnet. Kai Wegner hatte beim letzten CSD

versprochen, sich für eine Erweiterung des Grundgesetzes um den Schutz von queeren Menschen einzusetzen. Übrig geblieben ist davon, wie von den meisten Versprechen des CDU-Politikers (Bürgeramtstermine in 14 Tagen bis Ende 2023), allerdings: nichts.

Teilnehmen will Wegner aber trotzdem. Wem die Open-Air-Party, die ab 12 Uhr vom Spittelmarkt zur Siegestsäule zieht und bei der eine halbe Million Menschen erwartet werden, zu voll oder kommerziell ist, findet in der Stadt der Vielfalt zahlreiche Alternativen. Definitiv ohne den Regierenden findet etwa der **Dyke March** für lesbische Sichtbarkeit am Freitag um 18 Uhr am Karl-Marx-Platz statt. Und wer findet, dass Großkonzerne im Kampf gegen Unterdrückung nichts verloren haben, kann am Samstag um 15 Uhr zum **Internationalist Queer Pride** am Herrmannplatz gehen. Statt Regenbogen-Kapitalismus bedeutet queere Befreiung hier immer auch Klassenkampf.

Anzeige

Freiluftkino Rehberge

#freiluftkinorehberge

<p>Mo 22. Juli 21:15 // dt. Fassung ALL OF US STRANGERS Andrew Haighs betörender, herzzerreißend schöner Liebesfilm mit Andrew Scott und Paul Mescal.</p> <p>Di 23. Juli 21:15 // engl.m.dt.Ut THE HOLDOVERS Perfektes chilliges Sommer Kino mit Alexander Paynes 70er-Retro-Comedy-Drama.</p> <p>Mi 24. Juli 21:15 // div.m.dt.Ut INT. OCEAN FILM TOUR 2024 Freut Euch auf die neuesten & besten Meeresabenteuer und Wassersportfilme.</p>	<p>Do 25. Juli 21:15 // engl.m.dt.Ut CHALLENGERS - RIVALEN Zendaya, Mike Faist & Josh O'Connor im neuen Luca-Guadagnino-Film (Call me by your Name)</p> <p>Fr 26. Juli 21:15 // dt. Fassung FURIOSA - A MAD MAX SAGA George Millers Fortsetzung der Endzeit-Action Saga mit Anya Taylor-Joy und Chris Hemsworth.</p> <p>Sa 27. Juli 21:15 // dt. Fassung DIRTY DANCING „Mein Baby gehört zu mir!“ ... mit Jennifer Grey und Patrick Swayze. Wir freuen uns auf einen unvergesslichen Abend mit Euch.</p>
---	--






Für Jan Redmann wird es eng

Die Alkoholfahrt des CDU-Chefs wird den Landtag beschäftigen. Auch Koalition geht auf Distanz

Von Uwe Rada

Die Alkoholfahrt des CDU-Spitzenkandidaten Jan Redmann wird wohl auch den Brandenburger Landtag beschäftigen. Einem Antrag der Linksfraktion auf eine Sondersitzung des Innen- und Rechtsausschusses will sich die CDU-Fraktion nicht verweigern. „Wir werden (...) unserer Verantwortung gerecht werden“, teilte der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Steeven Bretz, mit. „Gleichwohl sind wir überzeugt davon, dass in keinem der beiden Ausschüsse neue Erkenntnisse gewonnen werden können.“

Redmann war in der Nacht zum 12. Juli von der Polizei kontrolliert worden, als er nach einer Feier mit einem E-Roller in seine Potsdamer Wohnung in Babelsberg gefahren wurde. Ein Alkoholatemtest ergab 1,3 Promille. Der Wert eines Blutalkoholtests steht noch aus.

Redmann hatte den Vorfall selbst öffentlich gemacht, dabei aber verschwiegen, dass er nicht in eine Routinekontrolle geraten war, sondern wohl wegen seines auffälligen Fahrstils kontrolliert worden war. Auch dass ihm Blut abgenommen wurde, hat er nicht erwähnt. Nun steht der Vorwurf der zweifachen Falschaussage im Raum.

Auch die Koalitionspartner der Brandenburger Kenia-Koalition unterstützen die Linke-Initiative zu einer Sondersitzung der beiden Ausschüsse. „Jan Redmann hat gleich nach seiner Straftat erklärt, dass er offen und transparent damit umgehen möchte und dass man diese Ehrlichkeit von ihm auch in Zukunft erwarten könne“, sagte SPD-Fraktionschef Daniel Keller. „Insofern gehen wir davon aus, dass sich beide Ausschüsse mit den aufgeworfenen Fragen beschäftigen werden.“

Der Grünen-Fraktionschef Benjamin Raschke sagte: „Die CDU wäre gut beraten, eine Sondersitzung zur Aufklärung zu nutzen. Unser Koalitionsvertrag sieht einstimmiges Verhalten vor. Wir werden mit unseren Koalitionspartnern das Gespräch suchen.“

Für den Antrag sind in beiden Ausschüssen je ein Fünftel der Mitglieder nötig, also je drei. Dies gilt nach der CDU-Ankündigung als gesichert. Der Sonderausschuss wird voraussichtlich am Mittwoch tagen, wenn der Landtag ohnehin zu einer Sondersitzung über den geplanten Nachtragshaushalt zusammenkommt.

Für Jan Redmann könnte es damit enger werden. Schon nach Bekanntwerden der Ungereimtheiten waren SPD und Grüne auf Distanz gegangen. „Wenn sich bewahrheitet, dass es keine Routinekontrolle war oder dass er seinen Führerschein abgeben musste, dann ist er ungeeignet, Ministerpräsident zu werden“, hatte SPD-Fraktionschef Keller erklärt.

Etwas vorsichtiger hatte sich der Grüne Benjamin Raschke geäußert. Er sah erhebliche ungeklärte Fragen und forderte eine lückenlose Aufklärung.

19 Festnahmen

Im Zuge einer propalästinensischen Demonstration hat es am Samstag in Berlin zwölf Strafanzeigen gegen Teilnehmende gegeben. Wie die Polizei mitteilte, werde unter anderem wegen tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte, besonders schweren Landfriedensbruchs, Beleidigung und Volksverhetzung ermittelt. Insgesamt wurden 19 Personen vorübergehend festgenommen. Fünf Polizisten wurden verletzt, sie konnten ihren Dienst aber fortsetzen. Die Demonstration stand unter der Überschrift „Solidarität mit Palästina. Stoppt den Krieg. Keine Waffen für Israel“. Insgesamt waren 350 Teilnehmer dabei. (epd)

Anzeige



Lesbisch-schwules Stadtfest: „Gleiche Rechte für Ungleiche! Weltweit!“



Am Samstag, eine Woche vor dem Christopher Street Day, bringt sich die queere Community in Berlin schon mal in Feierlaune. Rund um den Nollendorfplatz im Stadtteil Schöneberg startete um 11.00 Uhr

das 30. lesbisch-schwule Stadtfest, wie eine Sprecherin mitteilte. Das Motto lautet: „Gleiche Rechte für Ungleiche! Weltweit!“ Auf dem Fest gewährte ein großes Spektrum queerer Projekte, Vereine und

Organisationen Einblick in die Arbeit. Behörden und Unternehmen präsentierten sich als weltoffene Arbeitgeber. Und natürlich wurde gefeiert und Party gemacht, allein sechs Bühnen bieten Unterhaltung

von früh bis spät. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU), der nun seine Eröffnungsrede nicht auf dem CSD halten wird, war ebenfalls auf dem Stadtfest dabei. (taz) Foto: Stefan Zeitz/imago

Schwarz-Rot beerdigt das Atelierprojekt

Die geplanten Ateliers an der Osdorfer Straße in Lichterfelde werden nun doch nicht gebaut. Die Abgeordneten von CDU und SPD haben hier ganze Arbeit geleistet

Von Rainer Rutz

Das war's mit dem Atelierhaus am S-Bahnhof Osdorfer Straße in Lichterfelde. Die Genossenschaft „Eine für Alle“ hat den Bauantrag für die von ihr geplante Errichtung eines Dreigeschossers mit 25 Ateliers zurückgenommen. „So müssen wir nur die Hälfte der 15.000 Euro Gebühren zahlen und haben zum Schluss wenigstens noch was gespart“, sagt Genossenschaftsgründer Frieder Rock im Anschluss zur taz.

Das alles sei, so Rock, „traurig, aber wahr“. Denn wenn jetzt auch 7.500 Euro gerettet werden konnten: Insgesamt hat „Eine für Alle“ in den vergangenen vier Jahren nach Rocks Angaben eine halbe Million Euro Eigenkapital in die Planungen für die Brache Osdorfer Straße 17/18 gesteckt. Oder, wie er jetzt weiß: versenkt. Viel Geld und vier Jahre Arbeit für nichts und wieder nichts.

Dabei schien lange Zeit alles schon in Sack und Tüten, unterschriebene Verträge inklusive. Bis CDU und SPD im Abgeordnetenhaus gemeinsam auf den Plan traten – und dafür sorgten, dass das Genossenschaftsprojekt auf dem landeseigenen Grundstück im Bezirk Steglitz-Zehlendorf erst wackelte und nun doch beerdigt wurde.

Doch der Reihe nach. 2020 wurde das 2.000 Quadratmeter große Grundstück an der Osdorfer Straße vom Vorgängersensat aus SPD, Grünen und Linken im Rahmen eines an Akteur:innen mit gemeinwohlorientierten Vorhaben gerichteten Konzeptverfahrens zur Bebauung ausgeschrieben. Die zur Gewerbesicherung gegründete Genos-

senschaft „Eine für Alle“ bekam den Zuschlag für ihr Atelierprojekt. In Berlin fehlen immerhin über 2.500 Arbeitsräume für Künstler:innen.

So sollte „Eine für Alle“ also bauen und dafür für 60 Jahre das Erbbaurecht für das Grundstück erhalten. Anfang 2023 wurde schließlich ein Erbbaurecht mit dem für das Gelände zuständigen landeseigenen Dienstleister Berliner Immobilienmanagement (BIM) geschlossen.

Verträge dieser Art stehen unter dem sogenannten Genehmigungsvorbehalt durch das Abgeordnetenhaus. Ein kleiner, aber

Sehr viel Geld und vier Jahre Arbeit für nichts und wieder nichts

in der Regel unbedeutender Haken. Doch genau davon machten CDU und SPD im Herbst vergangenen Jahres überraschend Gebrauch. Die beiden Fraktionen beschlossen, den Vertrag zwischen BIM und „Eine für Alle“ im Hauptausschuss des Landtags mit ihrer Stimmenmehrheit ohne Aussprache abzulehnen.

Später hieß es zur Begründung seitens Schwarz-Rot, man könne doch auf dem Areal dringend benötigten Wohnraum errichten. Parallel dazu war von der Unterbringung von Geflüchteten die Rede. Einen in der Koalition abgestimmten Alternativplan gab es erkennbar nicht. Einig war man sich lediglich in der Abneigung gegen die von Rot-Rot-Grün auf den Weg ge-

brachte Atelieridee. Selbst die Senatsfinanzverwaltung bestätigte in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen-Abgeordneten Katrin Schmidberger, dass es sich hierbei um einen ungewöhnlichen Vorgang handelt. Aus den vergangenen 30 Jahren seien „keine vergleichbaren Fälle bekannt“, bei denen ein Konzeptverfahren über den parlamentarischen Genehmigungsvorbehalt abgebrochen wurde, heißt es in der noch unveröffentlichten Antwort, die auch der taz vorliegt.

Mehr noch: Sowohl die an der Planung beteiligten Senatsverwaltungen als auch die BIM – die in das Verfahren nicht eben wenig Ressourcen gesteckt hatten – wurden erst im Nachgang informiert. Kommentieren will man den unabgesprochenen Alleingang der eigenen Abgeordneten trotzdem nicht: „Es gebührt dem Senat nicht, Einzelfallentscheidungen des Abgeordnetenhauses zu einem Vermögensgeschäft zu beurteilen.“

Gleich mit abgeräumt werden in der Antwort aus dem Haus von Finanzsenator Stefan Evers (CDU) aber auch die aus der Koalition zur Begründung der Ablehnung der Atelierpläne präsentierten möglichen Alternativen für die Osdorfer Straße 17/18. So wird hier festgestellt: „Die landeseigenen Wohnungsunternehmen haben bisher kein Interesse an der Übernahme des Grundstücks bekundet.“

Eine erste Prüfung der Eignung des Grundstücks zu Zwecken der Unterbringung von Geflüchteten wurde seitens des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten ebenfalls negativ beschieden. „Eine für alle“ hatte in der Zwischenzeit

den Versuch unternommen, noch einmal nachzuverhandeln. Auch das hat nichts gebracht. Nur folgerichtig hat die Genossenschaft jetzt endgültig das Handtuch geworfen. Für das Gelände an der Osdorfer Straße bedeutet das: Die Brache bleibt weiter Brache. „Komplett idiotisch“, findet Frieder Rock von „Eine für Alle“.

Dass nun gar nichts auf dem Grundstück geschieht, mache das von den Haushaltspolitik:innen von CDU und SPD im Parlament durchgedrückte Aus für das Atelierprojekt vollends absurd, kritisiert auch Katrin Schmidberger.

Überhaupt, so die Sprecherin für Mieten und Wohnen der Grünen-Fraktion zur taz: „Dass Schwarz-Rot den Bau eines Atelierhauses an der Osdorfer Straße 17/18 aktiv verhindert hat, ist und bleibt widersinnig, reine Willkür und eine klare Abkehr von den Prinzipien der transparenten Liegenschaftspolitik“ – also der Vergabe landeseigener Grundstücke nach der Maßgabe des Nutzens für die Stadt.

Letztlich, sagt Schmidberger, es sei die Entscheidung „nicht nur eine Absage an etablierte und demokratische Verfahren. Vor allem schwächt es das Vertrauen in die Politik.“ Denn: „Wer wird sich denn zukünftig noch auf Konzeptverfahren bewerben?“

Die Frage scheint jedenfalls nicht ganz unberechtigt. So erklärte der Haushaltspolitiker der Sozialdemokraten, Sven Heinemann, jüngst bei einer Dringlichkeitssitzung des Runden Tisches: „Natürlich steht die SPD für Verbindlichkeit, aber keiner kann Ihnen diese Verbindlichkeit garantieren.“

Frisch durch die Sommerhitze

taz-Sommerserie „Im Schatten“, Teil 1: Mit der interaktiven Erfrischungskarte können Berliner*innen gezielt schattige Plätze, kühle Trinkbrunnen und erfrischende Ruheorte entdecken, um dem heißen Wetter in der Stadt zu entkommen

Von **Uta Schleiermacher**

Es ist 12 Uhr mittags, und die Sonne knallt. Für diesen Text wollen wir eine fiktive Berlinerin begleiten. Sie ist gerade – wegen eines am Morgen hektisch gebuchten Termins beim Bürgeramt – am Tempelhofer Damm: In einem Teil der Stadt, in dem sie sich nicht gut auskennt. Sie hätte nun nach erledigter Beantragung noch Zeit für eine kurze Mittagspause. Und ein Blick auf die Berliner Erfrischungskarte verrät ihr: Ganz in der Nähe gibt es einen Park mit Sitzbänken.

Ein kleiner Schlenker auf dem Weg zu den Bänken, dann käme sie noch an einem Trinkbrunnen vorbei. Im Bürgeramt selbst kann sie noch kurz auf die öffentlich zugängliche Toilette, auch die ist in der Karte verzeichnet. Die Karte zeigt außerdem, dass der Weg zu dem Trinkbrunnen und den Bänken teils schattig sein wird und dass einige der Sitzbänke im Schatten stehen. Und sie zeigt, dass die Umgebungsluft in dem kleinen Park wahrscheinlich kühler ist als direkt an der Straße. Auch, dass dort möglicherweise eine leichte Brise weht, ist ersichtlich.

Die Berliner Erfrischungskarte ist online abrufbar und interaktiv. Sie soll ihre Nutzer*innen durch heiße Tage leiten und ihnen den Weg weisen zu „kühlen, windigen oder schattigen Flächen“ in der Stadt. Es geht laut Beschreibung um Orte, die „besonders zum Erfrischen und Verweilen im Sommer geeignet“ sind. Das können etwa Plätze sein, die in Parks und Grünanlagen liegen, Orte, an denen im Vergleich zur Umgebung mehr Wind weht, oder Stellen in der Nähe von Flüssen, Kanälen oder Seen, in denen die Luft feuchter und kälter ist als in den Straßen mit ihrem aufgeheizten Asphalt und Beton. Über eine Art Uhr in der rechten oberen Ecke der Karte lässt sich die Tageszeit einstellen, die Karte zeigt dann, wo und wie weit zu der Uhrzeit der Schat-

ten fällt. Auch die Infrastruktur spielt eine Rolle: Die Karte weist Sitzbänke, Brunnen und Toiletten aus und neuerdings auch kühle Innenräume, etwa Kirchen oder Ämter mit dicken Wänden.

„Für die Karte haben wir Daten kombiniert, die die Berliner Verwaltung sowieso erhebt“, erklärt Entwicklerin Lisa Stubert. „Über die interaktive Anwendung bereiten wir diese Daten auf und machen sie den Berliner*innen zugänglich.“ Stubert ist Geoinformatikerin und Projektleiterin bei Berlins Open Data Informationsstelle (Odis). Odis wiederum der Technologie-Stiftung Berlin. Die Karte haben sie in Kooperation mit City Lab Berlin erstellt, einem „Innovationslabor“ der Berli-

Es geht vor allem um Orte, die besonders zum Erfrischen im Sommer geeignet sind

ner Verwaltung, das sich insbesondere mit Digitalisierung beschäftigt. Gefördert werden sei von der Senatskanzlei. Stubert erklärt, wie es zu der Karte gekommen ist. „Wir fragen: Welche Daten erhebt das Land? Und wie können wir die Daten nutzen, teilen und nach draußen geben?“, sagt sie. „Uns geht es darum, dass die Stadtgesellschaft davon profitiert. So können die Daten einen Mehrwert bekommen über ihren eigenen Zweck hinaus.“ Die Daten für die Erfrischungskarte etwa kommen teilweise aus einem Klimamodell von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. Den Schattenfall etwa hat Odis über ein Geländemodell berechnet.

Selbstverständlich ist das alles nicht. Stubert macht auch die Erfahrung, dass die Daten teils wie „in Silos“ liegen, wie sie sagt. „Ein Austausch ist oft schwie-

rig. Und noch immer ist es so, dass eine Abteilung Daten erhebt, von denen andere Verwaltungen gar nichts wissen“, erzählt sie. Ein positives Beispiel etwa sei dagegen die Berliner Feuerwehr. Seit Kurzem veröffentlicht sie alle ihre Daten zu Einsätzen, zu Fahrzeiten, den Leistungen bei Bränden, Unfällen medizinischen Notfällen und Katastrophenschutz. „Das ist sehr gut – diese Daten sind nun transparent, und sie sind auch für Stadtplaner etwa sehr relevant, weil sie etwas darüber aussagen, wie sich die Stadt über die Zeit entwickelt“, sagt Stubert. Sie findet: Wenn die Verwaltungen Daten etwa zur Infrastruktur und Stadtplanung mehr teilen würden, wäre das etwa für Politik, Forschung und Gesellschaft „sehr spannend“.

Unsere fiktive Person könnte die Karte auch nutzen, wenn sie an einem Hochsommerwochenende Besuch von Freunden aus Westdeutschland hat. Nach einem Spaziergang unter den Linden wollen sie sich kurz ausruhen, bevor es weitergeht Richtung Museumsinsel. Auch hier verrät die Karte, wo es in einer Nebenstraße schattige Sitzgelegenheiten oder kühlende Räume gibt. Falls Kinder dabei sind und diese quengeln, könnte die Karte den Weg zum nächstgelegenen Wasserspielplatz weisen. Unsere Person könnte auch, falls sie einen Umzug plant, dank der Karte herausfinden, wann die Küche oder der Balkon in der neuen Wohnung Sonne abkriegen. „Nutzer*innen haben uns zurückgemeldet, dass sie die Karte auch dafür herangezogen haben“, sagt Stubert.

Nicht nur die Zivilgesellschaft, auch die Verwaltung könne von solchen Anwendungen profitieren, sagt Stubert. So will der Bezirk Mitte etwa anhand der Erfrischungskarte überprüfen, wann wo Schatten fällt, um zu überlegen, wo sie neue Parkbänke aufstellt. „Es ist anhand der Daten auch möglich zu berechnen, wie sich eine Randbebauung des Tempelhofer Felds auswir-

ken könnte“, sagt Stubert. Auch für die Forschung sei die Karte relevant. „Darüber ist ersichtlich, wo sich Hitzeinseln stauen und wo Frischluftschneisen verlaufen“, sagt sie. „Das hilft auch der Wissenschaft bei der Frage, was es für die klimaresiliente Stadt oder den Umbau dahin braucht.“

Wenn Stubert und ihre Mitarbeiter*innen neue Daten erheben wollen, fangen sie meistens damit an, dass sie bei Fachämtern anfragen. „Welche Daten über die Stadt besitzt ihr, und kann man Daten als Open Data herausgeben?“ Einige seien bei solchen Anfragen noch zurückhaltend. „Unsere Anliegen bedeuten ja, dass Leute sich mit Abläufen auseinandersetzen müssen“, sagt Stubert. Auch wenn das langfristige Ziel ist, Prozesse zu vereinfachen und die aufbereiteten Daten später viele Vorteile bringen, erfordert es erstmal einen zusätzlichen Einsatz.

Andere Odis-Projekte sind etwa die Kiezcolours: eine Karte zur Flächengerechtigkeit. Sie zeigt an, wie viel Platz in einer Gegend ist für Straßenverkehr, Wohnen, Wirtschaft, Natur, Freizeit oder Wasser. Auch die Berliner Badstellenkarte kommt von Odis. Noch recht neu und auf Initiative der Bezirksbibliothek in Pankow entstanden ist

eine Anwendung zu Büchern, die Berliner*innen ausleihen. Diese soll wahrscheinlich auf ganz Berlin ausgeweitet werden. Auch daraus könnten sich wertvolle Rückschlüsse über Bedürfnisse der Menschen in bestimmten Gegenden ergeben, sagt Stubert.

Besonders deutlich zeigt sich die Notwendigkeit, Daten zu teilen, bei der Barrierefreiheit. Für die von den Sozialhelden erstellte Wheelmap sind Nutzer*innen weltweit aufgerufen, einzutragen, welche Orte mit Rollstuhl zugänglich sind. In der Karte sind die Stellen anhand eines Ampelsystems markiert. Der Unterschied zu Anwendungen wie der Erfrischungskarte: Entwickler*innen und Nutzer*innen haben die Da-

ten selbst eingefügt. „Die Verwaltung sollte ja wissen, welche öffentlichen Gebäude barrierefrei zugänglich sind“, sagt Stubert, und fordert: „Es wäre gut, wenn sie die Daten in den richtigen Formaten auch zur Verfügung stellt, damit Projekte wie die Wheelmap diese leicht nutzen können.“

Es wird Abend. Unsere fiktive Berlinerin ist für 20 Uhr mit einer Freundin verabredet. Als Treffpunkt hat die Freundin das Südkreuz vorgeschlagen, von dort könnten sie in den Park am Priesterweg gehen, den Natur Park Südgelände. „Vielleicht kriegen wir da noch ein bisschen Abendsonne ab“, schreibt die Freundin.

Es ist die Zeit, zu der die Sonne nicht mehr knallt, sondern angenehm samtig wird. Doch unsere fiktive Berlinerin weiß es nach einem Blick auf die Erfrischungskarte besser. Um 20 Uhr nämlich liegen die meisten Teile der Stadt bereits im Schatten. Jetzt zieht es die Berliner*innen zu den Stellen, die am wenigsten von Häusern oder Bäumen umgeben sind. „Für Abendsonne müssten wir zum Mauerpark, zum Weinbergspark oder zum Tempelhofer Feld“, antwortet sie. „Dann lass uns Feld machen“, schreibt die Freundin. Dort fände sich sicher noch eine freie Stelle, die die Abendsonne nun in goldenes Licht taucht.

Sommerserie: Im Schatten

Wo Sonne auf Beton trifft, da wird es schnell unangenehm heiß. Und das Leben in der Großstadt kann im Sommer ganz schön unwirtlich sein. Abhilfe verspricht der Schatten – doch auch dort ist es nicht nur gemütlich. In dieser Sommerserie widmen wir uns dem Schatten als Überlebensraum sowohl für hitzegeplagte Stadtbewohner*innen als auch als Ort für Menschen, die die Gesellschaft gern an den Rand drängt. Oder leicht übersieht.



Die interaktive Erfrischungskarte zeigt Nutzer*innen kühle und schattige Orte als Schutz vor der Hitze in der Stadt
Foto: Achille Abboud/imago

berliner szenen

Mensch
oder
Maschine

Ich komme von einem schönen Treffen mit schreibenden Kolleg*innen, laufe die Invalidenstraße herunter und höre mir eine Sprachnachricht einer Freundin an. Sie wohnt in Köln, und mittlerweile schicken wir uns schön regelmäßig gesprochene Nachrichten darüber, was uns so passiert. Ich mag diese kleinen Berichte, die mich nahezu tagebuchartig ein Stückchen in das Leben der anderen mitnehmen, und höre sie mir wie Hörspiele oder einen Podcast oft unterwegs oder morgens an.

Autos hupen, ein Mann brüllt herum, und der Himmel bezieht sich mit bedrohlich dunkel aufgetürmten Wolken. Ein Gewitter zieht auf. Erste schwere Regentropfen fallen auf den Asphalt, ich hole meinen Regenschirm hervor, öffne ihn und laufe weiter schnellen Schrittes in Richtung S-Bahnhof Nordbahnhof.

Unter dem Schirm spreche ich der Freundin jetzt selbst eine Antwort in eine Nachricht, als ich vor mir einen älteren Mann mit einem Handwagen bemerke, der sich ungehalten umdreht. Ich laufe weiter, überhole ihn und merke dabei, wie er stehen bleibt, den Kopf schüttelt und mit der Hand eine unwirsche Bewegung in meine Richtung macht.

„Was ist denn?“, rufe ich ihm erstaunt zu.

„Ja, das nervt, dieses ganze Gequassel“, sagt er. Sein Gesicht ist rot und wütend. Er sieht etwas hilflos aus in seiner Wut mit seinem Handkarren. Ich sehe ihn an und sage: „Aber unterhalten wird man sich ja wohl schon noch dürfen im öffentlichen Raum, oder nicht?“

„Aber doch nicht mit der Maschine!“, ruft er erbost.

Hm, denke ich, gehe weiter und bemerke, dass die Sprachnachricht die ganze Zeit weiterlief. Also sage ich zu meiner Freundin: „Tja, was soll man da sagen, denn du bist doch ein Mensch und keine Maschine! Aber jetzt warst du mal live dabei während der Gewitterstimmung in Berlin.“ Isobel Markus

verweis

Getränke und
Erkenntnisse

„Drei ostdeutsche Frauen betrinken sich und gründen den idealen Staat“ – als „irgendwie entwaffnend“ wertete die taz-Rezension diesen Titel des Buchs von Annett Gröschner, Peggy Mädler und Wenke Seemann. Das Buch ist aber auch wirklich gut, schönes, freies Sprechen über Erfahrungen-Ost, die in Vergessenheit zu geraten drohen und im aktuellen Ost-Diskurs zwischen den Stühlen wiederfinden. Oral History, manchmal selbstironisch, zwischendrin immer wieder klug. Heute lesen die drei Autorinnen um 20 Uhr im Pfefferberg. Mit Erkenntnissen und Lachern ist zu rechnen. Bestimmt wird dabei auch die eine oder andere Flasche geöffnet.

Als Kartoffelschnaps verboten war

Die Ausstellung „Turbo Global“ im ehemaligen Gutshof Schloss Britz erzählt irische Geschichten über Kapitalismus und Widerstand und knüpft dabei auch Fäden nach Deutschland sowie zu Elfen, die Autobahnen umleiten

Von Tom Mustroph

Verschiedene Gründe gibt es, warum sich Irland für eine Kapitalismus-Analyse anbietet. Dass landwirtschaftliche Experimente dort einst zur großen Hungersnot führten etwa oder dass die Insel heute wegen Steuererleichterungen für Unternehmen als liberalkapitalistisches Paradies gilt. Angenommen hat sich diesem Thema jetzt eine Ausstellung im Schloss Britz. „Turbo Global“ spannt den Bogen bis ins 19. Jahrhundert zurück, als die Kartoffelfäule zu Missernten in Irland wie auch im damaligen Preußen führte. Etwa eine Million Menschen starben in deren Folge in Irland, viele der Überlebenden wanderten aus.

In Preußen gab es hingegen nur einige Zehntausend Tote aufgrund der Missernten, fanden die Kuratoren der Ausstellung Martin Steffens und Ulrich Vogl bei ihren Recherchen heraus. „Der Unterschied war: In Irland hatten die englischen Kolonisatoren die landwirtschaftliche Produktion weitgehend auf Kartoffeln umgestellt“, erklärt Steffens. Einerseits habe das dazu geführt, dass die irische Bevölkerung eine Zeitlang besser ernährt war. Die Menschen wurden größer und schwerer und lebten länger. „Aber es handelte sich um eine Monokultur. Und als die Kartoffeln von einem Pilz befallen wurden, verfaulten die Knollen massenhaft. In Preußen ernährten sich die Menschen damals vor allem von Getreide. Die Versorgung war diversifizierter“.

Dennoch starben Menschen aufgrund der Mangelversorgung. Und weil auch die Lebensmittelpreise rasant stiegen, gab es 1847 in Berlin eine mehrtägige Revolte, die als „Kartoffelrevolution“ in die Geschichte einging. Der Gutshof Britz war damals ebenfalls von der Krise betroffen: Die Produktion von Kartoffelschnaps wurde verboten, weil der preußische Staat die Kartoffeln als Nahrungsmittel – und nicht mehr als Betäubungsmittel – brauchte. All das schwingt mit, wenn der Künstler Nevan Lahart in der Ausstellung

Kartoffelknollen zum Schriftzug „Pop“ arrangiert.

Mehr mit den Problemen der Jetztzeit beschäftigt sich Michele Horrigan. Sie wuchs nur unweit der riesigen Aluminiumfabrik Rusal Aughinish auf. Die Fabrik entstand in den 1980er Jahren und war Teil eines Industrialisierungsplans für die Insel. Inzwischen gehört sie zum rus-

sischen Rusal-Konzern. Der Rohstoff, das Bauxit, kommt allerdings weiter aus Afrika. Mithilfe der Energie, die ein Wasserkraftwerk an Irlands größtem Fluss, dem Shannon, produziert, wird das Bauxit hier zu Aluminium veredelt. Aluminium ist ein wichtiges Material für den Flugzeugbau. Die hierzulande wohl bekannteste Firma mit Sitz in Ir-

land – die Fluggesellschaft Ryanair – dürfte davon profitieren. Der Preis für die Ansiedlung der Aluminiumfabrik ist allerdings hoch. Unmittelbar neben der Fabrik wächst eine Abraumhalde aus giftigen Materialien in die Höhe. Der Wind bläst immer wieder einzelne Partikel durch die Luft. Andere sinken ab ins Grundwasser. Horrigan, die nur

wenige Kilometer von der Fabrik entfernt lebt, hat ihre Blutwerte veröffentlicht, aus denen sich eine vergleichsweise hohe Belastung durch Metalle ablesen lässt. In der Ausstellung präsentiert Horrigan zudem einen Grundriss und ein Modell des Fabrikgeländes, inklusive der fürchterlichen Halde, die wie ein großes rotes Auge herausblickt.

Wie man sich mit Rückgriff auf mythische Geschichten gegen den Turbokapitalismus wehren kann, zeigt hingegen Sean Lynch. Er porträtiert in einem Video den Anthropologen Eddie Lenihan. Diesem gelang es, einen Weißdornbusch vor dem Roden für ein Autobahnprojekt zu bewahren, indem er erklärte, dass in dem Busch Elfen wohnten. Hätten diese kein Zuhause mehr, würden sie den Autoverkehr behindern, für Unfälle, Staus und weitere Unannehmlichkeiten sorgen. Die Planungsbehörden gaben nach. Die Autobahn machte einen Bogen. Und Lynch integrierte in seine Installation Altreifen, Getränkedosen und anderen Müll, der an jener Stelle am Rande der Autobahn herumlag – und möglicherweise ein Ärgernis für die Elfen war.

Insgesamt sechs Künstler*innen werden präsentiert. Die bekannteste unter ihnen ist die in Dublin geborene, in Berlin lebende Künstlerin Mariechen Danz. Sie stellt einen ihrer menschlichen Torsi aus, einen mit den Dimensionen eines Sumoringers. Darauf appliziert sie Abbildungen von Organen und Knochen sowie Frottagen von Münzen. Körper, Körperteile und Geld gehen eine gespenstische Fusion ein. Das Objekt ist zwischen zwei Plexiglasscheiben gepresst – ganz so wie medizinische Präparate.

„Turbo Global“ blickt aus ungewöhnlicher Perspektive auf den gewöhnlichen Kapitalismus. Und auch die Verknüpfung mit dem Ausstellungsort und dessen besonderer landwirtschaftlichen Geschichte ist gegliedert.

„Turbo Global“: Schloss Britz, bis 6. Oktober



Mariechen Danz, „Common Carrier Case“, 2021, in der Ausstellung „Turbo Global“ Foto: Eric Tschernow

Gut angezogene Punks schließen eine Lücke

Auf ihrem neuen Album „Notausgang“ zeigt die Berliner Band Die Verlierer, wie gegenwärtiger Deutschpunk klingen kann

Von Jens Uthoff

Deutschland, wie geht es dir heute? Diese Frage beantwortet aktuell vielleicht niemand besser als fünf Musiker aus Berlin, deren Band sich Die Verlierer nennt. „Notausgang“ heißt das zweite Album der Postpunk-Gruppe, Mitte Juni ist es bei dem kleinen Berliner DIY-Label Mangel Records erschienen. Der Titeltrack setzt dabei den Ton für das Album, zu minimalistischen, fehlfarbenen Beats und Gitarren singt Hannes Berwing, einer der Sänger von Die Verlierer, im Refrain: „Und dieser Hass/ der uns umstellt/ Ihr macht uns krank/ Seid es selbst schon lang/ Dieses Land/ sucht den Notausgang“. Im sehenswerten Video streuern die fünf gut angezogenen Punks vereinzelt und zum Teil zombiemäßig durch die Landschaft, am Ende stehen sie vor

einem edlen klassizistischen Bau mit einer goldenen Inschrift auf dem Architrav: „Der Besserung“ steht dort geschrieben. Es handelt sich um ein altes Firstau-Wörlitzer Gartenreich steht.

Die Verlierer haben vor zwei Jahren ihr Debütalbum vorgelegt. Zunächst ist die Band als Projekt der befreundeten Bands Chuckamuck (Lorenz Szukal, Oskala Wald, Julius Haß) und Maske (Hannes Berwing und Jonas Häussermann) entstanden, schon damals wurde deutlich, dass diese Fusion furios ist. Die Verlierer bedienen sich der einfachen Mittel des Punk und Postpunk, in ihrem Sound klingen das Sehnsüchtige der Tonsteine Scherben, der aggressive Furor von Slime und das betrachtende Lyrische der Fehlfarben an. Dabei könnte man von den Produktionsmitteln her denken, diese Songs seien tatsächlich Anfang

der Achtziger aufgenommen worden – genau das aber lässt dieses Album so gut und gegenwärtig klingen. Denn es braucht das Scheppern der Snare, die direkte, null optimierte Gesangslinie, den holpernden Bass und die dreckig-verzerrte Gitarre, um die multiplen Krisen der Gegenwart ästhetisch zu verhandeln.

Einige Songs sind dabei dezidiert politisch, da wäre etwa das runtergerotzte Stück „Fickt diese Stadt“, das mit acht Zeilen Text auskommt („Fickt diese Stadt/ vertreibt die Menschen, die in ihr wohnen/ und verkauft ihre Kultur/ ignoriert die Sprache, die sie sprechen/ verkauft die Häuser, in denen sie wohnen/ und gebt mir ein großes Stück von ihr“). Ähnlich wie bei dem Titelstück wirkt es okay, so plakatig, unkodiert und eindeutig zu texten, und kommt nicht peinlich daher.

Während diese Songs klassisch-deutschpunkig funktionieren, gibt es andere Stücke, in denen persönliche Probleme lyrischer beschrieben werden. Das tastende Liebeslied „Stachelndraht“ ist ein gutes Beispiel dafür, darin findet sich wohl jeder wieder, der einmal den leichten Schwebezustand des Verliebten und den apathischen Schmerz des Entliebten erlebt hat. „Ich möchte nur in Sicherheit sein/ Ich möchte nur deine Sicherheit sein/ Ich versteh nicht/ was hier passiert/ ich seh dich/ Alles pausiert“.

Auf andere Art ist es beeindruckend, wie gleich im ersten Track („Das Gift“) Suchtprobleme mit wenigen Worten benannt werden: „Das Gift/ Die Sünde/ dass ich mich endlich fühl/ (...) Bist du ein Teil von mir/ Oder mein Problem/ Es ist so schön“, heißt es darin. Musikalisch geht es in dem Stück

punk-konventionell zu, inhaltlich grenzen sich Die Verlierer darin angenehm vom Saufseligen so mancher Deutschpunkband der Vergangenheit ab.

Mit „Notausgang“ gelingt der Band ein Album, das das Debüt noch toppet. Viele musikalische Sozialisationen verbinden sich hier zu einem stimmigen Ganzen. Der Hamburger Punk der Achtziger und Neunziger (Razzia, Dackelblut), auch US-Bands wie The Spits oder The Reatars fallen einem zusätzlich als Referenz ein. Die Verlierer zählen derzeit sowieso zum Besten, was der deutschsprachige Punk aktuell zu bieten hat – wäre schön, wenn sie dauerhaft die Lücke füllen, die einige der in diesem Text genannten Bands hinterlassen haben!

Die Verlierer: „Notausgang“ (Mangel Records/ Sounds of Subterranea)

Abo 030 - 259 02 - 590 | Anzeigen 030 - 259 02 - 314 anzeigen@taz.de | Redaktion 040 - 38 90 17 - 0 redaktion@taz-nord.de



Eine von wenigen: Im niedersächsischen Gifhorn eröffnete 2018 der christlich-muslimische Kindergarten „Abrahams Kinder“
Foto: Hauke-Christian Dittrich/dpa

Erste muslimische Kita im Norden

In Neumünsters Stadtrat stimmen nur die AfD und eine NPD-Nachfolgepartei gegen die Unterstützung einer von einem Moscheevereine gegründeten Kindertagesstätte. So friedlich geht das nicht in allen Bundesländern vonstatten

Von Eiken Bruhn

Als sein Moscheevereine in Neumünster vor anderthalb Jahren mit der Planung für eine Kindertagesstätte begann, wusste er nicht, dass sie damit die ersten in Schleswig-Holstein sein würden, erzählt Murat Kayabasi am Telefon. Er gehört zum Vorstand des Vereins Bildungs- und Kulturzentrum in Neumünster, zu dem die Merkezefendi-Moschee gehört. Auch in den anderen Bundesländern gibt es nur wenige muslimische Kitas oder gar keine. Eine offizielle Statistik existiert nicht.

Eine Internetrecherche ergibt, dass sich die meisten muslimischen Kitas in Berlin befinden. In Niedersachsen gibt es seit 2018 eine interreligiöse Kita, in Bremen gar keine, in Hamburg gibt es zwar muslimisch geprägte, aber offenbar keine

von einem Moscheevereine getragene Kita.

Es wundere ihn, dass es im Jahr 2024 – mehr als zehn Jahre nach Abschluss der ersten Staatsverträge mit muslimischen Verbänden – so wenige seien, sagt Murat Kayabasi. Er beantwortet die Frage nach dem Warum daher auch mit der Gegenfrage: „Warum erst jetzt?“

In anderen Städten gibt es heftigen, zum Teil vor Gericht ausgefochtenen Streit über muslimische Kitas – etwa in Dortmund und Kassel, wo den Betreibern eine verfassungsfeindliche Haltung unterstellt wird. In Neumünster hingegen stimmten vergangene Woche in der Ratversammlung nur die sechs Vertreter:innen von AfD und einer NPD-Nachfolgepartei gegen den Antrag des Oberbürgermeisters Tobias Bergmann (SPD), das Vorhaben zu unterstützen.

Das liegt auch daran, dass der Moscheevereine, der die Kita betreiben wird, zum Verband islamischer Kulturzentren (VIKZ)

„Die Erzieher:innen müssen keine Muslime sein, sie sollen liebevoll mit den Kindern umgehen und professionell arbeiten“

Murat Kayabasi
Vorstand Merkezefendi-Moschee

gehört. Dieser gilt zwar als konservativ, ist aber anders als zum Beispiel Diti unabhängig von einem Staat und bildet nach eigener Darstellung seit

den 80er-Jahren seine Imame in Deutschland aus. Zudem ist die Merkezefendi-Moschee gut in der Stadt vernetzt, hat ihren Sitz schon seit 50 Jahren am selben Standort in der Christianstraße, in einem Stadtteil, in dem viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte leben. Murat Kayabasi erzählt, dass er dort die Moscheearbeit vor 20 Jahren mit aufgebaut habe, nachdem das Gebäude im Jahr 2001 abgebrannt ist, vermutlich aufgrund von Brandstiftung, die Täter seien nie gefasst worden.

Dennoch suchte der Vereinsvorstand zunächst das Gespräch mit allen Fraktionen, um etwaigen Sorgen und Bedenken gegenüber einer muslimischen Kita begegnen zu können. Diese Gespräche seien sehr gut und unkompliziert verlaufen, sagt Kayabasi. Der Zeitpunkt war zudem günstig, weil bekannt

geworden war, dass in der Stadt 500 Betreuungsplätze fehlten.

Beim Konzept für die Kita Sonnenblume hätten sie sich von Pädagog:innen beraten lassen, sagt Murat Kayabasi. Dieses betont die „Vermittlung eines positiven Selbstwerts und Zugehörigkeitsgefühls“, gleichzeitig geht es um „Anerkennung des Anderen sowie Offenheit, Achtung, Empathie, Toleranz, Multiperspektivität und Integrität“.

Der Alltag unterscheidet sich auf dem Papier nicht von dem in anderen Kindertagesstätten. Ausnahme: Auf Wunsch der Eltern können die Kinder etwas über islamische Kultur und Ethik lernen. Andere Religionen bekämen aber genauso ihren Platz, sagt Murat Kayabasi. Ausdrücklich richtet sich das Angebot an Eltern aller Konfessionen sowie Konfessionslose. Anders als bei der katho-

lischen und evangelischen Kirche sei der Glaube keine Einstellungsvoraussetzung für die Fachkräfte. „Sie sollen liebevoll mit den Kindern umgehen und professionell arbeiten.“ Es spreche nichts gegen männliche Erzieher und auch nichts gegen sexuelle Bildung, sagt Kayabasi, Letzteres nach Rücksprache mit einem Pädagogen. „Ein gesundes Verhältnis zum eigenen Körper ist wichtig, das wird altersgerecht vermittelt.“ Damit wäre die Kita Sonnenblume weiter als viele andere Kindertagesstätten, die sich mit dem Thema schwertun.

Eröffnen soll die Kindertagesstätte für 60 Kinder zwischen ein und sechs Jahren nach einjähriger Bauzeit im kommenden Jahr – sobald der Bauantrag gestellt und bewilligt wurde. Über die Betriebserlaubnis entscheidet das Landesjugendamt.

Kommentar von Nadine Conti über Glauben in der Kita

Religion hat in Bildungseinrichtungen nichts zu suchen

Wer weiß, wie vielen Vorurteilen muslimische Eltern ausgesetzt sind, der ahnt, warum das Angebot einer muslimischen Kita, wie sie im schleswig-holsteinischen Neumünster geplant ist, anziehend ist.

Endlich ein Ort, wo nicht mal wieder „vergessen“ wird, dass in dieser Süßigkeit oder jenem Gericht Gelatine ist, die aus Schweinefleisch gewonnen wird. Ein Ort, an dem Mütter nicht gleich als Dummerchen behandelt werden, nur weil sie ein Kopftuch tragen. Wo niemand gleich „kleiner Pascha“ denkt, wenn der Junge sich daneben benimmt und an dem sich niemand rechtfertigen muss, sollten die Kinder im Ramadan halt ein bisschen müde und quengelig sein, weil sie bis zum Fastenbrechen nach Sonnenuntergang wach geblieben sind.

Und trotzdem bleibt ein schaler Beigeschmack. Ist noch mehr Religion in Kitas wirklich gut? Sollte man sie im Sinne einer offenen, pluralistischen Gesellschaft nicht eigentlich aus allen Bildungseinrichtungen zurückdrängen und die Trennung von Staat und Kirche endlich einmal vollziehen?

Bei allem Respekt für gläubige Menschen und allem Verständnis dafür, dass sie ihren Glauben weitergeben möchten: Bitte machen Sie das gern zu Hause. Im Elternhaus, in den Gemeinden. Nicht in einer Bildungseinrichtung, die vom Staat finanziert wird. Die sollte Rücksicht nehmen auf religiöse Gefühle und Gepflogenheiten, aber weltanschaulich neutral bleiben. Und ja, das gilt erst recht für evangelische und katholische und sonstige Kitas.

Wer soll denn da sonst noch um die Ecke kommen? Die Zeugen Jehovas, weil es viel leichter ist, den Kindern Harry Potter und Geburtstagsfeiern zu verbieten, wenn alle das machen? Irgendwelche Freikirchen, die den Kindern verbieten, mit Dinosaurierfiguren zu spielen, weil das gegen die biblische Schöpfungslehre verstößt und ihnen erzählen,

Das Argument, „du musst dein Kind da ja nicht hinschicken“ ist schwierig, weil die Auswahl an den meisten Orten ja nicht groß ist

das Schwule in die Hölle kommen? Wer soll denn entscheiden, welche und wie viel Religion gerade noch okay ist und welche nicht? Die zulassenden Jugendämter?

Das Argument, „du musst dein Kind da ja nicht hinschicken“ ist an dieser Stelle schon deshalb schwierig, weil die Auswahl an den meisten Orten ja nicht so groß ist. Es gibt eben oft nur eine begrenzte Anzahl an Kitas, die in einer halbwegs sinnvollen, zeitlich machbaren Entfernung von Zuhause und Arbeitsplatz liegen und passende Betreuungszeiten anbieten.

Was ist denn, wenn man am Ende nur noch die Wahl hat zwischen „Jesus liebt dich“ und Job aufgeben? Gilt das Recht auf einen Kita-Platz eigentlich auch dann als erfüllt, wenn damit eine unerwünschte religiöse Indoktrinierung verbunden ist?

Staatliche Bildungseinrichtungen sollten religionsfrei sein – und Anhänger aller Religionen willkommen heißen. Weil auch das in einem demokratischen Staat nicht früh genug eingeübt werden kann: Mit Leuten klarzukommen, die ganz anders ticken als man selbst.

südwest

Fantasielos, diese FDP

Was ist wohl dringlich derzeit? Hm, mal überlegen. Dringlich sind ja Dinge, die nicht warten können, weil die Welt eine bessere sein kann, wenn sie erledigt sind oder weil sie noch schlimmer wäre, täte man nichts. Dringlich wäre also zum Beispiel, dass der Fernverkehr der Bahn am Bremer Hauptbahnhof endlich umfassend barrierefrei wird. Oder vielleicht, dass ein AfD-Verbotsverfahren geprüft wird, so wie Rot-Grün-Rot in Bremen es sich vom Bund wünscht. Vielleicht auch, dass der Erzieher*innenberuf attraktiver wird, sprich: besser entlohnt wird. Die Bremer SPD findet es aber dringlich, gendgerechtes Deutsch – das FDP-Wort dafür lautet „Fantasiesprache“ – in Schulen und Behörden zu verbieten. Deshalb will sie einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag in die Bremische Bürgerschaft einbringen. Wie die Welt ohne Sternchen eine bessere sein soll? Da fehlt dem südwester jegliche Fantasie.

Bundesliga-Fußbalerinnen müssen zurück auf die Dorfplätze

Die U17-Fußbalerinnen der SpVg Aurich gehören deutschlandweit zur absoluten Spitzenklasse. Zum zweiten Mal in Folge gewannen sie die Bundesliga Nord/Nordost. Eigentlich Grund zur Freude, doch die Stimmung ist getrübt: Der DFB schafft die Bundesliga der B-Juniorinnen ab

Von **Jonas Kähler**

Die U17-Fußbalerinnen der SpVg Aurich haben dieses Jahr zum zweiten Mal in Folge die Bundesliga Nord/Nordost gewonnen. In dem ostfriesischen Ort wurde in den vergangenen Jahren eine Struktur geschaffen, die es jungen Spielerinnen ermöglicht, sich bundesweit mit anderen Spitztalenten auf höchstem Niveau zu messen und sich so einen Traum zu erfüllen. Doch das ist jetzt vorbei. Der DFB schafft die B-Juniorinnen-Bundesliga zur kommenden Saison ab. Stattdessen sollen die Spielerinnen nun auf den Dorfplätzen der Region gegen die U-15-Jungs spielen.

Aus Sicht des DFB lohnt sich die seit zwölf Jahren bestehende Liga nicht. „Aufwand und Ertrag stehen in der Liga oftmals nicht im gesunden Verhältnis“, schreibt der Verband zur Begründung auf seiner Webseite. Eine 2019 vom DFB-Ausschuss Frauen- und Mädchenfußball in Auftrag gegebene Evaluation

kam zu dem Ergebnis, dass die aktuelle Ligastruktur Spitztalente nicht genug ausbildet und weiterentwickelt. Nicht genug Spielerinnen schaffen aus der U17-Bundesliga heraus den Sprung in die Frauen-Bundesliga, dazu kämen weite Anfahrten zu Auswärtsspielen.

Als Alternative zur Bundesliga wird daher nun ein bundesweiter Pokalwettbewerb eingeführt. Ob ein kleiner Verein wie Aurich hier jedoch regelmäßig vertreten sein wird, ist unklar. In der kommenden Saison sind sie dabei, fortan müssten sie sich allerdings stets als Meister in Niedersachsen qualifizieren, da ihre Frauenmannschaft nicht in der ersten oder zweiten Liga spielt. Ein wirklich adäquater Ersatz zur Bundesliga ist der Pokal wohl ohnehin nicht. Es gibt weniger Partien und es besteht immer die Gefahr, früh auszuschneiden und so möglicherweise nur zwei Spiele absolvieren zu können.

Für die leistungsorientierten Mädchenmannschaften soll

zusätzlich die Möglichkeit geschaffen werden, in den regionalen Ligen der Jungs, die dem Leistungsniveau der Mädchen entsprechen, mitzuspielen. Für die SpVg Aurich bedeutet das ab kommender Saison Spielbetrieb in der Landesliga der U15-Junioren. Es stellt sich die Frage, ob Fußball durch die Reform für Mädchen an Anziehungskraft verliert.

Nach Ansicht des DFB werden die Spitztalente in den Spielen gegen die Jungenmannschaften besser gefördert. Die Physis und Geschwindigkeit sind eine andere, diese Herausforderung bringe die Mädchen voran. Stefan Wilts, Trainer der SpVg Aurich ist sich nicht sicher, ob das sinnvoll ist. „Das wird sich in ein paar Jahren herausstellen, attraktiv ist es jedenfalls nicht.“ Besonders bei den Spielerinnen, die nicht zur absoluten Spitzenklasse gehören, könne dies zu Frustration führen. „Es ist schwierig, wenn man in der Woche fünfmal unter Mädchen trainiert und dann

am Wochenende auf einen ganz anderen Gegner mit einer ganz anderen Dynamik und Körperlichkeit trifft“, sagt er.

Statt gegen große Vereine wie den Hamburger SV, Werder Bremen oder Hertha BSC wird dann also wieder auf den Dorfplätzen der Region gekickt. Für die Spielerinnen der SpVg Aurich ist das natürlich ein Verlust, aus ganz

„Aufwand und Ertrag stehen in der Liga oftmals nicht im gesunden Verhältnis“

DFB über die Bundesliga der B-Juniorinnen

Deutschland sind sie in den ostfriesischen Ort mit seinen 42.000 Einwohner:innen gezogen, um dort auf höchstem Niveau Fußball zu spielen und sich mit anderen Talenten zu messen.

Der Verein hat in den vergangenen Jahren eine familiäre Infrastruktur geschaffen, die das ermöglicht. In sechs Wohngemeinschaften leben die Spielerinnen zusammen, gehen in Aurich zur Schule, fünfmal die Woche geht es auf den Trainingsplatz.

Heinz Reinders von der Universität Würzburg forscht seit Jahren zur Nachwuchsförderung im Juniorinnenbereich und ist selbst Trainer einer U17-Mannschaft. Eine grundsätzlich bessere Leistungsförderung von jungen Spielerinnen, die gemeinsam mit und gegen Jungs trainieren und spielen, sieht er nicht.

„Juniorinnen, die in Mädchenmannschaften ausgebildet werden, unterscheiden sich in ihren fußballerischen Leistungen nicht von Nachwuchstalente, die in Jungenteams trainiert und gespielt haben“, sagt er. Vielmehr müssten Trainingsbedingungen und ein Umfeld geschaffen werden, mit dem sich die Spielerinnen identifizieren können.

Auch die Verletzungsgefahr steigt, wenn Juniorinnen bei den Junioren mitspielen. „Die Wahrscheinlichkeit von Bänderverletzungen und Gehirnerschütterungen steigt deutlich, auch Erschöpfungssyndrome sind dramatisch erhöht“, sagt Reinders. Das Problem liege auch darin, dass Trainer:innen nicht genug in den besonderen Voraussetzungen des Mädchenfußballs geschult sind, etwa in der Verletzungsprävention oder dem zyklusbasierten Training.

In Aurich will man den Kopf trotz alledem nicht in den Sand stecken, die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre soll weitergeführt werden. Neben dem Pokal und der Landesliga der U15-Jungs plant man die Bewerbung zum „Förderzentrum weiblich“. Mit den Förderzentren will der DFB neue Strukturen schaffen, in denen sich Talente entwickeln können, mit hochqualifizierten Trainer:innen in einem professionellem Trainingsumfeld.

In Aurich ist dieses gegeben, der Erfolg spricht für den Verein. Die Anforderungen des DFB sind allerdings hoch. Da die Frauenmannschaft der SpVg Aurich nur in der Oberliga Niedersachsens und nicht wie gefordert eine Liga höher in der Regionalliga spielt, sind die Voraussetzungen aktuell noch nicht gegeben. Trainer Stefan Wilts, der zur kommenden Saison auch die Frauen trainieren wird, ist trotzdem optimistisch, dass man diese Bedingungen rechtzeitig erfüllen wird, also den Aufstieg schafft.

Viel Gutes kann man der Reform in Aurich nicht abgewinnen. „Bei den Spielerinnen ist es mit großer Enttäuschung verbunden“, sagt Wilts. Das Team habe ein lachendes und ein weinendes Auge. „Es war eine schöne Zeit, die man sicherlich auch vermissen wird“, sagt er. Die Halbfinalspiele um die Deutsche Meisterschaft seien nochmal ein Highlight gewesen.

3.410 Zuschauer:innen feierten die Mannschaft Anfang Mai im Hinspiel gegen Borussia Mönchengladbach in Aurich an. Am Ende verlor die Mannschaft knapp mit 0:1. Nach langer Führung im Rückspiel gelang den Borussinnen in letzter Minute der Ausgleichstreffer und besiegelte so das Aus. Für Fans und Spielerinnen war es somit vorerst das letzte Mal Bundesliga-Fußball in Aurich.



In Aurich sind die U17-Fußbalerinnen sehr erfolgreich: Das kann nun ein Ende finden
Foto: Jens Dodert/Imago

Hannover 96 bekommt neuen Kind

Martin Kind darf nicht mehr Geschäftsführer der Hannover 96 Management GmbH sein. Sohn Matthias soll übernehmen, Eine Entscheidung mit Konfliktpotenzial

Von **Christian Otto**

Unternehmensübergaben innerhalb einer Familie bergen hohes Streitpotenzial. Trotzdem ist Martin Kind frohen Mutes, dass sein Lebenswerk bei Hannover 96 in beste Hände kommt. Der 80-Jährige hat seine 96-Gesellschafteranteile an seinen jüngeren Sohn Matthias übertragen.

Das Ende der Ära Martin Kind ist durch ein Urteil des Bundesgerichtshofes eingeläutet worden. Er darf nicht mehr Geschäftsführer der Hannover 96 Management GmbH sein. Wer bei dem Verein künftig das Sagen hat, wird sich noch zeigen.

Matthias Kind ist, wenn es um die Belange des Fußball-Zweitligisten geht, bisher kaum in Erscheinung getreten. Der Papa beteuert aber, dass sich sein Junior gründlich einarbeitet. Ist die Nachfolge von Kind als 96-Boss eine der schwie-

rigsten Personalien, die der norddeutsche Arbeitsmarkt zu bieten hat? Es ist in jedem Fall herausfordernd, in die Fußstapfen eines Mannes zu treten, zu dessen Lasten sich der Stadiongesang „Kind muss weg“ etabliert hat.

Auf den ersten Blick klingt die Vita von Matthias Kind nicht wie ein Empfehlungsschreiben für ein führendes Amt bei dem chronisch zerstrittenen Wirtschaftsunternehmen namens Hannover 96. Er hat rund 25 Jahre lang in den USA gelebt. Wie genau sich der 48-Jährige bisher mit dem Profifußball beschäftigen und mit Hannover 96 identif-

Viele Fans verstehen nicht, warum sie den einen Kind lieber haben sollen als den anderen

zieren konnte, ist unklar. Berufliche Erfahrung hat er in der Musik- und Modeindustrie gesammelt.

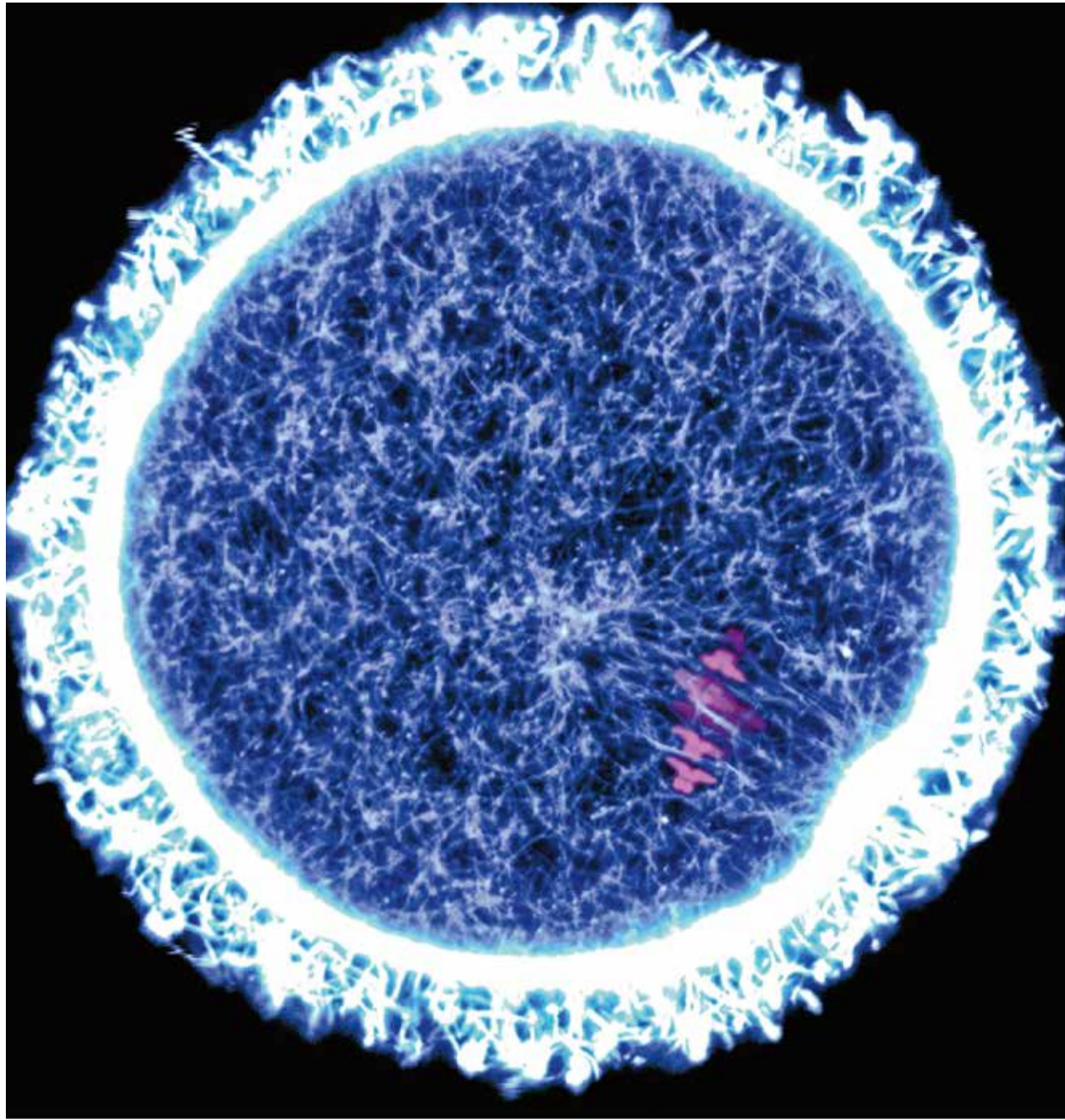
Es wäre schön, wenn sich der Kern des Ärgers bei Hannover 96 aufspalten ließe. Seit Jahren wird um die Frage gestritten, ob die Kapitalseite das Sagen haben darf oder der ehrenamtlich besetzte Vorstand. Martin Kind hat angekündigt, in mehreren Gesellschaften des komplexen Firmengeflechtes rund um Hannover 96 weiterhin entscheiden zu wollen. An etwas festhalten zu wollen, das er zwei Jahrzehnte lang mit Einsatzwillen, Machtgöbe und Moneten aufgepöppelt hat, ist verständlich. Umso schwieriger dürfte es für Matthias Kind werden, sein eigenes Profil zu entwickeln und sich aus dem Schatten seines Vaters zu lösen.

Eigentlich wären Hannover 96 eine grundlegende Mediation oder ein kompletter Neustart zu wünschen. Viele der hartgesottenen Fans werden

nicht verstehen, warum sie den einen Kind netter finden sollen als deren anderen. Die Opposition in der Fankurve vergisst bei ihren lautstarken Protesten gerne, wer das nötige Geld für Profifußball in Hannover aufgebracht hat. Für mehr Transparenz und Verständnis zu sorgen, das wäre eine Mammutaufgabe für Matthias Kind – wenn ihn der Vater lassen würde.

Bei einem seiner ersten öffentlichen Auftritte mit Bezug zu Hannover 96 hat sich der jüngere Sohn von Martin Kind einen Rüffel eingefangen. Zur Verhandlung vor dem Bundesgerichtshof im Juni war Matthias Kind in einem legeren Outfit und Turnschuhen erschienen. Was locker und lässig aussehen sollte, wurde familienintern als unangemessen beschieden. Die kleine Posse deutete an, dass es für den Milliardärssohn schwierig wird, allen Erwartungen gerecht zu werden.

Langlebig Eizellen bleiben Jahrzehnte frisch



Extrem langlebige Proteine im Eierstock könnten dazu beitragen, Eizellen gesund zu halten und die Fruchtbarkeit lange zu bewahren. In der hier gezeigten Maus-Eizelle sind die Chromosomen magenta und das Zytoskelett-Protein Aktin blau-weiß gefärbt. Weibliche Säugetiere werden mit allen ihren Eizellen geboren. Manche davon werden somit mehrere Jahrzehnte alt – und müssen funktionsfähig bleiben und die Fruchtbarkeit bewahren. Forschungsteams aus Göttingen haben jetzt in Experimenten mit Mäusen untersucht, wie oft langlebige Proteine in Eierstöcken vorkommen. Das Ergebnis: Eierstöcke besitzen sehr viele langlebige Proteine. Viele davon haben laut der Forschenden schützende Funktionen, wie etwa DNA zu reparieren oder Zellen vor Schäden zu bewahren.
Foto: Melina Schuh, MPI

Ein langwieriger Prozess gegen das Verdrängen

Die Medical School Hamburg hat eine Spezialambulanz für Traumatherapie eröffnet, die Patient*innen bei der Verarbeitung belastender Erinnerungen unterstützen soll

Von Sarah Lasyan

Viele Menschen, die traumatische Erlebnisse machen mussten, warten oftmals sehr lange, bis sie einen Therapieplatz finden. Die Medical School Hamburg (MSH) hat im April dieses Jahres eine Spezialambulanz für Traumatherapie eingerichtet, um geeignete, evidenzbasierte Behandlungsmethoden für Betroffene anzubieten und die Traumaforschung voranzutreiben.

Traumata entstehen durch einschneidende Erlebnisse wie Tod, lebensbedrohliche Situationen oder sexuelle und körperliche Gewalt. Betroffene traumatischer Erfahrungen leiden im Nachgang häufig unter einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS). Viele erleben belastende Erinnerungen an das Ereignis immer und immer wieder – sei es im Alltag, indem sich unschöne Bilder aufdrängen oder durch Alpträume, die sie kaum schlafen lassen. Oftmals führt die traumatische Erfahrung dazu, dass Betroffene diejenigen Orte oder Situationen meiden, die sie an das Erlebte erinnern.

Viele litten zudem unter einer starken, körperlichen Überreizung wie Anspannung, schlechter Konzentration und Schlafstörungen, erklärt Meike Müller-Engelmann, die Leiterin der neuen Spezialambulanz und Professorin für Psychotherapie an der MSH. Gefühle wie Scham, Trauer und Wut würden den Alltag der Betroffenen begleiten.

„Anfangs können viele Betroffene ihre Symptome nicht einordnen und denken, dass sie verrückt werden, dass mit ihnen irgendet-

was nicht stimmt“, erklärt Müller-Engelmann. Ungefähr ein Drittel leide unter chronischen Verläufen, die ihr Leben stark beeinträchtigen. Meist seien sie weniger leistungsfähig, verunsichert oder immer wieder mit Triggerpunkten konfrontiert, die sie an das Erlebte erinnerten.

Viele Betroffene begeben sich allerdings erst nach Jahren in therapeutische Behandlung, weil sie die Erinnerungen einfach nur verdrängen möchten. Hier spiele auch das

Ein unsensibles Umfeld verstärkt die Symptome und erhöht die Barriere, sich therapeutische Hilfe zu holen

Umfeld eine große Rolle, erklärt die Professorin: „Wenn den Betroffenen viel Unverständnis entgegengebracht wird, verschlimmert das in der Regel die Symptomatik und erhöht die Barriere, sich Hilfe zu holen.“

Gleichzeitig sind fehlende Therapieplätze und lange Wartezeiten entscheidende Faktoren dafür, dass die Versorgung traumatisierter Patient*innen so lückenhaft ist. Besonders fehle es an Therapieplätzen, die „wirklich auf Trauma fokussiert und spezialisiert sind“. Meist würden Therapeut*innen Betroffenen nur Strategien vermitteln, um mit der Anpassung und dem Stress umgehen zu können.

Diese Versorgungslücke möchte die Spezialambulanz jetzt füllen: Betroffene können hier therapeutische Behandlungsmethoden wahrnehmen, die wissenschaftlich anerkannt sind und sich an den aktuellen S3 Leitlinien zur Behandlung von PTBS orientieren. Im Zentrum dieser Leitlinien stehen traumafokussierte Behandlungen, die sich der Verarbeitung und Bedeutung des Erlebnisses zuwenden – und eben nicht nur einen Umgang damit vermitteln.

Die Spezialambulanz bietet laut Müller-Engelmann „ein integratives Behandlungskonzept, das sich aus verschiedenen, evidenzbasierten Therapien zusammensetzt, die wir individuell an den jeweiligen Fall anpassen und kombinieren“. Gleichzeitig möchte man die Versorgung traumatisierter Patient*innen langfristig verbessern, indem neue Behandlungsmethoden erforscht werden.

Insgesamt 14 Therapeutinnen und Therapeuten, die entweder bereits eine Approbation besitzen oder sich in der psychotherapeutischen Ausbildung an der MSH befinden, arbeiten zurzeit an den zwei Standorten der Ambulanz. In Zukunft soll es weitere Anstellungen geben.

Je nach Art, Schwere und Komplexität der Symptomatik erarbeitet die Hochschulambulanz Konzepte, die für das individuelle, traumatische Erlebnis der Patient*innen am besten geeignet sind. Eine dieser Methoden ist die „Cognitive Processing Theory“, die sich auf die Verarbeitung des Traumas konzentriert. Dafür werden Gedanken und persönliche Wahrnehmungen

des Traumas bearbeitet, ohne dass sich Patient*innen direkt mit ihrem Trauma auseinandersetzen müssen.

Über einen Anmeldebogen können sich Betroffene, die gesetzlich versichert sind, für einen Therapieplatz melden. Das Angebot richtet sich an deutschsprachige Menschen, bei denen eine posttraumatische Belastungsstörung diagnostiziert wurde – für Dolmetscher*innen würde die Finanzierung der MSH nicht ausreichen. Die Behandlung übernimmt die Krankenkasse. Betroffene, die beispielsweise akut suizidgefährdet oder untergewichtig sind, werden in das Programm nicht aufgenommen, weil die Auseinandersetzung mit persönlichen Erlebnissen eine gewisse Stabilität voraussetzt.

Nach einem ersten Einzelgespräch entscheidet die Ambulanz, wer in das Programm aufgenommen wird. Darauf folgen diagnostische Interviews, die die Behandlungsmethoden festlegen und über den Therapieverlauf überprüft werden, um Patient*innen bestmöglich zu betreuen und zu begleiten.

Die Trauma-Ambulanz kooperiert zudem mit Psychiater*innen und Kliniken, um auch Patient*innen, die eine medikamentöse Behandlung benötigen, betreuen zu können. Das sei zwar nicht die Behandlung der Wahl, „aber manchmal hilft das natürlich, um Symptome wie Schlaf- oder Konzentrationsstörungen zu reduzieren und den Betroffenen zu ermöglichen, sich auf die Therapie einzulassen“, erklärt Müller-Engelmann.

orte des wissens

Schatztruhe, gar nicht staubig

Im Landesarchiv Schleswig-Holstein liegen nicht nur 950 Jahre alte Akten, sondern auch Briefe aus der Todeszelle und hochbrisante Entnazifizierungsakten

Es gibt Arbeitsplätze, die haben nichts Besonderes. Nicht fachlich, nicht baulich, nicht atmosphärisch. Und es gibt Arbeitsplätze wie das Landesarchiv Schleswig-Holstein. Wer Schleswig besucht, sollte diesen Ort nicht auslassen. Es ist ein Ort, der Geschichte bewahrt, Geschichte ausstrahlt. Sein Haupthaus, das barocke Prinzenpalais, ist über 300 Jahre alt, seine älteste Archivalie rund 950. Seine 10.000 Quadratmeter Magazinfläche verbrauchen nicht mehr Energie als eine Doppelhaushälfte – Nachhaltigkeit, die schon Delegationen aus Frankreich und China ins Staunen versetzte. In seinem Park, vor den Fenstern des Lesesaals, grasen zuweilen Rehe.

Archivar und Historiker Rainer Hering, zugleich Professor für Neuere Geschichte und Archivwissenschaft an der Universität Hamburg, leitet das Archiv seit 18 Jahren. „Es arbeitet sich gut hier“, sagt er der taz. „Das ist schon ziemlich idyllisch.“ Was das Archiv verwahrt, vom Foto bis zur Landkarte, vom Grundbuch bis zum Kabinettsprotokoll, vom Plakat bis zum Brief, vom Tonträger bis zur Postkarte, von der Zeichnung bis zum Dokumentarfilm, von der Firmenkorrespondenz bis zur Verwaltungsakte, ist jedoch oft alles andere als idyllisch.

Kassiber lagern hier, die Theodor Steltzer, später Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, im Gefängnis schrieb, auf Zeitungsränder, als er, nach Stauffenbergs Attentat auf Hitler, zum Tode verurteilt war. „Für mich sind das die bewegendsten Stücke hier bei uns“, sagt Hering.

Auch Entnazifizierungsakten trotzen hier dem Vergessen. „Jahrzehntelang lagen die auf dem Dachboden, streng unter Verschluss“, wundert sich Hering. „Keiner durfte da dran. Selbst Anforderungen durch Gerichte wurden zurückgewiesen.“ Die Rückschau auf die NS-Zeit ist auch für das 1870 gegründete Archiv selbst eine Mahnung; seine Willfähigkeit gegenüber dem NS-Staatsterror war ähnlich groß wie bei anderen Archiven. „Das zeigt, wie wichtig es ist, dass wir uns auch mit unserer eigenen Geschichte befassen“, sagt Hering.

Die Arbeit seiner rund 50 Mitarbeitenden sieht Hering auch als Arbeit für die Demokratie. „Indem wir als staatliches Archiv alle

Das idyllische gelegene Archiv, als Ort der Fakten, versteht sich als Bastion gegen die Flut der Fake News und arbeitet an der Stärkung von Demokratie und Identität

Zeugnisse des Verwaltungshandelns bewahren, sorgen wir dafür, dass jede Entscheidung kontrollierbar ist, rekonstruiert werden kann. Das stärkt das Vertrauen in die Demokratie.“ Das Archiv, als Ort der Fakten, versteht er als Mittel gegen die Flut der Fake News. „Zugleich dient, was wir hier bewahren, der Stiftung und Stärkung lokaler Identität“, sagt Hering. Das sei wichtig in Zeiten der Globalisierung. „Wenn Menschen sich in ihrer Region verankert fühlen, sich für sie interessieren und engagieren, wählen sie weniger populistische Parteien.“

Dass ein Archiv, das in einem Herrenhaus untergebracht ist, Schwellenängste erzeugen kann, ist Hering bewusst. „Umso mehr muss uns daran liegen, uns der Allgemeinheit zu öffnen“, sagt er. Und das geschieht. Durch Ausstellungen, Vorträge, Führungen, Tage der Offenen Tür, Workshops. Familien- und Heimatforscher besuchen das Archiv, viele Schulklassen.

Und dann erzählt Hering, dass er eigentlich viel mehr Personal bräuchte, für Magazin, Restaurierung und Verwaltung. „Wir könnten viel mehr schaffen!“ Dass es ein großer Trugschluss ist, dass Archivierung im Zeitalter der Digitalisierung einfacher und billiger wird: „Was digital gespeichert worden ist, muss ja nach fünf Jahren auf ein neues Speichermedium migriert werden. Und die Sicherung gegen Hacking ist ungeheuer aufwändig.“ Dass die Annahme, ein Archiv sei staubig, Unsinn ist. „Ich habe mit 14 Jahren das erste Mal in einem Archiv gestanden“, erzählt Rainer Hering. „Und wie man sieht, hatte das lebenslange Folgen.“
Harff-Peter Schönherr

das wird

„Arbeitskampf ist immer emotional“

International und besser vernetzt: Im digitalen Kapitalismus müssen sich die Gewerkschaften anders aufstellen, sagt IG-Metaller Falko Blumenthal – heute im „Roten Salon“ in Hamburg

Interview **Katharina Schipkowski**

taz: Herr Blumenthal, wie können Arbeiter*innen im Digitalen streiken?

Falko Blumenthal: Beschäftigte können ihre Arbeitskraft zurückhalten, indem sie etwa Mails nicht beantworten, an Teamsitzungen nicht teilnehmen oder in einer Zoom-Konferenz ein „Warnstreikfestival“ veranstalten.

Welche Rolle spielen Gewerkschaften in aktuellen Arbeitskämpfen noch?

Der Begriff „Arbeitskampf“ umfasst vieles, auch der Bummelstreik oder der Dienst nach Vorschrift können Teil sein, ebenso der Kampf um bessere IT-Ausstattung. Seit mehreren Jahren sind wir in der Experimentierphase mit hybriden Aktionen, die Pandemie hat das beschleunigt. Zum Beispiel stehen Kolleg*innen vor dem Werk auf der Straße, während diejenigen, die nicht teilnehmen können, weil sie sich etwa zu Hause um ihre Kinder kümmern müssen, über eine Sechsmeter-Leinwand zugeschaltet sind.

Und die Gewerkschaft ist nötig, weil sie die Leinwand beisteuert?

Im Arbeitskampf geht es immer auch um eine emotionale Frage. Wenn ich meiner Führungskraft meine Arbeitskraft verweigere, mache ich das nicht alleine vom Küchentisch aus. Wir brauchen dafür die Gemeinschaft. Und gerade weil der Streik der Zukunft hybrid sein wird, brauchen wir die Gewerkschaften.

Wie müssen die sich aufstellen, um dem digitalen Kapitalismus etwas entgegenzusetzen?

Im ersten Schritt müssen wir nationale Grenzen überschreiten, so wie die Aktiengesellschaften es tun. Das erfordert organisatorische Veränderungen, weg von der örtlichen Geschäftsstelle hin zur digitalen betrieblichen Grundorganisation, wo man in mehreren Gewerkschaften gleichzeitig sein kann. Im nächsten Schritt bedeutet es die Qualifizierung der Aktiven im Betrieb. Die Gefahr ist, dass die Organisation zu einer One-Way-Bestrahlung wird und die Beschäftigten nur noch Kunden sind. Streik muss ein Zusammenkommen sein, kein Vortrag einer Gewerkschafter*in.

Wie können die vereinzelt Arbeiter*innen etwa der Lieferdienste eine Gegenmacht aufbauen?

Gegenmacht wird oft im institutionellen Sinne verstanden, etwa dass man juristischen Beistand organisiert oder politischen Zugriff auf den Bundestag hat. Es können aber auch Orte sein, wo Menschen zusammenkommen. Auch digitale oder hybride Orte, wo man sich bei Stressbelastung stabilisieren kann. Ein Netzwerk über Firmengrenzen hinaus, wo man sich weg von der Beziehung des Arbeitnehmers zur Führungskraft organisiert, hin zur Gemeinschaft der Arbeiter*innen gegen die Firmen.

Wo liegt die Stärke des Digitalen im aktuellen Arbeitskampf?

In einer Welt, in der deutsche Firmen Arbeiter*innen in Indonesien anstellen können, wo dienstags bis donnerstags Büroarbeit angesagt ist, aber montags und freitags Homeoffice, kann ein Zusammenkommen der Beschäftigten nur noch digital erfolgen. Solange wir darauf bestehen, an einem Ort Streik zu machen, und sich deutsche Arbeiter*innen etwas herausnehmen, was Indier*innen oder Indonesier*innen nicht kriegen, werden wir immer scheitern.

Roter Salon

„Digitalisierung von Gegenmacht“. Buchvorstellung und Diskussion mit Falko Blumenthal, Martin Seeliger und Janis Ewen: 20 Uhr, Hamburg, Wohl oder Übel, Wohlwillstraße 10

Martin Oppelt/
Falko Blumenthal (Hg.):
„Digitalisierung von Gegenmacht. Gewerkschaftliche Konfliktfähigkeit und Arbeitskampf heute“. Transcript, Bielefeld 2023, 180 S., 35 Euro; E-Book: open access.



Falko Blumenthal *1985, politischer Sekretär der IG Metall in München, berät Betriebsrät*innen mit dem Schwerpunkt IT und Hochtechnologie.



Noch ist nichts zu sehen von all dem geplanten Neuen: „Demolition Debris“ (2021) Foto: Karolina Bregula courtesy Lokal_30 Gallery

Die Kunst des Kaputten

Soziologisch anmutende Recherchen, durchgeführt mit den Betroffenen, in Medienkunst übersetzt: Bis Ende September zeigt das Edith-Russ-Haus in Oldenburg Arbeiten der polnischen Video- und Fotokünstlerin Karolina Bregula

Von **Wilfried Hippen**

Eine Fischerin verwandelt sich in ein Meereswesen. Eines Tages springt sie von Bord ihres kleinen Kutters in die See, taucht unter und kommt nicht wieder an die Oberfläche. Solche Geschichten beginnen für gewöhnlich mit Worten wie „Es war einmal ...“, aber das Video „The Fish“ von Karolina Bregula ist ganz im Hier und Jetzt verortet. Märchenhaft ist auch allenfalls sein Ende: Der Rest des 27 Minuten langen Films zeigt die schwedische Fischerin Mahjula Gulliksson und ihren Ehemann Stefan Nordin dabei, wie sie immer weniger Fische in ihren Netzen finden – eine Folge der Überfischung.

Erfunden, oder sagen wir: mythologisch überhöht ist nur der Schluss, in dem Mahjula Gulliksson tatsächlich ins augenscheinlich ziemlich kalte Wasser springt und verschwindet. Der kurze Film fußt auf den tatsächlichen Erfahrungen der Fischerin: Künstlerin Bregula hat ihn zusammen mit den beiden Protagonist:innen gestaltet; im Grunde weist er mehr dokumentarische als fiktive Elemente auf.

Dokumentarisches trifft auf Fiktionales

„The Fish“ ist eine von zwei Arbeiten, die im Auftrag des Oldenburger Hauses für Medienkunst entstanden sind. Im vergangenen Jahr erhielt Bregula dort ein Stipendium der Stiftung Niedersachsen. Präsentiert werden die beiden 2024 abgeschlossenen

Kunstwerke nun in der Ausstellung „The Waves Are Rubbling so Loud“. Den Fischerinnen-Film präsentiert man in einem kleinen Kasten, in dem das Publikum ihn mittels Monitor und Kopfhörern sehen und hören kann. Weiterhin hängen im Ausstellungsraum einige Fotografien und Texte von Bregula an den Wänden.

Beherrscht wird er aber eindeutig von ihrer Videoinstallation „The Storm“: Zu sehen auf fünf Bildschirmen, erzählen da fünf irische Küstenbewohner:innen davon, welche Zerstörung ein gewaltiger Sturm auf einer kleinen Insel anrichtet. Die Katastrophe selbst wird nicht gezeigt, es gibt nur diese fünf Gesichter, diese fünf Stimmen. Und fünf Erzählungen, die nicht ganz deckungsgleich sind, sodass sie die Betrachtenden nicht sicher sein können, was denn nun tatsächlich passiert ist.

Auch in „The Storm“ vermischt Bregula Dokumentarisches mit Fiktivem. Die fünf gezeigten Personen sind Künstler*innen aus dem Ort Bunrana an der irischen Nordwestküste, die Bregula bei Recherchen kennenlernte. Zusammen entwickelten sie die Videoarbeit, und so lässt sie auch hier ganz reales Lebensgefühl dieser Menschen in die Arbeit einfließen, ihre Ängste und Fantasien.

Dabei ist und bleibt die Künstlerin natürlich stets die „Autorin“ ihres Werks, bestimmt etwa die genaue Form so einer Arbeit. Inhaltlich aber scheint sie den Gezeigten Vortritt zu gewähren: Sie

setzt sie ins Bild, bleibt aber selbst unsichtbar. Auf ihren Reisen – hier also an nordische Küsten, davor für einige Jahre in Taiwan – spürt sie zunächst gesellschaftliche und ökologische Konflikte auf. Zusammen mit den Betroffenen, auch Künstler*innen vor Ort, erarbeitet sie dann, wie daraus Kunst werden kann. Die besteht bei der 1979 geborenen Polin nicht nur in Videos und Videoinstallationen: Bregula fotografiert auch, etwa überschwemmte oder halb abgerissene Häuser; verfertigt Kunst-Objekte, unter anderem schon aus

Der größte Teil des Films zeigt die Fischerin und ihren Ehemann, wie sie immer weniger Fische in ihren Netzen finden – eine Folge der Überfischung

Abfällen, die in Galerien und Ausstellungen gesammelt wurden; zusammen mit Gentrifizierungs-Leidtragenden in Taipeh hat sie ein Buch verfasst.

Etliche dieser früheren Arbeiten zeigt das Oldenburger Medienkunst-Haus in einem zweiten Raum. Hier zeigt sich, wie originell Bregula ihre soziologisch, auch anthropologisch wirken-

den Recherchen in künstlerisch zugleich einfache und hochkomplexe Ergebnisse übersetzen kann.

Am Ende ist der Kampf verloren

Nehmen wir die 4-Kanal-Videoinstallation „Dust“ aus dem Jahr 2019: Darin sind zwei Frauen zu sehen, die in der Gemeinde Dagan bei Taipeh leben, die Schritt für Schritt abgerissen wird. Als einzige sind sie in ihrer Wohnung geblieben, während rund um sie herum schon Bulldozer die leerstehenden Wohnhäuser einreißen. Der Lärm und der Staub in der Luft – daher der Titel – machen das Leben zu einer Tortur, doch zusammen mit einigen Nachbar*innen kämpfen die beiden gegen ihre Zwangsäumung. In dem Raum hört man ständig den Lärm der Abrissarbeiten – auch das ist ein ernervendes und gerade deswegen sehr wirkungsvolles Stilmittel.

Die bittere Pointe der Geschichte erzählt Bregula in einer kleinen Fotografie an der Wand: „Dagan“ zeigt ein unbebautes Feld – an dem Ort, wo einst die Häuser standen. Im Jahr 2019, drei Monate nach den Dreharbeiten von „Dust“, waren alle Bewohner*innen endgültig vertrieben worden. Die Arbeiten an den dort geplanten Neubauten aber haben bis heute nicht begonnen.

Karolina Bregula „The Waves Are Rubbling So Loud“: bis 29. 9., Edith-Russ-Haus für Medienkunst, Oldenburg



Was ist denn nun passiert? Zwei der eventuell nicht zuverlässig Erzählenden in „The Storm“ (2024) Foto: Karolina Bregula courtesy Lokal_30 Gallery

der bremer-betten-glamour

Dass Bremen eine Reise wert ist, steht außer Frage. Aber haben wirklich 37 Millionen Tagesgäste im vergangenen Jahr die Freie Hansestadt beehrt? Die Zahl hatte, im Februar schon, die Bremer Wirtschaftsförderung WFB in Umlauf gebracht. Erst Ende vergangener Woche aber krittelte daran die örtliche Kleingeistförderung „Bündnis Deutschland“ herum. Lag's am Sommer (oder war endlich der Mailserver neu gestartet worden)? Unstrittig scheint immerhin die überlieferte Zahl der Übernachtungen: 2.359.490 waren es.